enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Nr. 21 · Sommer 2004 · 3€

Neonazi-Propaganda: nichts neues seit 78

Antirassismus · Antifaschismus
Neues aus der Neonazi-Szene
Extreme Rechte · Europa

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough im Vertrieb von rat · reihe antifaschistischer texte

Kaufen:

Dieser Band zu rechter Musik und rechtem Lifestyle hat unabhängig jeglicher politischer und medialer Konjunktur ein Anliegen:

Denjenigen den Rücken zu stärken, die nach Möglichkeiten suchen, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus entgegenzutreten.

Umfangreiche Verzeichnisse zu rechter Symbolik, einschlägigen Bands, Publikationen und Labels des RechtsRock bieten schnelle und präzise Orientierung für die Praxis.

Das neue Standardwerk

544 Seiten, viele Abbildungen
ISBN 3-89771-808-1 · 24 €

Argumente.Netzwerk antirassisischer Bildung e.V. (Hg.)

... in der Mitte angekommen

Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern

1. Auflage 2002
80 Seiten, A4
Versandbedingungen:
1 Ex 3 € plus 1 € Versand
10 Ex 25 € inkl. Versand

»Das Ergebnis dieses Projekts ist beeindruckend und dürfte in M-V seinesgleichen suchen. Es ist nicht nur das professionelle Design der Broschüre, das beeindruckt. Vor allem die Tiefgründigkeit und Vielgestaltigkeit der behandelten Themen machen aus dem Heft ein Arbeitsmaterial genauso wie ein Dokument der Zeitgeschichte. [...] Vier Schwerpunkte setzen die AutorInnen. Es geht um... die Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen ... die Frage nach vernünftiger Jugendarbeit ... Sinn bzw. Unsinn unterschiedlicher Ansätze von Gewerkschaften, Netzwerken, Initiativen und der Landesregierung gegen Rechts ... den Stand der Organisation der Neonazis ...«

Likedeeler – Zeitschrift aus Greifswald, März 2002

asp (Hg.)

Versteckspiel

Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

Das Wissen um Symbole, Codes und Kleidungsstil ist wichtige Voraussetzung für die Beschäftigung mit rechten Jugendkulturen. Diese Broschüre trägt diejenigen Elemente zusammen, die im Alltag der Jugendlichen tatsächlich eine Rolle spielen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Region Berlin/ Brandenburg und zeigt, soweit möglich, Beispiele aus dieser Region.

2. Auflage 2003
40 Seiten A4 farbig
Versandbedingungen
1 Ex. 3 € plus 1 € Versand
10 Ex. 25 € incl. Versand

Andreas Speit (Hg.)

Ästhetische Mobilmachung

Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien

1. Auflage 2002
282 Seiten
ISBN 3-89771-804-9
16 Euro

»Ästhetische Mobilmachung ist mehr als nur eine Aufsatzsammlung. Die Beiträge sind gut aufeinander abgestimmt, sauber recherchiert und bieten treffende Analysen. Wer bereit ist, über die Wechselwirkung zwischen Pop und Politik nachzudenken, findet hier reichlich Material und Anregung. Darüber hinaus leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zum Thema ›Re-Politisierung der Popmusik‹ ...«
Intro/Juli 2002

»Alles in allem also jede Menge Fakten und Analysen, wobei das Buch vor allem durch seine Komplexität besticht ... Kaufpflicht«
Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW/Sommer 2002

Der Mythos stirbt zuletzt

Seit 15 Jahren organisieren Neonazis alljährlich im August zum Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß Aufmärsche und Propagandaaktionen.

Die Mythenbildung um Heß, die revisionistische Projektion auf den Suizid und die ›Vorbildfunktion‹ eines reuelosen NS-Täters für ›junge Kameraden‹ kulminieren im Gedenken an Rudolf Heß.
In den Beiträgen wird der ›Mythos Heß‹ entzaubert, seine Biogafie zeigt den gradlinigen Weg zu einem der führenden NS-Funktionäre und Wegbereiter des Holocaust.

Mit der Betrachtung antifaschistischer Gegenaktivitäten werden abschließend Möglichkeiten und Grenzen autonomer Konzepte diskutiert.

1. Auflage 2002
56 Seiten · 3€
Versandbedingungen:
1 Ex 3€ plus 1€ Versand
10 Ex 25 € incl. Versand

So gehts:

Ich abonniere die ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 13 € bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 25 € abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse
Name
Straße
PLZ
Wohnort

- ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 13 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr.
- ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 25 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr.
- Gratis-Broschüre meiner Wahl: Der Mythos / Versteckspiel / in der Mitte...
- neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher und Broschüren ebenfalls gegen Vorkasse
- Ästhetische Mobilmachung / RechtsRock
- zusätzliche Broschüren: Der Mythos / Versteckspiel / in der Mitte...

Ich habe der Sendung ____ € in Scheinen und/oder Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg

Enough is enough Nr. 21

Inhalt

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herausgeber

Enough is enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck
Redaktionskollektiv Hamburg

Redaktion

c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb

RAT

reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4 mal pro Jahr

Abo

13 Euro für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen
Vorkasse möglich

Bankverbindung

A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Vorwort

Liebe Leserinnen liebe Leser,

vorweg müssen wir uns dafür entschuldigen, dass Ihr wieder so lange auf die neue Ausgabe der Enough is enough warten musstet! Doch auch wir leiden unter dem allgemein bekannten Problem, dass wir keine hundertköpfige Redaktion sind und alle viel zu viel zu tun haben...

Und leider gibt es in diesen Zeiten immer neue Anlässe, die unsere Zeit und Aufmerksamkeit erfordern.

Deutschen Tätern hingegen spielen Zeit und Ignoranz immer wieder in die Hände, wie dem ehemaligen SS-Offizier Friedrich Engel aus Hamburg. Engel war 2002 vom Hamburger Landgericht wegen 59-fachen Mordes zu sieben (!) Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das Gericht hatte es als erwiesen angesehen, dass er 1944 als SS-Sturmbannführer und Leiter der Sicherheitspolizei in Genua, nach einem Bombenanschlag italienischer Partisanen auf ein deutsches Soldatenkino, eine „ihm befohlene Sühnemaßnahme" organisiert hatte. Dabei waren am Turchino-Pass 59 italienische Gefangenen erschossen worden. Engel war deshalb und wegen weiterer Kriegsverbrechen bereits im Jahre 1999 in Abwesenheit von einem italienischen Militärgericht wegen 246-fachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Er hatte seine Schuld stets bestritten und sich auf „Befehlsnotstand" berufen. Seine Verteidiger sowie die Staatsanwaltschaft legten deshalb gegen das Urteil aus Hamburg Revision ein. Der Bundesgerichtshof in Leipzig entschied jetzt, 60 Jahre nach der Tat, dass der Angeklagte zwar für das Massaker strafrechtlich verantwortlich sei, das Mordmerkmal der Grausamkeit sei ihm jedoch nicht ausreichend nachgewiesen worden. Der fünfte Strafsenat des BGH hob das Urteil gegen den 95-jährigen SS-Mann auf und stellte das Verfahren wegen des hohen Alters des Angeklagten ein. Der promovierte Philologe Engel, der seit Kriegsende 59 Jahre lang unbehelligt in Hamburg leben konnte, wird dies nun auch weiterhin können. Strafrechtliche Ermittlungen gegen ihn wurden von der Staatsanwaltschaft Hamburg ohnehin erst im Jahre 1998 aufgenommen. Kein Wunder also, dass der BGH nun die Einstellung des Verfahrens auch damit begründet, dass der Angeklagte mittlerweile zu alt und für ein neu aufzurollendes Verfahren „in absehbarer Zeit nicht mehr verhandlungsfähig sei". Kein Wunder zu einer Zeit, in der Überlebende des Naziregimes auf einer antifaschistischen Kundgebung in Hamburg von der Polizei mit Wasserwerfern angegriffen werden: 59 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und Nazideutschlands...

Der Wahlmarathon am 13. Juni brachte den rechtsextremen Parteien Republikaner und NPD etliche Stimmenzugewinne. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament lag das Gesamtergebnis für die Republikaner bundesweit bei 1,9 Prozent (1999: 1,7 Prozent), die NPD erhielt bundesweit 0,9 Prozent der Stimmen (1999: 0,4 Prozent). In Schleswig-Holstein kamen die Republikaner auf 0,5 Prozent (3.962 Stimmen), 0,1 Prozent weniger Stimmen als bei der Europa-Wahl 1999. Die NPD hingegen konnte in Schleswig-Holstein 0,2 Prozentpunkte hinzugewinnen und landete mit 4.206 Stimmen bei 0,5 Prozent. Damit konnte sie ihr Ergebnis – wie auch bundesweit – mehr als verdoppeln. Knapp daneben ist trotzdem vorbei ?!

Nicht so bei den gleichzeitig zur Europawahl stattfindenden Kommunalwahlen z.B. in Sachsen. Dort beeinflussen nun einige extrem rechte Wählerhochburgen mehr denn je die politische Landschaft. In Dresden trat zur Kommunalwahl ein so genanntes Nationales Bündnis (NB) an. Im NB vereinen sich unter Federführung der NPD – großspurig als "Zeichen für Deutschland" angekündigt – Republikaner, DVU und Deutsche Partei. Der Versuch, sich durch die Namensgebung einen eher bürgerlich-nationalen Anstrich zu geben und den WählerInnen eine NPD-Ferne vorzugaukeln, wurde allein dadurch ad absurdum geführt, dass der stellvertretende NPD-Vorsitzende Holger Apfel für das NB sowie gleichzeitig als EU-Spitzenkandidat der NPD angetreten ist. Das NB erzielte in der sächsischen Landeshauptstadt 4,0 Prozent und verfehlte mit drei Stadtratssitzen einen möglichen Fraktionsstatus nur denkbar knapp. Weitere ausgewählte Stimmergebnisse für die NPD in Sachsen: 5,8 Prozent für den Kreistag Muldentalkreis; 7,6 Prozent in Limbach-Oberfrohna; 8,3 Prozent in Pirna; 8,8 Prozent in Riesa; 9,1 Prozent für den Kreistag Sächsische Schweiz; 9,6 Prozent in Meißen; 9,7 Prozent in Neustadt; 10,4 Prozent in Struppen; 11,4 Prozent in Trebsen; 11,5 Prozent in Wurzen; 14,3 in Sebnitz; 20,7 Prozent in Königstein und 26,0 Prozent in Reinhardtsdorf-Schöna. Außerdem wurde in den Stadtrat Chemnitz ein Anteil von 10,3 Prozent Republikaner gewählt. Der nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses schnell relativierend gemeinte Hinweis auf die geringe Wahlbeteiligung, greift jedoch als Beruhigungsargument zu kurz. Auffällig erscheint, dass in bisher bekannten Hochburgen extrem rechten Wahlverhaltens kräftig zugelegt wurde. In Riesa – mithin auch Sitz der NPD-Postille *Deutsche Stimme* – gelang es der NPD, ihr Wahlergebnis von 1999 fast zu verdreifachen, in Wurzen zu verdoppeln. In Königstein stellt die NPD nunmehr, hinter der CDU, die zweitstärkste Stadtratsfraktion.

Währenddessen träumen die Vertreter der extrem rechten Parteien in Schleswig-Holstein noch von solchen Wahlerfolgen. Zur Europawahl waren sie bemüht, wenigstens durch weitgehend flächendeckende Plakatierung ihrer rassistischen Wahlplakate auf sich aufmerksam zu machen. Allerdings hatten sämtliche Plakate eine Halbwertszeit von maximal einem Tag, bevor sie sich als Kleinholz am Straßenrand wiederfanden. Allerdings gelang es der Kiel-Plöner NPD dreimal, weitgehend

ungestört Wahlkampfstände in der Kieler Innenstadt durchzuführen – wenn auch nur unter massivem Polizeischutz. Der letzte Versuch ging jedoch gründlich in die Hose. Am Samstag vor der Wahl wagten sie es, einen Infotisch im Kieler Stadtteil Gaarden aufzubauen, abermals von Polizisten geschützt. Diesmal äußerten sich der Unmut und die Wut der AnwohnerInnen und PassantInnen derart massiv, dass die rund 30 Polizisten alle Hände voll damit zu tun hatten, die Nazis vor fliegendem Obst, Gemüse und anderem zu schützen und sie eiligst zum Abbruch ihres Infotisches zu bewegen. Die rund zehn Neonazis mussten in Polizeifahrzeugen abtransportiert werden. Einige der Neonazis wurden bei der Aktion verletzt; alle jedoch waren von Kopf bis Fuß mit Eiern und matschigem Gemüse besudelt. Ein Samstagvormittag in Kiel, der mal wieder Mut gemacht hat...

Seit Anfang März hat das "Landhaus" im Dorf Heilshoop bei Lübeck einen neuen Pächter: der Lübecker Neonazi Dieter Kern. Dieter Kern ist Mitbegründer und Vorsitzender des "Bündnis Rechts" Lübeck. Seine neue Gaststätte droht zum Sammlungspunkt für die Braune Szene aus der gesamten Region zu werden, ähnlich dem "Club 88" in Neumünster, allerdings mit wesentlich mehr Platz. Der Clubraum bietet den Nazis die Möglichkeit zur Durchführung von rechten Veranstaltungen, Stammtischen und Liederabenden.

Also, es gibt genug zu tun, aber wir hoffen trotzdem, Euch eine interessante Enough is enough vorgelegt zu haben...

Übrigens: Wir freuen uns immer über Artikel, Meldungen, Fotos usw. aus Eurer Region, denn wir können ja nicht überall sein ... Meldet Euch bei der Eie-Redaktion, wenn Ihr Informationen über Neonazis in Eurer Stadt/Eurer Region habt oder welche benötigt !

sincerely yours enough-redaktion

NS-Verherrlichung stoppen!

Für eine starke antifaschistische Mobilisierung gegen deutsche Opferlügen und nationalsozialistisches Heldengedenken – antifaschistische Kundgebung am 21. August in Wunsiedel

Wie auch in den letzten Jahren, werden am 21. August 2004 wieder einige Tausend Alt- und Neonazis zum „Gedenken" an den Kriegsverbrecher Rudolf Heß durch das nordbayerische Städtchen Wunsiedel marschieren. An den Heß-Märschen, die nach Verboten in den 90er-Jahren seit 2001 wieder legal stattfinden können, nahmen in den letzten Jahren immer mehr Neonazis teil, im letzten Jahr waren es mindestens 3.500.

Diese Aufmärsche unterscheiden sich in zwei wesentlichen Punkten von anderen Demonstrationen der bundesdeutschen Neonazi-Szene: Zum einen bietet der Bezug auf Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß die symbolhafte Möglichkeit, ohne staatliche Repression direkt einem Protagonisten des Nationalsozialismus zu huldigen. Zum anderen entwickelt sich der Heß-Gedenkmarsch zusehends zu einem der wenigen jährlichen „Events" der deutschen und europäischen Szene, das als Schnittstelle für verschiedene Generationen und Spektren von europäischen militanten Neonazi-Gruppierungen über NPD-Strukturen hin zu den "Freien Kamaradschaften" dienen kann. Diese besondere Bedeutung des Heß-Marsches macht antifaschistische Gegenwehr an diesem Punkt besonders dringend.

Während die Kohl-Regierung auf Grund der historischen deutschen Verbrechen noch international unter Druck stand, gegen wiedererstarkende Neonazi-Strukturen vorzugehen, kann die derzeitige Regierung der ehemaligen 68er sich – und damit den deutschen Staat – als per se antifaschistisch darstellen. Dies ist ein Grund dafür, dass zunehmend toleriert wird, wenn Neonazis auch offen nationalsozialistische Anschauungen der Öffentlichkeit präsentieren, während auf der anderen Seite antifaschistischer Widerstand kriminalisiert wird.

Die antifaschistische Bewegung wird den Heß-Marsch langfristig nur stoppen können, wenn sie bereits heute unter den gegebenen ungünstigen Verhältnissen massiv Präsenz zeigt. Ein jährliches Treffen mehrerer Tausend Anhänger des Nationalsozialismus können wir nicht hinnehmen, wollen wir nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren. Für dieses Jahr muss es uns darum gehen, in der Region Fuß zu fassen, ein politisches Symbol gegen den Heß-Marsch zu setzen und eine Perspektive für die antifaschistische Arbeit der nächsten Jahre zu eröffnen. Dazu müssen Strategien her, die auf Dauer ein breites Bündnis entstehen lassen und Impulse auch für andere antifaschistische Aktivitäten setzen. Ein mittelfristiges Ziel muss die aktive Einbindung von internationalen und nationalen Opferverbänden und Widerstandsorganisationen, Initiativen für Opfer rassistischer Übergriffe, MigrantInnenorganisationen, Geschichtswerkstätten, GewerkschaftlerInnen, antirassistischen und antifaschistischen Gruppen sein.

Für 2004 hat ein örtliches Bündnis aus DKP, VVN und Antifagruppen für den gesamten Tag eine Kundgebung in der Nähe der Neonazi-Route angemeldet, an der wir uns beteiligen wollen. Es wird eine Podiumsdiskussion geben, an der u.a. VertreterInnen von deutschen und europäischen Antifa- und Opferorganisationen teilnehmen werden. Ansonsten liegt die genaue Ausgestaltung des Widerstands gegen den Heß-Marsch in den Händen der mobilisierenden und anreisenden AntifaschistInnen.
So ist etwa in Schleswig-Holstein und Hamburg geplant, in den Bussen während der Anreise ein antifaschistisches Kulturprogramm, z.B. mit Lesungen, durchzuführen.
Zum genaueren Programm des Tages wird es noch einen ausführlichen Aufruf geben, zum Hintergrund des Heß-Marsches gibt es eine kleine Broschüre: Der Mythos stirbt zuletzt bei rat, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, für 3 Euro plus 1 Euro Versand, 10 Ex 25 Euro incl. Versand.

zweierlei Neonazi-Aufmarsch gegen die »Wehrmachtsausstellung«

NS-Verherrlichung

Mit zwei Demonstrationen, am 31.1.2004 und am 27.3.2004 demonstrierte die militante Neonazi-Szene nun wahrscheinlich zum letzten mal gegen die »Wehrmachtsausstellung« in Hamburg. Die Ausstellung wurde im Frühjahr zum letzten Mal gezeigt, das Reemtsma-Institut will sie nun einlagern lassen. Diesen Umstand nahmen die Neonazis zum Anlass, zum wiederholten mal am Ort der Ausstellung aufzumarschieren. Zu den Demonstrationen konnten immerhin 900 Teilnehmer am 31. Januar und 300 Teilnehmer am 27. März mobilisiert werden, mithin für Hamburg ein beträchtlicher Mobilisierungserfolg der Neonazis. Allerdings gerieten die Demonstrationen nicht zu einem krönenden Abschluss der seit sieben Jahren laufenden Demonstrationskampagne gegen die Ausstellung. Dies kann allerdings nur zu einem geringen Teil den antifaschistischen Gegenaktivitäten zugerechnet werden, sondern ist den internen Streitigkeiten zwischen Christian Worch und Thomas Wulff zu danken.

Sieben Jahre Demonstrationskampagne

Am 1. März 1997 fand in München die erste große Demonstration gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts statt. Es hatte sich ein breites Bündnis von CSU-Kreisen über den gesamte rechten Rand, bis hin zu NPD und »Freien Kameradschaften« zusammengefunden, das hier antrat, die »Ehre der deutschen Wehrmachtssoldaten zu retten«. Über 5.000 Personen konnten auf diese Weise mobilisiert werden. Die »Freien Kameradschaften« erkannten, dass hier ein aktuelles, Resonanz versprechendes Thema vorlag.

Die Euphorie nach der Großdemonstration in München ließ ein Klima unter den »Freien Nationalisten« entstehen, in dem sie bereit waren, trotz unklarer Rechtslage große Mobilisierungen durchzuführen. In den folgenden zwei bis drei Jahren wurde daher jedes Demonstrationsverbot im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die Ausstellung von Worch bis zum Bundesverfassungsgericht hin angegriffen. Die Erfolge vor dem Bundesverfassungsgericht lösten eine weitere Dynamik innerhalb der Szene aus: es entstand eine »Kampfstimmung«.

Ab 1999 entwickelte sich aus den ersten erfolgreich durchgesetzten Demonstrationen eine wahre Demonstrationskampagne. Christian Worch vertrat nun, es ginge nicht in erster Linie darum, jeweils die größtmögliche

Oben: Im Wettstreit des Revisionismus und der NS-Verherrlichung wetterte Thomas Wulff, hier mit Thorsten de Vries am 31.1., abwechselnd gegen die Rote Armee, Antifas, Jan Philipp Reemtsma und schlussendlich gegen die Polizei, die die Neonazis am weitermarschieren hinderte.

Mitte: Christian Worch hatte eine andere Idee des NS-Fetischismus: Fahnen der Länder, die im Zweiten Weltkrieg freiwillige SS-Divisionen aufgestellt hatten, wurden von auserwählten Kameraden geschwungen, bevor langatmig und theatralisch deren Hymnen gespielt wurden. Penibel wurden die abgezählten Fahnen von Worch am Ende des Aufmarsches wieder eingesammelt.

Unten: Jürgen Rieger am 27.3., nachdem er bei der Auftaktkundgebung jeglichen Rahmen von Zurückhaltung hinter sich ließ und ein Hohelied auf den Nationalsozialismus anstimmte. Störer wurden von ihm mit »Dir müsste man aufs Maul hauen« bedacht. Während des Marsches gab er Rechtshilfe-Tipps.

Anzahl an Teilnehmern zu mobilisieren; vielmehr sei es das Ziel, an jedem beliebigen Ort in Deutschland Demonstrationen durchführen zu können. Er folgt damit dem bereits unter dem Nazisuperstar der 80er-Jahre Michael Kühnen eingeschlagenen Weg, nationalsozialistische Propaganda wieder und wieder zu verbreiten, um einen Gewöhnungseffekt zu erzielen, der auf Dauer zu einer Entkriminalisierung nationalsozialistischer Politik und letztlich zur Wiederzulassung der NSDAP führen soll. Kern der Mobilisierung waren und sind die altgedienten Kader der ehemaligen GdNF. Die Kameradschaften Northeim, Göttingen, Karlsruhe, Dortmund, Hannover und Hamburg (bis zum Verbot als Hamburger Sturm, später als Aktionsbüro Norddeutschland) waren jeweils Garanten für eine Mindestgröße der Demonstrationen. Eine mit der Zeit eintretende Demonstrationsmüdigkeit traf nicht nur die aktiven AntifaschistInnen sondern auch die Kameradschaften selbst. Diese äußerte sich in den letzten zwei Jahren auch in einer expliziten Kritik an Worch, der als selbsternannter „Zampano" beschimpft und beschuldigt wurde, Kameraden zu verheizen.

Eine große Stärke der Kampagne gegen die »Wehrmachtsausstellung« war die Tatsache, dass einerseits eine Verbindung mit und Anerkennung von der „Erlebnisgeneration" zu erzielen war und andererseits in einzigartiger Weise eine Verherrlichung des Nationalsozialismus in Form des „tapferen Wehrmachtssoldaten" bzw. „SS-Kämpfers" betrieben werden konnte. Zwar wurden im Laufe der Demonstrationskampagne einzelne Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" oder etwas später „Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht" teilweise kriminalisiert, die gesamte Ausrichtung der Aufmärsche war jedoch eine einzige, oftmals erst mit Hundertschaften der Polizei durchgesetzte NS-Verherrlichung. Auch politisch fanden sich die Kameraden plötzlich im gesellschaftlichen Stammtisch-Konsens wieder.

Die Rücknahme und Überarbeitung der Ausstellung, sowie die parallel hierzu in der Mitte der Gesellschaftlich entfachte Diskussion über den »alliierten Bombenterror«, »deutsche Opfer« etc. ließen die NS-Apologeten für viele sogar als eine Art Vorreiter erscheinen. Nach der so genannten Asyldebatte ist es damit erneut Neonazis gelungen, eine gesellschaftliche Rechtsentwicklung teilweise unter ihrem Namen zu propagieren. Dies hat erneut zu einem gesteigerten Selbstbewusstsein und zu einer gestiegenen Akzeptanz am rechten Rand der Gesellschaft geführt.

Mobilisierungswettkampf

Zu der Demonstration am 31. Januar rief, neben dem Aktionsbüro Norddeutschland um Thomas Wulff, die NPD auf. Die Demonstration am 27. März wurde von Christian Worch durchgeführt. Obwohl nach außen hin vertreten wurde, es solle eben eine Demonstration zur Ausstellungseröffnung und eine zum Ende hin durchgeführt werden, war offensichtlich, dass hier ein Wettkampf durchgeführt wurde.

Mit Christian Worch fehlte am 31. Januar auch beispielsweise ein großer Teil der Kameradschaften aus dem Ruhrpott. Allerdings waren einige Personen und Gruppen anwesend, die zum engeren Kreis um Worch gezählt werden können. Auch die Mobilisie-

Oben: Antifa-Protest am Rande des Nazi-Aufmarsches.

Unten: Die beiden Aufmärsche waren für die Neonazis auch ein Catwalk aktueller Moden und Codes, von strammer HJ-Uniform über 24-Loch-Skins bis hin zu Hate-Core-Fans mit aussergewöhnlichen Pircings und Tattoos.

rung von NPD Mitgliedern muss als Misslungen angesehen werden. Natürlich waren neben den traditionell eng an die »Freien Nationalisten« angebundenen Kreisverbände wie Hannover und Göttingen auch NPD-Funktionäre aus Hamburg und dem Umland anwesend; Holger Apfel aus dem NPD-Bundesvorstand trat als Redner auf.

Es konnte aber keine Mobilisierung bei den »normalen« auch älteren NPD-Mitgliedern festgestellt werden. Alles in allem blieben die militanten Neonazis also unter sich. Daran änderte auch nichts, dass Jürgen Rieger, der als Anmelder der jährlichen Heß-Demonstrationen in Wunsiedel in den letzten drei Jahren die verschiedenen Neonazi-Generationen zusammengebracht hat, demonstrativ an der Seite der Verantwortlichen Thomas Wulff und Tobias Thiessen (Aktionsbüro Norddeutschland) auftauchte.

Die Demonstration trat nach außen hin sehr aggressiv auf. Organisierte Teams von Anti-Antifa-Aktivisten bedrohten Journalisten. Als die Demonstration auf halber Strecke von der Polizei gezwungen wurde ihre Strecke nicht wie geplant fortzusetzen sondern die Strecke zurück zu gehen, wollte ein großer Teil der Teilnehmer den Weitermarsch erzwingen. Erst ein massiver Einsatz von Ordnern brachte die Kameraden wieder zur Ruhe.

Die Demonstration am 27. März vermochte nur etwa ein drittel der Teilnehmer zu mobilisieren. Offensichtlich boykottierten die Gruppen um Thomas Wulff die „Worch-Demo". Offensichtlich genießt Worch allerdings immer noch einigen Rückhalt, denn einige wichtige Kameradschaften waren vertreten. Insbesondere fiel die große Zahl sehr junger Neonazis auf. Die rein politisch ausgerichtete langandauernde Demonstrationsspräsenz Worchs wirkt immer noch mobilisierend.

Jürgen Rieger nahm auch an dieser Demonstration teil, er verhält sich in dem aktuellen Richtungsstreit neutral.

Antifaschistischer Gegenprotest

Für die Gegendemonstration am 31. Januar war eine massive Mobilisierung erfolgt. Es konnte zwar kein einheitliches Bündnis geformt werden, die verschiedenen Aktivitäten wurden jedoch aufeinander abgestimmt. Aus

dem eher als autonom-linksradikal einzuschätzenden Spektrum wurde eine Demonstration angemeldet und durchgeführt, welche zum Abschluss bei der Kundgebung des VVN eintraf. Die Demonstration trat insgesamt sehr geschlossen auf. Schon frühzeitig war klar, dass keinerlei Möglichkeit bestehen würde, mit Teilen der Demonstration an den Neonazi-Aufmarsch heranzukommen. Das Gebiet um diese Demo herum war durch die Polizei hermetisch abgeriegelt. Nur etwa 150 AntifaschistInnen gelang es hierhin durchzusickern und lautstark und gut sichtbar ihren Protest zu zeigen. Um so unverständlicher war es, dass aus der Demonstration heraus schon ab einem frühen Zeitpunkt immer wieder Stuff verschiedener Art auf Polizeibeamte geworfen wurden. Diese fortdauernden »Angriffe« nutzte die Polizei als Vorwand, um am Ort der Abschlusskundgebung ohne weitere Vorwarnungen mit mehreren Wasserwerfern gleichzeitig die Versammlung aufzulösen. Bei dem Angriff wurde die Rednerin der VVN Esther Bejerano beinahe von einem Wasserwerfer getroffen.

Es ist bislang unklar, ob dieser Einsatz von vornherein geplant war. Eine breite öffentliche Kritik folgte dem leider nicht – die Massenmedien berichteten lieber über die »Ausschreitungen« als über das skandalöse Verhalten der Polizeiführung.

Überschattet war die antifaschistische Demonstration von einer Schlägerei, die vor dem Beginn stattfand. Das Bündnis hatte sich im Vorfeld darauf geeinigt, dass keine Nationalflaggen, also weder israelische, amerikanische oder britische, noch palästinensische oder irakische mitgeführt werden sollten. Mit dieser Lösung hatte man zwar Diskussionen und mögliche Spaltungen vermieden, der eigentliche Konflikt war jedoch nicht ausgetragen worden. Einige Gruppen des antideutschen Spektrums waren an der Spitze des Demonstrationszuges mit entsprechenden Fahnen erschienen, einige Personen hatten versucht mit solchen Fahnen in die Demonstration zu gelangen. Aus der Demonstration selbst erfolgte mindestens ein Angriff auf ein Transparent, das politisch in keinerlei Hinsicht zu beanstanden war und von Personen aus dem antideutschen Spektrum getragen wurde. Es folgte eine größere Auseinandersetzung, die schließlich von der Polizei beendet wurde. Der Umgang mit Spaltungsversuchen der Antideutschen aber auch mit sich selbst als Antiimperialisten begreifenden Gruppen, die antisemitische Argumentationsmuster und Parolen benutzen wird nach dieser Demonstration offen diskutiert werden müssen. In der Folge löste sich das antifaschistische Bündnis, das die Demo organisierte hatte, auf.

Die Mobilisierung zum 27. März war aufgrund dieser Umstände deutlich schwächer. An der Demonstration nahmen immerhin noch beinahe 2.000 TeilehmerInnen teil. Entlang der Aufmarschroute, die teilweise identisch war mit der vom Januar, waren diesmal jedoch erheblich mehr Aktivitäten, vor allem von Anwohnern, zu verzeichnen. Transparente, Sprechchöre und Musikbeschallung machten die Demonstration für die nur etwa 300 Personen zählende Neonazi-Demo streckenweise relativ unangenehm.

Fazit

Für die Neonazis verhinderte die gegenseitige Konkurrenz zwar einen krönenden Abschluss einer siebenjährigen Kampagne, dies dürfte allerdings auf längere Sicht keine Schwächung bewirken. Im Gegenteil: das zweispurige Vorgehen, einerseits eng an die NPD gebunden, andererseits in strikter Kritik hierzu, könnte auf längere Sicht eine Zunahme an Möglichkeiten bewirken.

Christian Worch schafft es immer noch in beachtlichem Maße, insbesondere junge Aktivisten um sich zu scharen. Der sehr NPD-kritische Kurs garantiert eine Unabhängigkeit, die vielfältige Aktionsmöglichkeiten bietet. Gerade im politischen Streit mit der NPD und den Gruppen um Thomas Wulff erfolgt zur Zeit eine politische und weltanschauliche Diskussion und Ideologiebildung, die auf Dauer zu einer weiteren Politisierung eines Teils der Neonazi-Szene führen kann. Die Anbindung des entgegenstehenden Teils der Szene an die NPD und ihre verstärkte Adaption eines »autonomen« Politikverständnisses, mag in einem bestimmten Teil der Jugendszene zu größerer Attraktivität führen – in erster Linie scheint es um das Bedürfnis etlicher Aktivisten zu gehen, Politik mit Freizeitvergnügen zu verbinden und eine eigene »Subkultur« zu puschen.

Die beiden konkurrierenden Flügel finden jedoch offensichtlich genug Zuspruch, um nebeneinander bestehen zu können. Zur Zeit behindern sie sich zwar teilweise, eine ernsthafte Spaltung ist allerdings nicht in Sicht.

Neonazismus war kein Thema, Gericht entschied:

Peter Borchert nur krimi

Zu einer Freiheitsstrafe von insgesamt 3 Jahren und 6 Monaten wegen verschiedenen Verstößen gegen das Waffengesetz wurde der ehemalige Vorsitzende der NPD-Schleswig-Holstein nunmehr im April diesen Jahres vom Landgericht Kiel verurteilt. Borchert war im Herbst des letzten Jahres im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die Gruppe Combat 18 Pinneberg, der die Fortsetzung der Aktivitäten der verbotenen Organisation Blood and Honour vorgeworfen wurde, sowie eines Rings von Waffenverkäufern im Kieler und Neumünsteraner Rotlichtmilieu, in Untersuchungshaft genommen worden (wir berichteten ausführlich in der Eie Nr. 20).

Mit der nun erfolgten Verurteilung Borcherts findet eine jahrelange Justizposse (zunächst) ihren Abschluss. Seit mehr als drei Jahren führte die Staatsanwaltschaft Kiel wegen verschiedener Straftaten Ermittlungsverfahren gegen Borchert. Das Amtsgericht Kiel häufte schließlich all diese Anklagen zu einem großen Paket und ließ das ganze Verfahren dann liegen. Insgesamt drei Richterinnen und Richter wühlten sich im Laufe der Zeit durch das immer größer werdende Verfahren ohne sich dazu überwinden zu können, endlich eine Hauptverhandlung anzuberaumen. Selbst nachdem im Herbst 2002 Borchert gemeinsam mit einem Kameraden aus Eckernförde wegen mehrfachen Einbruchsdiebstahl in Tankstellen in Untersuchungshaft kam, geschah zunächst nichts. Während der Eckernförder Neonazi, weil er als Heranwachsender abgetrennt beim Amtsgericht Eckernförde verhandelt wurde, schon einige Monate nach der Tat abgeurteilt wurde, entließ man Borchert nach kurzer Untersuchungshaft „unter engmaschigen Auflagen" (Staatsanwaltschaft Kiel) und ließ die Sache weiter schlummern. Ein für den Herbst 2003 anberaumter Verhandlungstermin wurde später wegen Überlastung des Gerichts abgesagt.

Die „engmaschigen Auflagen" waren offensichtlich grob genug, dass Borchert zumindest in der Lage war mit insgesamt 16 Waffen, eine vollautomatische Maschinenpistole, eine Pumpgun und 14 Pistolen Handel zu treiben. Vermutlich um der Schleswig-Holsteiner Justiz eine blamable öffentliche Hauptverhandlung zu ersparen, aber auch um keine Details der im vergangenen Herbst von Innenminister Buss vollmundig als „Schlag gegen die Naziszene" präsentierte Polizeiaktion öffentlich preiszugeben, wurde von Staatsanwaltschaft, Verteidigung und Landgericht ein Deal vorgenommen: dreieinhalb Jahre Gefängnis für den Waffenhandel, eine Einstellung aller weiterer beim Amtsgericht Kiel anhängigen Verfahren im Hinblick auf diese Strafe, durchgeführt quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Zugrundelegung eines Geständnisses Borcherts in dem die Tatvorwürfe ohne Nennung von Käufern und Verkäufern oder Mittätern, sowie ohne Erläuterung der (politischen) Hintergünde eingeräumt wurden. Weder die Presse noch der in dem beim Amtsgericht anhängigen Verfahren beteiligte Nebenkläger wurden informiert. Der Prozess wurde ohne tatsächliche Beweisaufnahme an einem Verhandlungstag durchgeführt. In der mündlichen Urteilsverkündung tauchte der politische Hintergrund Borcherts und der Taten in keinem Satz auf.

Gewinner des Deals ist auf jeden Fall die Staatsanwaltschaft Kiel. Ihre Versäumnisse in den zahlreichen Verfahren gegen Borchert werden nunmehr nicht öffentlich verhandelt werden. Wie konnte es dazu kommen, dass Borchert, der 2001 zu einer einjährigen Freiheitsstrafe, ausgesetzt zur Bewährung, wegen Besitzes einer scharfen und durchgeladenen Pistole, verurteilt wurde, in den folgenden Monaten unter anderem mehrere Körperverletzungen beging, ohne dass die Bewährung widerrufen wurde? Warum wurde nicht wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung ermittelt, obwohl der Mittäter Borcherts bei den Tankstelleneinbrüchen freimütig zugab, in einer Sitzung des NPD-Landesvorstandes sei beschlossen worden, der enttarnte Spitzel Bastian T. solle überfallen und mißssandelt werden? Auch die Frage, ob zum Zeitpunkt der Außervollzugsetzung des Haftbefehls wegen der Tankstelleneinbrüche, Ende 2002, bereits gegen Borchert in Zusammenhang mit der terroristischen Vereinigung Combat 18 Pinneberg und wegen Waffenhandels ermittelt wurde, wird nunmehr unbeantwortet bleiben. In diesem Verfahren waren Hinweise darauf, dass Borchert selbst Waffen besitzt und Verkäufe zumindest arrangieren könne aufgetaucht.

Andererseits hätte sich die Staatsanwaltschaft auch fragen lassen müssen, wie Verteidigerpost in die Ermittlungsakte des Amtsgerichts gelangen konnte. Dies hätte gegebenenfalls sogar zu einer Einstellung großer Teile des amtsgerichtlichen Verfahrens führen können.

Zufrieden sein können also alle, denen an der tatsächlichen Aufklärung der

nell

Straftaten nichts gelegen war.

Zu widerrufen wäre nunmehr noch die Bewährungsstrafe von insgesamt 14 Monaten (hier wurde noch eine weitere Verurteilung wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz aufgesattelt. Man wird beobachten müssen, ob dieser Widerruf, der nach dem Gesetz zwingend wäre, tatsächlich erfolgt, oder vielleicht auch von der Staatsanwaltschaft in das geschnürte Paket einbezogen wurde.

Aufklärung über die angebliche terroristische Vereinigung Combat 18 Pinneberg/Blood and Honour können nunmehr allenfalls die Prozesse gegen deren Mitglieder, insbesondere den inzwischen in Neumünster wohnenden Klemens Otto und den anscheinend in Hamburg wohnenden Marco H. geben. Beide sind ebenfalls seit längerem aus der Untersuchungshaft entlassen. Insoweit ist auch hier mit einem kurzen Prozess aufgrund einer Absprache zwischen den Beteiligten zu rechnen. Aufklärung über die tatsächlichen Hintergründe, das Gefährdungspotential und die Aktivitäten der Gruppe ist damit nicht mehr zu erwarten. Dies ist doppelt ärgerlich, weil nach Zeitungsmeldungen auch der antisemitische Anschlag auf den jüdischen Friedhof in Neustadt/Ostholstein kurz vor der Aufklärung steht. Es wäre von erheblichen Interesse festzustellen, ob zwischen den Verschiedenen Gruppen Kontakte bestehen und wie sie vernetzt sind. Immerhin steht hier der Aufbau einer landesweit agierenden, bewaffneten Gruppe im Raum.

Republikaner mit hohem Besuch in Lüneburg

einfach peinlich

Am 17. April führte die rechte Partei "Die Republikaner" eine Wahlkampfveranstaltung im Lüneburger Clamartpark unter dem Motto "Recht auf Bildung, Recht auf Arbeit" durch. Grund ist die Wahl des Europaparlaments am 13. Juni diesen Jahres, zu der die Partei antrat

Die stellvertretende Bundesvorsitzende Ursula Winkelsett hofft, als Abgeordnete der Republikaner (Rep) einen Platz im Europaparlament für sich zu gewinnen und tourt deshalb quer durch Deutschland mit ihrem Rep-Mobil von Veranstaltung zu Veranstaltung. Auch wenn die Republikaner in letzter Zeit nicht als vom Erfolg verwöhnt gelten, so muss dieser Werbeversuch in Lüneburg doch schon eine der niederschlagensten Termine für Kandidatin Winkelsett gewesen sein: Die lokale Parteistruktur vermochte nicht einmal 20 (teilweise alkoholisiert wirkende) Sympathisanten zu mobilisieren, lediglich ein Dutzend Passanten versuchte hinter Polizeiabsperrung den schlecht vorbereiteten Reden der Reps zu folgen. Das eigentlich zusätzlich angekündigte Bundesvorstandsmitglied Peter Lauer erschien erst gar nicht. Während des einstündigen Trauerspiels von Winkelsett und Gefolge störten bis zu 80 Gegendemonstranten unüberhörbar mit Parolen und Pfeifkonzert. Die weit angereiste Kandidatin bemühte sich, gute Mine zum bösen Spiel zu machen. Es wurde über die Rot-Grüne Bundesregierung, gegen angebliche Islamisierung von deutschen Schulen (festgemacht am Tragen von Kopftüchern einzelner Schülerinnen und Lehrerinnen) und steigende Kosten durch Asylbewerber gehetzt. In absoluter Verkennung der Lage bedankte Winkelsett sich bei den (imaginären) Bürgern für ihre Aufmerksamkeit.

Durch penetrante Zwischenrufe von AntifaschistInnen irritiert, bemühten sich die insgesamt drei Redner (Winkelsett, Hans-Gerd Wiechmann und Wilhelm Köhler) ihre abgedroschenen Reden zu halten; die kleine (aber nicht mal feine) Gruppe erschienener Anhänger mussten anfangs vom Kreisvorsitzenden Lüneburg Wiechmann zum Applaus genötigt werden (Zitat: "So, jetzt klatschen! Los!"). Das Kartonweise mitgeschleppte Infomaterial der Reps konnte nach Veranstaltungsschluss komplett wieder mitgenommen werden, da mit drei Ausnahmen einfach keine Interessenten zum abgelegenen Stand kamen.

Im Abschlussgespräch mit der Polizei äußerte die Spitzenkandidatin Winkelsett dann klar ihr Anliegen, jetzt nur noch "schnell raus aus der Stadt" zu wollen, während die ortsansässigen Parteimitglieder sie (scheinbar erfolglos) noch zu einem gemeinsamen Mittagessen überreden wollten.

Auch wenn Lüneburger AntifaschistInnen auf noch mehr Gegendemonstranten gehofft hatten, kann der Verlauf des Tages im Großen und Ganzen als Erfolg gewertet werden: Der Auftritt konnte zwar nicht ver- wohl aber behindert werden. Auf Grund der Proteste und der Polizeikette gelang es den Republikanern kaum, ihre rassistische Propaganda akustisch oder in Form von Flugzetteln an den Mann/die Frau zu bringen. Durch den Auftritt haben sich die ortsansässigen Republikaner ein nettes Armutszeugnis ausgestellt, selbst als gemeinschaftsfestigendes Gruppenerlebnis kann der schäbige Auftritt nicht gewertet werden...

L.o.P.

NPD Schleswig-Holstein neu formiert:

Die Traditionalisten sind zurück

Im August 2003 fand der Landesparteitag der Schleswig-Holsteiner Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD) statt. Dort wurde ein neuer Vorstand gewählt, der nun die Geschicke des nördlichsten NPD-Landesverbandes leiten soll. Um die Bedeutung dieser Wahlentscheidung und die daraus resultierende Entwicklung der NPD deutlich zu machen, soll hier sowohl ein Blick auf einige vergangene Jahre aber auch auf die gegenwärtigen Aktivitäten der rechten Partei speziell in Schleswig-Holstein geworfen werden.

Kam auch im hohen Alter nicht zur Einsicht: Heinrich "Heino" Förster aus Ratzeburg ist immer noch in der NPD aktiv, hier auf der NPD-Demo am 19.07.03 in Hamburg.

Rückblick Landesparteitag 1998

Auf dem Parteitag vor nunmehr sechs Jahren wurde Ingo Stawitz aus Uetersen zum Landesvorsitzenden der NPD gewählt. Die anwesenden Mitglieder konnten sich nicht klar auf einen Kandidaten einigen, daher erlangte Stawitz nur eine knappe Mehrheit.

Als im Jahr 2000 der "Sommer der Anständigen" von der Bundesregierung und dem Kanzler ausgerufen wurde und Engagement gegen Neonazis plötzlich schick war, machte die Idee eines NPD-Verbotes die Runde. Um dem Bundesinnenministerium als Antragsteller eines Verbotsverfahren nicht noch zusätzlich Munition zu liefern, wurde allen Landesverbänden vom Bundesvorstand der NPD geraten, keine Demonstration oder andere politische Aktion mit brisantem (also z.B. ganz offensichtlich neonazistischem) Inhalt oder Motto anzumelden oder sich an solchen Aufrufen zu beteiligen. So sollte vermieden werden, dass noch mehr öffentlichkeitswirksame Anhaltspunkte für eine Verfassungswidrigkeit der NPD entstehen.

Viele Parteifunktionäre hielten sich an solche Weisungen aus der Chefetage, einige jedoch missachteten und kritisierten diese Vorgaben. Jürgen Gerg aus Lübeck, damals Funktionär der "Jungen Nationaldemokraten" (Jugendorganisation der NPD), hatte zum Beispiel bereits 1999 eine Solidaritätsdemonstration für den Neonazi Kay Diesner angemeldet. Kay Diesner sitzt seit 1997 wegen Polizistenmord in Lübeck im Knast. Unter anderem durch diese Demoanmeldung mit dem absurden Motto "Freiheit für Kay Diesner" hatte Gerg in der NPD polarisiert; es fanden sich natürlich viele (bundesparteitreue) Gegner aber auch zahlreiche Befürworter seiner radikalen Einstellung. So hatte Gerg sich schon in der Vergangenheit als Hardliner in der Partei eingebracht und hatte (trotz oder gerade wegen der Parteidirektive) nicht vor, diesen Stil zu ändern.

Die "Revolutionäre Plattform" betritt die Bühne

Gerg tat sich des weiteren auch als Sprecher in der neugegründeten "RPF" (Gesinnungsgemeinschaft Revolutionäre Plattform in der NPD) hervor. Die Mitglieder der RPF bezeichneten sich selbst als "revolutionär", da sie dem "duckmäuserischen", angeblich so systemkonformen und weichgespülten Kurs der NPD-Führungen und ihren "reaktionären" Anhängern den Kampf angesagt hatten. Die RPF vertrat einen offeneren, radikaleren Kurs und kümmerte sich nicht darum, ob solch klare Bekenntnisse nicht einem Verbotsverfahren Vorschub leisten könnten. Viele durchaus einflussreiche "Freie Nationalisten" wie Thomas Wulff unterstützen die Revolutionäre Plattform. Mit dem Versuch des "reaktionären" Lagers, Jürgen Gerg mittels eines Parteiausschlussverfahrens aus der NPD zu werfen, wurde versucht, die "revolu-

von Links auf einer Nazi-Demo am 25.01.03 in Kücknitz: Tobias Thiessen, Chef des Aktionsbüros Norddeutschland und Scharnier zwischen der Hamburger und Lübecker Neonazi-Szene. Thorsten Mey, ehemalige Schatzmeister zog offenbar aus Lübeck weg, nachdem sein Wagen leider immer wieder kaputt ging. Stand für unverhohlenen Nationalsozialismus: Jürgen Gerg aus Lübeck

Jörn Lemke aus Lübeck, immer für die "nationale Sache" unterwegs, hier auf einer Demonstration des "Bündnis Nationaler Sozialisten" (Frühjahr 2003)

Fühlt sich zum Chefredakteur der *Schleswig-Holstein-Stimme* berufen: Jens Lütke (mitte, mit Cap) aus Selent geht in der Parteiarbeit voll auf, leitet den Kreisverband Kiel-Plön und sitzt im Landesvorstand der NPD-SH

tionäre" Strömung gerade in der Schleswig-Holsteiner NPD zu stoppen und so den nahenden Parteitag für sich entscheiden zu können. Doch es kam anders...

Landesparteitag in Tönning, die Erste...

Zum Landesparteitag am 14.Oktober 2000 in Tönning (nahe der Nordseeküste) konnte die jüngere Neonazifraktion etliche Mitglieder mobilisieren. Alles andere als untätig war auch Ingo Stawitz vor dem Parteitag durch Schleswig-Holstein gezogen und hatte sich schriftlich von überwiegend alten NPDlern deren Stimmrecht übertragen lassen. Als die Stimmberechtigung der versammelten NPD-Mitglieder überprüft werden sollte, präsentierten die Neonazis um Gerg plötzlich Unterlagen über Mitgliedsbeiträge sowie Bargeld. Da Mitglieder bei der Vorstandswahl nur wählen dürfen, wenn sie ihre monatlichen Beiträge entrichtet haben, hatten der amtierende Vorsitzende Ingo Stawitz und sein Gefolge mit weniger "revolutionären", stimmberechtigten Mitgliedern gerechnet. Außerdem wiesen die Leute um Gerg nach, dass eine so zahlreiche Übertragung der Stimmberechtigung an Stawitz durch die Parteisatzung verboten war. Mit den so kurzfristig offen gelegten Zahlungsbeläge und Mitgliedsgelder sowie der Nichtigkeit der Stimmübertragung hatte die junge Generation die Stimmenmehrheit auf sich und ihren Kandidaten vereinigt.

Der damals 25-jährige Jürgen Gerg wurde zum Landesvorsitzenden gewählt, die beiden ebenfalls "revolutionären" Kandidaten Jörn Lemke (Lübeck) und Peter Borchert (damals noch Kiel) sowie Heinrich "Heino" Förster (76, Ratzeburg) konnten das Amt des Stellvertreters ergattern. Der Triumph über die Alt-NPDler war allerdings nicht von langer Dauer, da sich die Bundes-NPD unter ihrem Vorsitzenden Udo Voigt (52) zu Wort meldete.

Die Bundes-NPD schreitet ein

Alles andere als glücklich mit dem Wahlsieg von Gerg & Co und dem Abdriften des schleswig-holsteinischen Landesverbandes war die Führungsriege. Also erinnerte man schnell an das (oben erwähnte) Ausschlussverfahren gegen Gerg wegen nationalsozialistischer Bekenntnisse und erklärte den "organisatorischen Notstand", da eine Landesverbandsführung unter einem vom Ausschluss bedrohten Mitglied nicht tragbar sei. Da die Wahl nach nur 6 Tagen annulliert worden war, wurde auf Geheiß der Bundesführung der parteitreue Hans Günter Eisenecker zum "kommissarischen Vorsitzenden" für Schleswig-Holstein ernannt. Der Nazianwalt Eisenecker führte nun offiziell den Landesverband bis zum einberufenen Sonderparteitag. Eisenecker war zuletzt als Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern tätig, bis er Ende 2003 in die ewigen Walhalla-Jagdgründe einging.

Landesparteitag in Tönning, die Zweite...

Wieder traf man sich in Tönning, wieder in der selben Gaststätte "Zum Kreuz". Es wurde von beiden Fraktionen eifrig mobilisiert, und so konnte im ersten Wahldurchgang kein Kandidat eine Mehrheit erlangen. Erst in der zweiten Abstimmung machte Nazischläger Peter Borchert für die aufmüpfigen NPDler das Rennen und wurde Landesvorsitzender. Jörn Lemke und Stephan Saur teilten sich den Posten des Stellvertreters, Schatzmeister wurde der Lübecker Torsten Mey. Das Ausschlussverfahren gegen Jürgen Gerg wurde kurzerhand vom frisch gewählten Vorstand beendet. Darüber hinaus wurde Gerg nun zum Landes-Generalsekretär befördert.

Maßlos verärgert und enttäuscht über den endgültigen Sieg der "Putschisten" verließen ehemalige Funktionäre die Partei: Ingo Stawitz (ehem. Landesvorsitzender), Reinhard Kessow (Lübeck, ehem. Landesschatzmeister) und Rainer Schütt (ehem. Vorsitzender Kreisverband Lübeck) traten aus.

Borchert und seine Leute machen sich weiter unbeliebt

Nachdem Borchert verlauten ließ, er würde am 1. Mai 2001 zur Demo der "Freien Nationalisten" nach Frankfurt/Main fahren und nicht zu NPD-Demos in anderen Städten, versucht der Bundesvorstand am 22. April 2001 erneut die Notbremse zu ziehen. Wie Gerg vor ihm wird Borchert abgesetzt. Faktisch jedoch bekleidet Borchert weiterhin das Amt, da kein Nachfolger vom "revolutionären" Landesverband gesucht bzw. geduldet wurde. Nach einigen Monaten rehabilitiert die Bundesspitze den vorbestraften Landeschef in der Hoffnung auf Besserung.

Nach den Anschlägen vom 11.September in den USA kommt unverhohlener Applaus von Borchert & Co. Udo Voigt und seine Bundesführung erklären abermals den "organisatorischen Notstand", Ulrich Eigenfeld (56) aus Niedersachsen soll nun als Interims-Chef in Schleswig-Holstein agieren. Per Landgericht wird diese Verfügung der Bundes-NPD aufgehoben. Heute ist Eigenfeld Landesvorsitzender der NPD in Niedersachsen.

In den nächsten zweieinhalb Jahren gehen vom Vorstand unter Borchert landesweit wenig klare NPD-Veranstaltungen aus. So nervten z.B. in Kiel und Umgebung öfters NPD-Mitglieder wie Patrick Thiele (mittlerweile auch nach Walhalla abberufen), Peter von der Born oder Jens Lütke samt Gefolge unter Anleitung Borcherts durch Flugblatt-Aktionen, dieses Engagement rührt aber eher vom Kreisverband Kiel-Plön her als vom Landesverband.

Eine der wenigen NPD-Aktionen mit Borcherts Beteiligung außerhalb von Kiel ist der Info-Stand in Bad Oldesloe im Sommer 2002 gewesen. Neben Borchert selbst sind lediglich 5 andere NPDler angereist, das peinliche NPD-Material findet keinen Absatz bei den Passanten.

Bei der Bundestagswahl 2002 konnte die NPD in Schleswig-Holstein zwar minimal zulegen, doch das Spitzenergebnis in den einzelnen Wahlkreisen liegen bei nur 0,4 Prozent.

Anstatt wie von der Partei gewünscht die NPD-Strukturen auszubauen, vertreibt sich Borchert die Zeit unter anderem mit persönlichem Einsatz im Club88 Neumünster oder begeht diverse Straftaten (Körperverletzungen, Einbrüche, Waffengeschäfte etc.). Die Parteiarbeit unter dem "revolutionären" Landesvorstand kommt beinahe komplett zu erliegen: Die Parteikasse verebbt, Mitgliederzahlen sinken und die Mitgliedslisten werden nicht aktualisiert. Jürgen Gerg als Generalsekretär und Torsten Mey als Schatzmeister wären eigentlich für diese Büro- und Finanzgeschäfte zuständig, doch sie gründen 2002 lieber eine neonazistische Wählergemeinschaft in Lübeck (Bündnis Nationaler Sozialisten), organisieren einen Wahlkampf für diese Gruppe und treten zur Kommunalwahl im März 2003 in der Hansestadt an. Der junge Flügel ist durchaus in nationalsozialistischer Absicht in Norddeutschland aktiv, allerdings eher für die Interessen der "Freien Nationalisten" als für die Partei.

Die Alten planen ein Comeback

Besonders dem Alt-Herren-Club innerhalb der NPD gingen gerade Borcherts stetige (gewalttätige) Ausfälle in aller Öffentlichkeit, die Provokationen gegenüber dem Bundesvorstand und die lahme Parteiarbeit allgemein gegen den Strich.

Die Einladungen an alle NPD-Mitglieder zum Parteitag 2003 kommt dann auch von Heino Förster mit der dringenden Aufforderung diesen Termin wahr zu nehmen, da wichtig sei, "dass wir uns alle nach langer Zeit einmal wiedersehen".

Landesparteitag 2003 in Schlesen

Zwar vertauscht Förster in seinen Einladungen Daten und geplante Tagesordnungspunkte, trotz alledem finden über 50 Alt- und Jungnazis am 24. August den Weg zur Gaststätte "Zur Wildente" in Schlesen bei Kiel. Es offenbaren sich den Mitgliedern eine "desolate Kassenlage" und absolut chaotisch hinterlassene Zustände der Kreisverbände.

Während sich Borchert wenigstens noch zu einer kurzen Ansprache genötigt sieht, ziehen andere Vorstandsmitglieder es vor, erst gar nicht zu erscheinen (Lemke, Gerg ...). Wie zu erwarten wird ein neuer Vorstand gewählt: Uwe Schäfer aus Plön wird Landesvorsitzender (Schäfer führte die NPD Schleswig-Holstein bereits bis 1998), Heino Förster (Ratzeburg), Wolfgang Schimmel (ehem. Bad Oldesloe, jetzt Leezen) und Jens Lütke (Selent, nahe Plön) dürfen ihn vertreten. Arthur Nissen (Husum) erhält das Amt des Schatzmeisters, Peter von der Born (Kiel) und Wolfgang Behrens machen die Beisitzer.

Das Ergebnis der Wahl macht deutlich, dass sich die alte Garde zusammenraffen und einbringen konnte. Mit den eher "revolutionären" Lütke und von der Born im Vorstand ist insgesamt eine relativ ausgewogene Mischung aus "radikalem" und "gemäßigtem" (soweit man in Bezug auf die NPD diesen Begriff verwenden darf) Flügel entstanden.

Jörn Lemke und Jürgen Gerg kehren nach diesem endgültigen Scheitern der "revolutionären" Machtübernahme der Partei den Rücken zu und treten aus. Peter Borchert sitzt seit den Hausdurchsuchungen wegen Combat18 am 28.10.03 im Knast (s. Eie Nr. 19).

NPD in Hamburg weiter ohne Bedeutung

Nachdem die Hamburger NPD 2001 gar nicht erst zur Bürgerschaftswahl angetreten war und bei den Bezirksversammlungswahlen in der Regel unter 0,1 Prozent blieb, meldete sie Anfang des Jahres 2003 ihren Wahlantritt an.

Der Landesvorstand unter dem Vorsitzenden Ulrich Harder sprach von guten Chancen auf einen „Achtungserfolg", da ihre rechten Konkurrenten von DVU und REP nicht teilnehmen wollten und auch die Schillparteien viele Wähler verloren hatten.

Als Spitzenkandidat wurde laut *Schleswig-Holstein-Stimme* ursprünglich der Neonazi Jürgen Rieger gehandelt, der als Multifunktionär und Rechtsanwalt in der extremen Rechten sehr angesehen ist. Letztendlich sprang er wohl doch ab und machte den Platz frei für den 74-jährigen Harder.

Von dem ausländerfeindlichen Wahlkampf „Die NPD wird sich vor allem dafür einsetzen, dass Hamburg wieder eine deutsche Stadt wird ... und deutsche Kinder wirkliche deutsche Schulen besuchen können, an denen sie als Deutsche nicht zur Minderheit gehören." (Zitat: www.npd-hamburg.de) werden die meisten Hamburger nicht viel mitbekommen haben. Neben einzelnen Infotischen (Rothenburgsort, Wandsbek ...) und Wahlkampfmaterial, dass schon von der NPD als „teilweise unprofessionell" beschrieben wurde, hingen nur vereinzelte kleine Plakate „Hamburg wählt deutsch!" nach denen man gut suchen musste.

Auch von der angekündigten Unterstützung seitens der anliegenden Landesverbände war nicht viel zu sehen. Hilfe gab es dagegen allerdings von „Freien Nationalisten" um das Aktionsbüro Norddeutschland, die bei einem Infostand auch für die NPD warben. Mitverantwortlich für den Kontakt ist wahrscheinlich der Student Jan Zimmermann, der das Durchschnittsalter der Kandidaten stark senkt und auch schon für den Bundesverband als Ordner tätig war. Er trat in letzter Zeit immer wieder mit Tobias Thiessen, Betreiber des Aktionsbüros, in Erscheinung – nicht zuletzt im Zuge der Kampagne gegen die Wehrmachtsausstellung.

Trotz Verzehnfachung der Stimmen in den meisten Bezirken (siehe Tabelle), bleibt das Ergebnis mit nur 0,3% aufgrund des miserablen Wahlkampfes immer noch lächerlich gering.

Mehr hatten AntifaschistInnen aus Hamburg von den Kandidaten aber auch nicht erwartet, die sie bei einem Prozess live erleben durften: Sie waren teilweise alkoholisiert, Ulrich Harder erschien mit löchrigen Klamotten und auch bei ihren Aussagen hinterließen sie keinen besonders organisierten und kompetenten Eindruck.

Bezirksversammlungswahlen	
Mitte	1,3%
Bergedorf	1,0%
Altona	0,6%
Harburg	0,6%
Wandsbek	0,4%
Eimsbüttel	0,3%
Nord	0,2%

Wolfgang Schimmel (links) ist stellvertretender Landesvorsitzender und bemüht sich um die Internetseite der NPD. Schimmel ist seit Jahren als Neonazi aktiv, erst in der DVU, später in der NPD. Uwe Schäfer (mitte) aus Plön witterte seine Chance, das Ruder wieder zu übernehmen. Der selbstständige Kaffeehändler führt erneut den Landesverband Schleswig-Holstein als Vorsitzender an.

Nach Wiedereintritt in die NPD konnte Ingo Stawitz aus Uetersen schnell die Karriereleiter erklimmen: Stawitz ist zum Bezirksvorsitzender der Region Steinburg gewählt worden. Auf dem Foto führt Stawitz (links) eine Neonazi-Demo im Sommer 2003 in Lübeck gemeinsam mit Bündnis-Rechts-Chef Dieter Kern (mit Megafon) an.

Der Maurer Peter von der Born (links, mit Zettel) spielt den Vortänzer des NPD-Ordnerdienstes

Die NPD kommt wieder in Fahrt

Zuerst reorganisiert der Vorstand die Verbände in Schleswig-Holstein: Die völlig unstrukturierten und führungslosen Kreisverbände Segeberg, Neumünster, Ostholstein und Lübeck werden aufgelöst. Die dort wohnenden Parteimitglieder werden in die nächstgelegenen Verbände integriert (Lauenburg-Stormarn, Kiel-Plön, Dithmarschen-Steinburg oder Nordfriesland). Aufgrund der in den letzten Jahren schlecht geführten Parteiverwaltung müssen viele Mitglieder angeschrieben werden um zu überprüfen, ob eine NPD-Mitgliedschaft überhaupt noch besteht.

Es erscheint jetzt regelmäßig alle zwei Monate die *Schleswig-Holstein-Stimme*, ein sechzehnseitiger Rundbrief der Landes-NPD, den jedes Mitglied erhält. Die *Schleswig-Holstein-Stimme* zeichnet sich wahrlich nicht durch literarische Meisterwerke aus, versorgt aber die Kameraden u.a. mit Aktionsberichten und politischen Terminen und hält die Basis so auf dem Laufenden. Redakteur dieses Blattes ist Jens Lütke, das Vorwort hält allerdings jedes Mal der Vorsitzende Uwe Schäfer.

Unter (bestimmt sehr intellektueller) Führung von Peter von der Born ist ein Ordnerdienst in Schleswig-Holstein aufgebaut worden. Diese Truppe hat die Aufgabe, parteiinterne sowie parteifremde Veranstaltungen zu beschützen. Der Ordnerdienst trainiert zeitweise im Neumünsteraner Kampfsportverein "Athletic Club Ultra", welcher von ortsansässigen Neonazis gegründet und betrieben wird.

"Dank" dem selbsternannten Computer-Profi Wolfgang Schimmel können auf der Internetseite der NPD Schleswig-Holstein wieder aktuelle Meldungen und Kontaktadressen abgerufen werden.

Uwe Schäfer kündigt eine Veranstaltungsreihe durch die noch verbliebenen Kreisverbände an. Am 25.10.03 findet das erste Treffen in Mölln statt. Schäfer referiert stundenlang vor versammelter Mannschaft: Heino Förster, Wolfgang Schimmel, Jens Lütke, Dieter Albrecht Weber (Wentorf bei Hamburg) und anderen Nazis aus der Region sind mit dabei.

Die nächste Station ist Nordfriesland (28.11.03): Reimer Dierks eröffnet die mit nicht ganz 25 Gästen besuchte Veranstaltung, dann darf Schäfer seinen abgedroschenen Vortrag halten.

Am 5.12.03 wurde die Tour im Kreisverband Dithmarschen-Steinburg ver-

mutlich fortgesetzt, Näheres ist nicht bekannt.

Zur Wintersonnwende am 20.12.03 organisierte Lütke mit seinem Kreisverband Kiel-Plön eine Feier in der Nähe von Bad Segeberg: Geschützt vom Regen wurde im gemieteten Festzelt gefeiert und peinliche Lieder gesungen.

Der Landesverband sammelte per Brief bei allen Mitgliedern Unterschriften, die für die Zulassung der NPD zur Europawahl am 13. Juni 2004 benötigt wurden.

Für eine "große Saalveranstaltung" am 1.Februar diesen Jahres in Schleswig-Schuby (im Deecker Hof) konnte Holger Apfel (33, Bundesvorstand NPD und *Deutsche-Stimme*-Chefredakteur) als Redner gewonnen werden. Gleichzeitig sollte bei dieser Gelegenheit die Satzung der NPD-S/H aktualisiert werden. Gemeinsam verbrachten dort über 50 Neonazis ihre Zeit mit Vorträgen von Apfel und Schäfer sowie einer Ehrung für Heino Förster wegen seine "langjährigen Verdienste an der Partei und dem Vaterland". Nazi-Schriftsteller Heinz Mahncke aus Tellingstedt kam auch zu Wort. Von der Borns Ordnerdienst hampelte im Partnerlook vor der Gaststätte auf und ab. Erschienen war u.a. auch Harald Voss vom "Bündnis Rechts Lübeck".

Gab es unter dem abtrünnigen NPD-Vorstand um Borchert besonders wegen Streitigkeiten zwischen Dieter Kern (Chef vom Bündnis Rechts) und Gerg/Lemke absolute Funkstille zum "Bündnis Rechts", scheint nach der Wahl einer linientreuen NPD-Führung das Eis gebrochen. Ein weiterer Hinweis einer eventuellen Annäherung von NPD und BR ist die Wiederaufnahme von Ingo Stawitz in die NPD (er war nach seiner Abwahl 2000 aus Protest ausgetreten). Stawitz hatte sich in letzter Zeit im BR als Sprecher eingebracht und fungiert nach Zustimmung seines Aufnahmeantrages neuerdings als Bindeglied zwischen den beiden Parteien. In der Ausgabe Nr. 4 der *Schleswig-Holstein-Stimme* darf Stawitz einen zweiseitigen, sinnlosen Artikel über "Das Grundgesetz und die EU-Verfassung" publizieren, er ist aber weiterhin noch als Schreiberling für das "Bündnis Rechts" tätig. Am 26.03. wurde Stawitz dann von der NPD-Bezirksversammlung Steinburg zu dessen Vorsitzenden gewählt und darf sich jetzt wieder auf eine "große Karriere" in der NPD freuen.

Am 22.Mai organisierte der Vorstand einen Landesparteitag in Heiligenhafen. Von der Born und sein Ordnerdienst schleusten die Parteimitglieder von einem Vorabtreffpunkt an einer Bundesstraße in den Ort zur Lokalität. Dort wurden die Kandidaten für die Listenmandate zur Landtagswahl im Februar 2005 gewählt. Wie erwartet konnten u.a. Schäfer, Stawitz und Förster einen Listenplatz ergattern.

Fazit

Mit der Neustrukturierung ihrer maroden Kreisverbände hat der Landesvorstand eindeutig einen Grundstein für eine stabilisierte NPD in Schleswig-Holstein gelegt und das organisatorische Chaos, welches die Riege um Borchert, Mey, Lemke und Gerg hinterlassen hat, beseitigt.

Das Erscheinen der *Schleswig-Holstein-Stimme*, der Aufbau des Ordnerdienstes und die Durchführung der Parteiveranstaltungen in den letzten Monaten wird für viele NPDlern ein Zeichen des Neuanfangs sein. Von diesen ganzen Erfolgen ist eine mobilisierende Wirkung gerade für ältere Nazis (Mitglieder oder auch finanzielle Spender) zu befürchten, die in den letzten 3 Jahren vom jungen Vorstand enttäuscht worden waren.

Um ein weiteres Erstarken der NPD in Schleswig-Holstein zu behindern oder zu erschweren, sollten alle AntifaschistInnen den Strukturwechsel zur Kenntnis und auch ernst nehmen.

Zurzeit befindet sich die Partei noch in einem Konsolidierungs-Prozess, die Gelegenheiten für Gegenaktionen werden also mit weiter verstreichender Zeit möglicherweise ungünstiger. Die Versuche in der letzten Zeit, NPD-Veranstaltungen gebührend zu begleiten, sind nicht an mangelnden Recherche-Informationen gescheitert, sondern in der Regel an Unentschlossenheit und Kommunikationsfehlern innerhalb der antifaschistischen Szene.

Unter dieser Aufforderung, gezielt auf die NPD zu achten, soll auf gar keinen Fall eine Relativierung der Gefahr durch reine sog. "Freie Nationalisten" und "Kameradschaften" verstanden werden.

L.o.P.

von links: Thomas Wulff mit Megafon in Berlin.

Mitte: Jens Lüdke (mit Fahne) im Gespräch mit Jörg Lemke

Rechts: Inge Nottelmann

Schwarz Blocks und Worchs Kohorten

1. Mai national

Berlin am 1. Mai – die Straße war für Neonazis überhaupt nicht frei!

Die NPD-Führung und führenden Neonazis der "Freien Nationalisten" feierten ihre 1. Mai Demonstration in Berlin mit über 2.500 Teilnehmern als einen vollen Erfolg. Das diese Behauptung in keinster Weise zutrifft wird in dem folgenden Artikel schnell ersichtlich.

Die Mobilisierung!

Schon ab anfang diesen Jahres wurde den Beobachtern diverser Neonazi-Internetseiten bewusst, dass ein Schwerpunkt diesjähriger Neonazi-Aktivitäten neben dem Heß-Marsch in Wunsiedel und der Gedenkaktion im brandenburgischen Halbe auf den für den 1. Mai angekündigten Neonazi-Aufmarsch in Berliner Stadtteil Lichtenberg liegen wird. Unter dem Motto „Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn – Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre" sollten, wie auf einer extra für diesen Aufmarsch zusammengebastelten Homepage zu lesen war „Tausende Nationalisten in der Reichshauptstadt Berlin gegen die soziale Kahlschlagpolitik der Bundesregierung auf die Straße gehen." Der Inhalt dieser Homepage, die wohl dem Kreis um das Aktionsbüro Norddeutschland der „freien" Neonazi-Aktivisten Thomas Wulff aus Mecklenburg Vorpommern und Tobias Thiessen aus Norderstedt zuzuordnen war, machte der/dem aufmerksamen LeserIn klar, dass es sich diesmal um ein vereinigtes „Projekt" der NPD-Bundeszentrale und den „Freien Nationalisten" handelte. Auf einer „Unterstützerliste" der Homepage konnten Verbände und Kameradschaften ihre Unterstützung und ihre Teilnahme am Aufmarsch ankündigen. Diese Möglichkeit wurde von 141 verschiedenen Organisationen, Verbänden und Kameradschaften genutzt. Die Einträge lasen sich wie ein aktuelles Who is who der deutschen Neonazi-Szene.

Eine Internetseite, die von Neonazis aus dem Berlin-Brandenburger Raum ins Netz gestellt wurde, sorgte innerhalb der Neonazi-Szene für einige Aufregung und Streit innerhalb der braunen Reihen. Auf der Homepage mit der Adresse www.autonom.biz wurde zu einem „revolutionären schwarzen Block" aufgerufen. Die Aufrufenden, die sich selber als „Autonome Nationalisten" bezeichneten Neonazis, versuchen die alte und etwas eingeschlafene Strategie der Nazis ihre inhaltsleeres und zumeist sehr plumpes Auftreten mit aus der radikalen Linken portierten Aktionsformen, Inhalten und deren Symbolik gerade für jüngere potenzielle Aktivisten interessanter zu machen und dadurch die momentane Stagnation in den eigenen Reihen zu überwinden. Die Zielsetzung des „Black Block" wurde auf der Internetseite folgendermaßen erklärt: „Um es vorweg zu nehmen: Nicht jeder Demonstrant ist schwarz angezogen und nicht jeder schwarz vermummte ist ein Revolutionär. Die schwarze Kleidung ermöglicht uns, dass wir von ANTIFAS, Bullen und anderen nicht mehr auseinander gehalten und erkannt werden können. Es geht uns dabei nicht darum, ›unerkannt zu randalieren‹. Wir wollen nur anonym bleiben und unsere konsequente Haltung zum Ausdruck bringen. Wenn wir handeln, dann keineswegs blindwütig. Unsere Aktionen hat meist nur symbolischen Charakter und sind – außer im Selbstverteidigungsfall – nur gegen Infrastrukturen des Kapitals gerichtet. Der nationalrevolutionäre, schwarze Block unterscheidet sich nicht hauptsächlich durch sein Äußeres von den anderen Demonstrationsteilnehmern, sondern durch die revolutionären Inhalte und seine Aktionen (Blockaden, Besetzungen, Verweigerungen, etc.): Wir glauben nicht daran, dass das kapitalistische System reformiert oder verbessert werden kann – das vorherrschende System IST der Fehler und muss durch eine neue, freie, gerechte und NATIONAL UND SOZIALE Gesellschaftsform ersetzt werden."

Auf diese Mobilisierung für einen Black Block folgte sehr schnell ein über das Internet verbreiteter Aufruf der Aktionsbüros Mitte und Nord unter der Überschrift „schwarze Fahnen statt schwarze Blöcke". Der Aufruf, der mit dem folgenden Satz eingeleitet wurde: „Der politische Widerstand ist kein Abenteuerspielplatz" fährt unter anderen mitfolgenden Inhalt fort: „Hier wird schützende Anonymität böswillig falsch interpretiert, denn es gibt ausreichend andere Möglichkeiten, an einer Demonstration teilzunehmen, ohne vom politischen Gegner mit Namen und Gesicht erkannt zu werden. Dazu bedarf es keines gesonderten ›schwarzen Blocks‹. Was für eine ›konsequente Haltung‹ mit einem ›schwarzen Block‹ ausgedrückt werden soll, ist nicht nachvollziehbar. Eine konsequent feige und kriminelle Haltung wie bei der Antifa? Ein Zeichen von politischer Radikalität ist dieser Mummenschanz sicher nicht, eher schon von persönlicher Schwäche, die mit oberflächlicher Selbstdarstellerei überspielt werden soll. Wer wirklich anonym bleiben möchte, sollte lieber zu Hause bleiben, da braucht er sich nicht zu vermummen und zu verstecken. Und wer unsere politischen Zusammenhänge mit einem Abenteuerspielplatz verwechselt, sollte lieber ganz schnell aus unseren Reihen verschwinden." Und endet mit den Sätzen: "Kein schwarzer Block auf nationalen

Demonstrationen! Jeder verantwortungsbewusste Führungskamerad ist angehalten, solche Entwicklungen zu verhindern, Ordner sind entsprechend einzuweisen und zu schulen!

Übrigens ist es auch in anderer Hinsicht sehr interessant, dass grade das Aktionsbüro Norddeutschland diese Erklärung gegen den NS-Black Block mit unterstützt hat. War es doch das Aktionsbüro Nord des Tobias Thiessen das zusammen mit der inzwischen verbotenen fränkischen Aktionsfront eine indirekt gegen den Hamburger Christian Worch gerichtete Kampagne wegen dessen „unvorsichtigen" Umgangs mit Namen und Interna der Neonazi-Szene ins Leben rief. In dem Kampangenenaufruf mit der Überschrift „Anonymität schützt Arbeitsstrukturen und Personen" steht unter anderem geschrieben: „Wer da immer noch ohne jede Not Personen und Arbeitsstrukturen offen legt und/oder nicht bereit ist, sie im ausreichenden Maße zu schützen, der handelt verantwortungslos und macht sich zum Helfer/Helfershelfer von Staat und Antifa! Eine Anonymisierung von Personen und Arbeitsstrukturen im Widerstand ist weder feige noch anrüchig, sondern der EINZIGE Schutz, der uns gegen die immer übermächtiger werdende staatliche Überwachung und die damit verbundene linke Gewalt noch bleibt! Jeder hat das Recht, sich und seine politische Betätigung zu schützen."

Anhand diesen Beispiels zeigen sich immer wieder die eklatanten Widersprüchlichkeiten innerhalb der braunen Szene.

Die braune Logistik!

Anhand der herausgegebenen Informationen war schnell klar, dass die NPD die Anmeldung der Demonstration, aber auch den weiteren Ablauf des Tages bestimmen wollte. Die „Einsatzleitung" wurde von dem Leiter des Amtes „Schulung" der NPD, Stefan Lux übernommen. Auch das aus Riesa stammende JN-Mitglied Alexander Delle durfte die Aufgabe der „Reisebus-Meldestelle" übernehmen. Den Ordnerdienst unter der Leitung des verurteilten Rechtsterroristen und angeblichen Leiters des Bundesordnungsdienstes der NPD, Manfred Börm aus dem niedersächsischen Lüneburg, sollte für einen reibungslosen Ablauf der Demonstration garantieren. Auch für die Versorgung mit Speisen und Getränken am Treffpunkt und während der Abschlusskundgebung sollte die NPD sorgen. Selbst die Toilettenfrage am Treffpunkt sollte durch die „Partei" geklärt werden. Für die musikalische Begleitung der Demonstration wurde der Jodelbarde Frank Rennicke angekündigt. Im Abschluss der Demonstration sollte noch ein Konzert des Gittarrenquälers in Berlin stattfinden.

Der Beginn!

Am 1. Mai hatte der Treffpunkt der Neonazis, die Weitlingstraße am Bahnhof Lichtenberg gegen 11 Uhr schon den Character eines Volksfestes der besonderen Art. Neben Bratwurstständen saßen die ersten Neonazis und an einem Verkaufstand der NPD wurden neben CDs und T-Shirts auch anderes Propagandamaterial der Partei verkauft. Auf dem roten Feuerwehrfahrzeug aus Niedersachsen, das fast auf jeder Demonstration der Neonazis anwesend ist, wurde in aller Ruhe die dem verurteilten Rechtsterroristen Peter Naumann gehörende Lautsprecheranlage installiert. Die Straße füllte sich zusehends mit Alt- und Neonazis, die schubweise aus allen Seitenstraßen auftauchten. Eine Gruppe von Neonazis, die vom Kleidungsstil schon eher dem angekündigten „schwarzen Block" angehörte, versuchte sich eher unprofessionell als Anti-Antifa-Fotografen und lichtete unter anderen auch den einen oder anderen Neonazi in Black-Block-Outfit ab. Überraschenderweise zeigte es sich, dass sich der Kleidungsstil der Neonazis generell geändert hat. Ein doch sehr großer Teil der anwesenden Neonazis erschien nicht unbedingt in szenetypischer Kleidung, sondern konnte nur zum Teil durch entsprechende Texte auf ihren T-Shirts als solche erkannt werden. Viele Neonazis trugen einen eher der Hardcore Szene entsprechenden Kleidungsstil. Dies wird nicht nur auf die schon obligatorische Auflage des Verbotes des Tragens von Stiefeln und Bomberjacken zurückzuführen sein.

Es geht Los! Oder doch nicht?

Nach einigen mehr oder weniger musikalischen Einlagen Frank Rennickes mit dem mehrfachen Hinweis das noch Karten für das abendliche Konzert am Lautsprecherwagen zu erwerben seien, meldete sich gegen 14 Uhr über Megaphon Thomas Wulff zu Wort und berichtete das es noch etwas mit dem Demonstrationsbeginn dauern würde, da noch vierzehn von vierzig angemeldeten Reisebussen fehlen würden. Zwischenzeitlich merkte eine größere Zahl von Neonazis, dass es doch keine „Partei-finanzierten" Toiletten gab, und so nahm die „Organisationsleitung" Kontakt zur Verwaltung des Bahnhofs auf, um für die Benutzung der Bahnhofstoiletten zu bitten. Was aber strikt abgelehnt wurde. Nachdem die fehlenden Reisebusse eintrafen, wurden die Auflagen verlesen und die Demonstration formte sich nach Blöcken, die nach Bundesländern geordnet wurden. Zum Erstaunen der NPD-Ordner setzte sich der ungefähr 350 Nazis umfassende „schwarze Block" an die Spitze des Demonstrationszuges. Die vom vorde-

In Leipzig führte Christian Worch die NS-Jünger an.

ren Block mitgeführten Transparente wurden nach einer kleineren Rangelei mit der Polizei verknotet. Zwischenzeitlich hatten sich auf der unweit an der Weitlingstraße gelegenen Lichtenberger Brücke ungefähr 300 Antifaschistinnen gesammelt. Einer größeren Gruppe von linken Skinheads gelang es mit einem Transparent dessen Aufschrift sich gegen Rassismus und Faschismus richtete bis auf wenige Meter an die wartende Neonazi-Demonstration heranzukommen, um den durch die gelungene Aktion in helle Aufregung versetzten rechten Mob zu zeigen, was linke Skinheads von ihrer braunen Gesinnung halten.

Da sich eine größere Zahl von Neonazis im „schwarzen Block" nicht an das von der Polizei ausgesprochene Vermummungsverbot hielten, versuchte die Polizei mehrfach einige der vermummten Neonazis aus dem Block zu ziehen. Diese Aktion wurde aus dem schwarzen Block mit vereinzelten Flaschenwürfen auf die Polizisten beantwortet. Nach dieser ersten Auseinandersetzung konnte mensch beobachten, wie ein großer Teil von Neonazis aus Schleswig Holstein sich unter der Führung von Thomas Wulff und dem Kieler Ordnungsdienstleiters der NPD, Peter von der Born zwischen die ersten Reihen des schwarzen Blocks mischten. Auch die NPDler Marc Tenten (Husum), Jörn Lemke (Lübeck) und Jens Lütke (Holstein) standen plötzlich in den ersten Reihen.

Kurz darauf versuchte der schwarze Block, die vor ihm aufgestellte Polizeikette mit Gewalt zu durchbrechen. Es kam zur einer kurzen Schlägerei zwischen den PolizistInnen und den vordersten Reihen der Neonazis. Erst durch eine Kette von Polizeifahrzeugen konnte der rasende Mob von Neonazis aufgehalten werden. Zwei alte bekannte Neonazi-Kader wurden in Handschellen abgeführt: Thorsten Heise aus Niedersachsen und der aus Bielefeld stammende Neonazi-Aktivist Meinhard Otto Elbing. Ein weiterer „Ausbruchsversuch" der Neonazis auf einem neben dem Demonstrationszuges befindeten Parkplatzes wurde durch eine weitere Auseinandersetzung mit der Polizei die teilweise mit Schlagstöcken und Tränengas gegen die mit Flaschen und Steinen werfenden Neonazis vorging beendet. Spätestens an diesem Punkt des Demonstrationsverlaufs wurde einem klar, dass die NPD-Führung nichts mehr zu melden hatte.

Der über diese Situation sichtlich vergnügte Thomas Wulff wiederholte in einer eher hetzerischen Rede immer wieder, dass die Polizei die Demonstration nicht losmarschieren lassen würde und das er deshalb genötigt sei die Demonstration aufzulösen und den anwesenden „Kameraden" empfehlen würde auf diverse 1. Mai Veranstaltungen innerhalb Berlins zu gehen. Mensch konnte in dieser Zeit beobachten, wie Personen der NPD-Führung nur noch zwischen Thomas Wulff und der Polizeiführung eine Vermittlerrolle wahrnahmen.

In einem Internet-Forum der Neonazis konnte Mensch mehrere Tage später zu den Vorfällen lesen: „Die Bullen sprechen Repressionen gegen uns auf einer Demo aus und wir lassen sie über uns ergehen. So kommen immer mehr dazu, wie die Polizei genau weiß, dass wir nichts dagegen setzen. Nun war es aber mal auf einer Demo so, dass die Bullen uns Verboten hatten weiterzumarschieren. Die Menge zeigte aber mal die courage und drückte gemeinsam gegen die Bullenkette, bzw. ließ auch mal ne Faust fallen. Klar war, dass einige von uns danach blaue Flecken hatten, aber wir durften weitermaschieren. Wir müssen ein Zeichen setzen, egal ob es letztendlich was bringt oder nicht, dass wir uns vom Staat nicht alles gefallen lassen. Allein darum geht es." (Fehler im Original). Und nach dieser Wulffschen „Kraftprobe" war die Polizeiführung scheinbar so beeindruckt, dass sich die Neonazi-Demo nach fast fünf Stunden Verspätung doch noch in Bewegung setzen durfte. Währendessen fand wohl auch ein endgültiger Bruch zwischen den "Freien Nationalisten" und der NPD statt. In einem der größten Internet Foren der deutschen Neonazi-Szene konnte Mensch folgende Zeilen lesen: „Der Bruch mit der NPD kam nicht ohne Grund. *1. Mai – ohne die Partei* wurde nicht vom Anfang an gerufen, sondern war eine Reaktion auf die aktive Handlung gegen uns! Von vornherein haben wir gesagt, wir Demonstrieren mit den Kameraden der NPD zusammen. Wir sind aber keine Werbeträger. Deshalb haben wir die Leute mit NPD Schildern und Transparenten gebeten, den Block zu verlassen. Es war nicht böse gemeint, nichts gegen sie, aber wir sind zwei verschiedene Strömungen die eine Demo machen und nicht eine Strömung sind. Der Versuch wurde aber von der NPD nicht angenommen. Ein Ordner kam zum Fronttransparent, griff in den Block, riss einem Kameraden eine Mütze vom Kopf und versuchte damit zu gehen. Als Grund wurde angegeben, dass die Bullen ihn die ganze Zeit dazu aufforderten dafür zu sorgen, dass wir uns im Block nicht vermummen (Mütze und Brille stellen keine Vermummung dar). Nach dem Handgemenge (die Mütze wurde ihm wieder abgenommen) kamen andere NPD Leute zu uns und versuchten die Situation zu entschärfen. Danach sprachen sie mit dem Ordner und sagten ihm, dass er so was nicht bringen könnte. Dem Auftreten zu folge handelte es sich bei dem Ordner um ein hohes Tier in der NPD (Hatte ein blau/weiß kariertes Hemd an und lief vor den Fronttransparen-

ten rum. Wer ein Bild hat, bitte an freiheit@... senden, damit man das mal mit den Kameraden der NPD klären kann). In wie fern man in Zukunft noch mit der NPD zusammenarbeiten kann ist fraglich. Ich kann nicht definitiv sagen, dass es noch mal zu einer Zusammenarbeit kommt, da viele diese Aktion sehr ernst genommen haben und ich das verstehen kann."

Die Demonstration kam immer wieder aufgrund von Antifa-Aktionen auf der Demoroute zum Stehen. Eine Gruppe von AntifaschistInnen, die auf der Höhe des Bezirksamtes sehr nahe an die Neonazi-Demo herankamen, wurde sofort aus der Demonstration heraus von Neonazis angegriffen. Auf der Frankfurter Chaussee kam der Demonstrationzug ganz zum stehen. Vor der Neonazi-Demo stiegen auf der Höhe des Ringcenters schwarze Qualmwolken hoch und die Polizei teilte der Neonazi-Demo über Lautsprecher mit, dass sie aufgrund der Gefahrenlage nicht mehr im Stande sei die Demonstration länger zu schützen. Nach diesen Worten kehrte der Zug um und schlich völlig ungeordnet zu seinem Treffpunkt zurück, wo sich dieser braune Spuk auflöste.

Das Ziel der Neonazi-Demonstration durch den Stadtteil Lichtenberg zu gelangen scheiterte nur an der großen Anzahl von AntifaschistInnen und deren entschlossenes Handeln. Es wäre aber vermessen zu behaupten das die Neonazi-Demo komplett verhindert wurde. Sie wurde leider nur aufgehalten.

Resümee

Die insgeheime Hoffnung der NPD Führung das sich mit der Anmeldung der 1. Mai Veranstaltung in Berlin unter den "Freien Nationalisten" eventuell günstige „Wahlkämpfer" für die anstehende Europawahl erreichen lassen ging nicht auf. Während des Europawahlkampfes war die NPD zum größten Teil bundesweit auf ihre eigenen geringen Kräfte angewiesen. Und die "Freien Nationalisten" unter der Führung von Thomas Wulff haben am 1. Mai in Berlin der NPD-Führung eindringlich bewiesen das sie die NPD nicht mehr nötig haben. Es sei denn zum placieren der Miettoiletten. Der Grad der Vorbereitung für diesen Aufmarsch ließ darauf schließen das eine längere Vorbereitungsphase und intensive Planungstreffen zwischen der NPD-Führung und der „Freien Nationalisten" stattgefunden haben.

Worchs Leipzig

Etwa 1.000 Neonazis folgten am 1. Mai dem Aufruf von Christian Worch und der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) um Lars Käppler, in Leipzig für "Volksgemeinschaft & Sozialstaat" zu demonstrieren. Bereits seit Anfang des Jahres war auf extra eingerichteten Internet-Seiten für diesen Aufmarsch mobilisiert worden.

Worch und Käppler wollten mit dem Aufmarsch in Leipzig vor allem eine Alternative zur Demonstration von NPD und einem Teil der Kameradschaften in Berlin anbieten – für alle jene, die mit der (Spitze der) NPD nichts zu tun haben wollen bzw. die Partei im Streit verlassen haben, wie Käppler oder Jens Pakleppa aus Berlin, der mit anderen Neonazis erst kürzlich der Partei ebenfalls den Rücken gekehrt hatte. Ohne die NPD namentlich zu nennen, fand in immer neuen Stellungnahmen eine Abgrenzung von der Demonstration in Berlin statt. Wurde auf der NPD-Internet-Seite eine Liste mit unterstützenden NPD-Verbänden und Kameradschaften veröffentlicht, so erschien für Leipzig eine Erklärung mit dem Titel "Warum wir keine Unterstützerliste nötig haben"; diskutierten Teile der neonazistischen Szene über die Organisierung eines sog. "schwarzen Blocks" im Rahmen des Aufmarsches in Berlin, so konterten "die Leipziger" mit einem Text unter der Überschrift "Warum wir in Leipzig keinen schwarzen Block brauchen", usw. usf.

Worch und der BDVG versuchten mit ihrem Aufmarsch nach eigenen Aussagen nicht nur, sich in die Tradition der sog. Leipziger Montagsdemonstrationen einzureihen, sondern forderten angesichts der desolaten sozialen Lage in Ostdeutschland, die sich anhand der Situation in Leipzig exemplarisch veranschaulichen lasse, auch „gnadenlose Sozialdemogagie". In den Erklärungen wollte man immer eine Spur radikaler klingen als die Konkurrenz in Berlin. Im Kern der faschistischen Sozialdemagogie sowie im Ablauf der Aufmärsche seitens der Neonazis fanden sich keine Unterschiede.

Zunächst hatte Anmelder Worch über das Redeverbot für den Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub gejammert und in lächerlicher Weise vorhergesagt, dass das Ausländerrecht in Sachsen wohl auch bald ihn aus Hamburg treffen würde, aber irgendwie sollte wohl die Warte- und Kontrollzeit über die Runden gebracht werden. Unter den etwa 1.000 Neonazis, die nach Leipzig gekommen waren, befanden sich mehrere Gruppen mit Thüringer und Hamburger Landesfahnen; auch eine etwa 15-köpfige Abordnung mit dänischen Nationalfahnen zog im hinteren Teil des Zuges mit, der die meiste Zeit von protestierenden AntifaschistInnen begleitet wurde. Obwohl es im späteren Verlauf des Aufmarsches noch zu einer begrüßenswerten Blockade der Neonazi-Aktion kam, blieben andere Möglichkeiten ungenutzt – immerhin zog der Zug der Neonazis nur wenige Meter am Platz der gewerkschaftlichen 1. Mai-Kundgebung vorbei...

Paul Schüttler

Dieter Kern versucht sich als Gastwirt

Neuer Treffpunkt für Rechte

In Heilshoop/Kreis Stormarn betreibt der Neonazi Dieter Kern seit dem Frühjahr eine eigene Gaststätte. In dieser Kneipe fanden bereits zwei sog. Liederabende mit Nazisängern sowie ein Vortrag mit dem Rechtsterroristen Manfred Roeder statt. Antifaschisten verteilten Flugblätter und hielten eine Kundgebung ab.

Dieter Kern, Vorsitzender des „Bündnis Rechts Lübeck"(BRL), hat sich ein neues Aufgabenfeld gesucht. Nachdem er in Folge seiner öffentlichen Billigung der Anschläge vom 11. September 2001 seinen Arbeitsplatz in der Umwelt-Verwaltung der Hansestadt Lübeck verloren hatte, widmete sich Kern weiter der Parteiarbeit. Kerns BRL trat zur Kommunalwahl März 2003 in Lübeck an; am 1. Mai 2003 war Kern einer der Hauptredner auf einer Bündnis Rechts-Demonstration in Dresden. Ende Juni 2003 veranstaltete Kern eine Neonazi-Demo durch die Lübecker Innenstadt; am Volkstrauertag legte er mit Kameraden im Namen des BRL Kränze in Gedenken an die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs am Ehrenfriedhof in Lübeck nieder. Nebenbei führt er weiterhin die Bundesgeschäftsstelle des Bündnis Rechts in Lübeck.

Doch seit März 2004 hat Dieter Kern sein politisches Tätigkeitsfeld erweitert: Er ist Pächter der Gaststätte „Landhaus Heilshoop" geworden. Der kleine Ort Heilshoop liegt zwischen Bad Segeberg, Bad Oldesloe und Lübeck im Kreis Stormarn.

Als öffentlich wurde, dass der stadtbekannte Neonazi die Kneipe führt, verteilten engagierte AntifaschistInnen an alle Haushalte des Dorfes Flugblätter, in denen sie über die neonazistische Einstellung und Vorgeschichte des neuen Gastwirts aufklärten. In den Flugblättern wurde darüber hinaus auch auf die Gefahr, dass sich die Lokalität zu einem Versammlungsort von Neonazis entwickeln wird, hingewiesen. Es wurde eine Info-Nummer eingerichtet, um Beobachtungen von rechten Aktivitäten im Dorf zu melden.

Mittlerweile fanden in Heilshoop zwei Liederabende mit Musikern aus der Naziszene statt, zu denen über rechte Internetseiten eingeladen wurde. In der Nacht vor dem zweiten Liederabend wurden die Scheiben der Nazi-Kneipe eingeworfen und Buttersäure verschüttet. Leider wurden kurz danach einige AntifaschistInnen als dringend tatverdächtig von Polizisten vorübergehend festgenommen. Die Einsatzkräfte hatten im Innenhof der Kneipe und den Ausfahrtsstraßen versteckt gewartet. Die drei AntifaschistInnen wurden über 20 Stunden in der Oldesloer Polizeiwache ohne anwaltlichen Kontakt festgehalten. Ihnen drohen nun Gerichtsverfahren und hohe Schadensersatzforderungen.

Zu Hitlers Geburtstag, dem 20. April, trafen sich einige BRL-Anhänger und andere Neonazis aus der Umgebung im Landhaus. Ansonsten hat die Kneipe fast täglich für „normales Publikum" geöffnet.

Am 9. Mai fand angeblich auch ein Vortrag mit dem Rechtsterroristen Peter Naumann zum Thema "Bomben aus zweiter Hand" statt. In dieser Vortragsreihe, mit der Naumann durch Norddeutschland tourte, wird behauptet, rechten Anschläge seien oft vom Verfassungsschutz inszeniert. Naumann saß ähnlich wie Roeder lange Zeit wegen politisch motivierten Anschlägen im Gefängnis.

Höhepunkt der bisherigen Veranstaltungen in Heilshoop war allerdings ein Vortrag des Rechtsterroristen Manfred Roeder am 12. Juni. Der 75-jährige Roeder, erst vor kurzem wieder aus der Haft entlassen, referierte über „Meine Abrechnung mit der BRD" vor etwa 40 anwesenden Nazis in den Räumen der Gaststätte. Manfred Roeder verbrachte zahlreiche Jahre im Gefängnis, da er mit anderen Neonazis 1980 und nach seiner Haftentlassung 1996 Sprengstoffanschläge durchführte. Zuletzt wurde Roeder wegen Volksverhetzung zu fast zwei Jahren Knast verurteilt.

Gegen diesen Auftritt meldeten AntifaschistInnen eine Kundgebung im Dorf direkt vor der Kneipe an; etwa 140 Antifas demonstrierten mit lauten Parolen, Musik und Redebeiträgen am 12. Juni gegen die Roeder-Veranstaltung. Geschützt hinter Absperrgittern und fast 40 Polizisten konnten die Neonazis ihre Saalveranstaltung abhalten.

Besonders traurig ist auch das Verhalten des Heilshooper Bürgermeisters: Gegenüber Journalisten sprach er sich gegen die linke Kundgebung aus, da man sich in Dorfangelegenheiten nicht reinreden lassen würde und außerdem den Nazis durch solch öffentlichkeitswirksame Aktion mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden würde, als ihnen beizumessen sei. Diese Aussage zeugt zum einen von Ignoranz, sich dem wichtigen Problem, nämlich der drohenden Etablierung eines Neonazi-Treffpunktes im Dorf, ernsthaft annehmen zu wollen. Da der Pachtvertrag scheinbar ordnungsgemäß zu Stande gekommen ist, also nicht direkt rechtlich angreifbar ist, sieht der Bürgermeister offenbar seine Verantwortung und seinen Spielraum erschöpft. Zum anderen lässt sich in der Äußerung eine Unwissenheit bezüglich der Relevanz von Dieter Kern und seiner Gast-

Dieter Kern(rechts), hier auf einer NPD-Demonstration 2003 in Hamburg, ist neuerdings Pächter des Imbisses und der Bierstube »Landhaus Heilshoop«. Ob er auch hinter der Friteuse steht, konnte noch nicht recherchiert werden, dennoch konnten über 140 Antifas zu einer Protestkundgebung mobilisiert werden, um eine Veranstaltung mit Manfred Röder (vor NPD-Fahne) zu stören und die Heilshoopern über die neuen Mitglieder ihrer Dorfgemeinschaft aufzuklären. 40 Neonazis, teil bürgerliche Röder-Fans, teils Skinhead- Milleu konnten trotz der antifaschistischen Proteste an der Veranstaltung teilnehmen.

stätte für die Neonazi-Szene Schleswig-Holsteins und daraus resultierende Gefahren erkennen. So kam es schon jetzt, nur wenige Tage vor dem Besuch Roeders zu einem Zwischenfall im Dorf: Während AntifaschistInnen für ihre Gegenkundgebung mit Flugzetteln werben wollten, wurden sie plötzlich von Dieter Kern aus seiner Gaststätte heraus beschimpft. Kurz darauf fuhren mit Neonazi-Skinheads vollbesetzte Autos aus Reinfeld, Lübeck und Ostholstein patrouillierend durch die Straßen, es kam zu Angriffsversuchen seitens der Neonazis.

Um längerfristig wirksam gegen Dieter Kern und sein Lokal vorgehen zu können, muss durch aktive Antifaarbeit und kontinuierliche Aufklärung Aufmerksamkeit und Zustimmung der Dorfbewohner erreicht werden. Solange das Landhaus durch Kneipenbesuche der „normalen" Einwohner moralisch und auch finanziell mitgetragen wird, fällt es Kern natürlich leichter, den Betrieb des Ladens aufrecht zu erhalten. Denn nur ausschließlich durch rechte Stammtische, Parteitreffen oder Liederabende ist das Landhaus über längeren Zeitraum wahrscheinlich nicht tragbar. So könnte zum Beispiel ein absoluter Boykott des Landhauses durch die Dorfbewohner die eventuell schon ohnehin wirtschaftlich angespannte Lage Kerns sicherlich noch zuspitzen.

In Heilshoop scheinen die Bürger bis jetzt noch nicht zu der Erkenntnis gekommen zu sein, dass von nun an rechtsextreme Treffen/Veranstaltungen mitten in ihrem Dorf regelmäßig stattfinden dürften. Der nächste Termin steht leider schon fest: Am 17. Juli ist wieder ein Liederabend geplant, diesmal mit dem Nazibarden Andre Lüders.

L.o.P.

Abschiebeknast Rendsburg:

Deutsche Verbrechen – Hier und Anderswo

Verzweiflungstat im Abschiebeknast

Am Montag, den 16. Februar 2004 hat erneut ein unmittelbar vor der Abschiebung stehender Mann seine Zelle angezündet. Der verzweifelte 47-jährige Familienvater sollte ohne seine Frau und seine fünf minderjährigen Kinder nach Bosnien abgeschoben werden. Er wird von einem Hüftleiden geplagt, benötigt dauerhaft Schmerzmittel und ist auf eine Gehhilfe angewiesen. Als Roma, der seine Heimat vor zehn Jahren verlassen musste, hat er in Bosnien keine menschenwürdige Perspektive. Das Land leidet noch heute unter den Folgen des Jugoslawienkrieges.

Neben der allgemeinen hohen Arbeitslosigkeit (70%!) sind besonders die Volksgruppe der Roma und Sinti von jeglichen gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen und häufig Sündenböcke und Opfer ethnischer Auseinandersetzungen. Dies ist bereits der dritte Versuch von Inhaftierten, durch Selbsttötung oder Brandsetzung die Abschiebung zu verhindern, seit der Inbetriebnahme des Abschiebeknastes in Rendsburg vor einem Jahr. Die skrupellose Asylpraxis im Lande schreckt nicht davor zurück, den minderjährigen Kindern ihren Vater wegzunehmen, der zudem noch krank und auf fremde Hilfe angewiesen ist. Somit wird die ganze Familie unter Druck gesetzt und zur (freiwilligen) Ausreise gezwungen. Dies ist eine etablierte und gut funktionierende Methode der Ausländerbehörden um Abschiebehindernisse (z.B. minderjährige Kinder) zu umgehen.

Außerdem wird der Abschiebeknast als Instrument benutzt, um Flüchtlinge unter massiven Druck zu setzen. Viele haben Angst inhaftiert zu werden und entschließen sich schon vor einer Inhaftierung zur (freiwilligen) Ausreise. Gegen Abschiebehaft und der mörderischen Abschiebepolitik der BRD protestierten wir am 21. Februar in Rendsburg. Nach der Info-Aktion in der Innenstadt demonstrierten wir vor dem Abschiebeknast. Nach einer, an die Gefangenen gerichteten Solidaritätserklärung, bekamen wir aus einer Zelle eine Aufforderung eine Person im Knast zu besuchen. Zwischenzeitlich ermittelt die Polizei nach dem Versammlungsleiter der Aktion.

Besuche im Knast – Abschiebung eines 16jährigen

Es stellte sich schnell heraus, das trotz Sozial- , Verfahrensberatung und christliche Nächstenliebe-Besuche der Bedarf an unterschiedlichen Hilfestellungen für die Gefangenen hoch ist. Bei unserem ersten Fall handelte es sich um einen 16jährigen Albaner, Kiri Abas, der nach Tirana abgeschoben werden sollte. Die Ausländerbehörde ließ ihn ein Dokument unterschreiben, auf dem das Geburtsjahr um zwei Jahre vorgesetzt wurde. Somit ist er aus juristischer Sicht 18 Jahre alt und kann abgeschoben werden. Ein Griff in die Trickkiste und schon sind Abschiebehindernisse aus dem Weg geräumt. Gleichzeitig rühmt sich die Landesregierung mit ihrer angeblich humanistischen Flüchtlingspolitik, niemals Minderjährigen aus Schleswig Holstein abzuschieben. Kiri Abas hat keine Kontakte mehr in Albanien. Seine Familie ist im Krieg umgekommen. Bevor er vor zwei Jahren nach Deutschland kam, lebte er als Straßenjunge in dem Balkanland. Anfangs

wollte er unbedingt seine Abschiebung verhindern, da ihm die aussichtlose Situation in Albanien bekannt war. Überraschenderweise änderte sich seine Meinung nach einem Gespräch mit einem Herrn König, der als Berater im Landesamt für Ausländerangelegenheiten tätig ist. Vermutlich wurde Kiri Abas unter massiven Druck gesetzt keinen Widerstand bei der Abschiebung zu leisten. Er wurde schließlich Anfang März deportiert.

Abschiebehäftlinge – Rechtlos und Beraubt

Wir hatten des weiteren viele Gespräche mit Flüchtlingen im Abschiebegefängnis, die im Rahmen der Drittstaatenregelung in Rendsburg einsitzen. Die meisten kommen aus Skandinavien und wollten entweder in einem anderen europäischen Land Asyl beantragen oder einfach nur Verwandte oder Freunde besuchen. Viele wurden in Puttgarden aufgegriffen, das Geld wurde beschlagnahmt und die Personen wurden nach Rendsburg transportiert.

Der BGS beschlagnahmte bei einem Flüchtling einen Geldbetrag von 1.300 Euro. Dieser staatlich legitimierte Raubzug soll dafür sorgen, das die Flüchtlinge ihren Urlaubshotelaufenthalt im Abschiebeknast Rendsburg selbst bezahlen. Ein Haftplatz kostet ca. 90 Euro pro Tag. Der Mann wird vermutlich kein Geld zurückbekommen, da er neben der Haft auch noch seine Abschiebung selbst bezahlen muss.

Asylbewerber in Abschiebehaft dürfen kein Geld besitzen. Das Geld landet auf einem Treuhandkonto bei der Postbank. Die Flüchtlinge, die in Skandinavien ein Asylverfahren laufen haben möchten möglichst schnell zurückkehren. Im Normalfall müssen die Personen 20–80 Tage auf ihre Rückkehr warten, da die deutsche Bürokratie sehr langsam arbeitet. Andere, deren Asylantrag in Skandinavien abgelehnt wurde, erwartet die Abschiebung im Doppelpack: Erst in den Norden, dann in den Süden. Die meisten, zu denen wir Kontakt haben, kommen ursprünglich aus Ex-Jugoslawien. Alle fühlen sich im Knast unwohl und wollen teils lieber abgeschoben werden, als weiter sinnlos im Knast zu sitzen. Viele sind durch Kriegserlebnisse traumatisiert.

Ein Flüchtling, bosnischer Herkunft, bekommt starke Medikamente gegen Depressionen. Vermutlich wurde bei ihm durch die Haft eine Re-Traumatisierung hervorgerufen. Das Geld für die Medikamente bekommt er von seinen Eltern. Im Gefängnis gibt es keine psychologische Versorgung. Er ist suizidgefärdet. Die meisten Gefangenen, mit denen wir sprachen, äußerten Misstrauen gegenüber den im Knast vertretenen Beratungsstellen. Sie begreifen diese Institutionen als ein Teil des Systems Abschiebehaft. Alle Fälle zeigen deutlich, das kein Mensch freiwillig flieht und das Abschiebehaft und Abschiebungen ein Verbrechen am Menschen ist. Abschottung, Apartheid und Abweisung sind die Leitlinie im Umgang mit Flüchtlingen. Sozialraub und Lügen sind die Methoden der Regierenden um bewusst Rassismus zu produzieren. Damit wird die gesellschaftliche Zustimmung für rassistische Instrumente gesichert.

Kontinuität deutscher Verbrechen

Gegen nationale- und internationale Warnungen hat Deutschland in Jugoslawien gezündelt, indem der damalige Außenminister Genscher Kroatien und Slowenien nationale Eigenständigkeit versprach. Mit Lügen, wie z.B. das angeblich von Serben verübte Massaker von Racak und später der Hufeisenplan , wurde dann von der rot-grünen Bundesregierung 1995 die Nato Invasion begründet und forciert. Deutsche Bomber beteiligten sich ein weiteres Mal an einem ungerechten Krieg gegen Jugoslawien. Auch nach jahrelanger Zermürbungstaktik vor dem Siegergericht in den Haag, ist es bis heute nicht gelungen, Slobodan Milosevic auch nur eines einzigen Kriegsverbrechens zu überführen. Die Zerschlagung Jugoslawiens zeigt sich vor wie nach so wenig gerechtfertigt wie es der Überfall auf Afghanistan oder den Irak gewesen ist.

Noch heute versuchen viele Menschen aus Ex-Jugoslawien zu fliehen, weil die dortigen Lebensbedingungen von ethnischen Konflikten, hoher Arbeitslosigkeit und Armut durch die Kriegsfolgen geprägt sind. Statt ihrer Verantwortung gegenüber diesen Flüchtlingen gerecht zu werden, setzt die Bundesregierung auf die blühenden Handelsbeziehungen mit Slowenien und Kroatien. Die Privilegierten profitieren auf Kosten der Menschen in Ex-Jugoslawien und der Flüchtlinge, die irgendwo in Europa einen Platz zum Leben finden wollen.

Ein Jahr Abschiebeknast – Veranstaltung in der VHS

Die Volkshochschule in Rendsburg veranstaltete am 3. März eine Podiumsdiskussion zum Thema „Ein Jahr Abschiebehaft in Rendsburg". Auf dem Podium befanden sich ein Vertreter der VHS, Pastor Hagemeier (Knastprediger), Pastor Haeger (Pastor, der am Knast umliegende Christkirchengemeide), Goede (Leiter der Justizvollzugsanstalt in Kiel), Auner (Leiter des Abschiebeknastes), Seiberl (Sozialberater im Abschiebeknast) und eine Frau von der christlichen Besuchertruppe. Mit Ausnahme von Pastor Haeger und L. Seiberl äußerten sich alle PodiumsteilnehmerInnen allgemein zustim-

mend zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der BRD. Zwar wies jeder auf seine angeblich „innere Zerissenheit" hin, grundsätzlich sei aber Abschiebung ein „nötiges Übel". Goede und Auner hielten wieder einmal ihre Beschönigungsreden über den Alltag im Abschiebeknast und beschrieben kurz den Tagesablauf. Von Seiten des Publikums kam es noch zu einigen Nachfragen, dabei tat sich besonders eine Frau mit rassistischen Äußerungen hervor. In der Abschlussrede ging Pastor Haeger u.a. noch mal auf die Äußerungen dieser Frau ein, indem er sie fragte, um was sie die Häftlinge beneiden würde.

Dieses Zitat wurde auch in einem *Kieler Nachrichten* Artikel vom 5. März hervorgehoben. Im Großen und Ganzen hätte mensch sich diese organisierte Selbstbeweihräucherung über die humane Abschiebehaft ersparen können. Statt dessen würde es diesen Herren und Damen mal gut tun, in die unangenehme Situation zu kommen, im Ausland ihren Ausweis oder Visum zu verlieren und in Abschiebehaft zu geraten.

Schlägerei im Abschiebeknast

Am 21. Februar kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen serbischen und albanischen Abschiebehaftgefangenen. Ursache des Konfliktes waren vermutlich die aktuellen ethnischen Auseinandersetzungen im Kossovo. Nach Aussagen von Auner hat sich das Wachpersonal vorbildlich verhalten. Jedoch wurde von den Wärtern beklagt, das es ihnen teils sehr schwer fiele im Konfliktfall nicht zurückschlagen zu dürfen. Die „armen" Wächter hätten sich wohl besser einen anderen Job suchen sollen. Was ihnen aber sicher ist, ist die Solidarität der Gefängnisleitung. Statt sich mal in die Situation von Abschiebehäftlingen einzufühlen, bekommen die Wärter von der Knastleitung den Trost.

Wadephul (CDU) kritisiert den Vollzug der Abschiebehaft

Die Schlägerei im Abschiebeknast war der Anlass des CDU Spitzenkandidates den „liberalen" Vollzug zu kritisieren. Wadephul warf dem Justizministerium vor, den Vollzug der Abschiebehaft nicht unter Kontrolle zu haben. Trotz der hohen Kosten, die durch die aufwendige Bewachung der Gefangenen entstehen, käme es immer wieder zu Zwischenfällen, die auch belastend für die Anwohner seien. Das Justizministerium reagierte mit einer Pressemitteilung, in der Wadephuls Kritik als „übereifriges Einmischen bei ungenügenden Informationsstand" bewertet wurde. Was die CDU damit bewirken wollte ist klar: Die Gefangenen sollen vermutlich, bis auf eine Stunde Hofgang am Tag, die ganze Zeit in ihrer Zelle verbringen. Somit könnten Kosten am Wachpersonal eingespart werden. Möglicherweise dürften dann die „armen" Wärter auch mal zurückschlagen.

Fazit:

Der Abschiebevollzug der Flüchtlinge ist so konsequent barbarisch, wie es die Kriegsführung gegen ihr Land gewesen ist. Wie käme die jetzige Bundesregierung und damit ihre Helfershelfer in Schleswig-Holstein dazu, sich nunmehr in Verantwortung für die Menschenopfer zu sehen. Es wird insoweit allein auf unseren Widerstand ankommen, dass Fluchtursachen bekämpft werden und nicht Flüchtlinge.

Bernd Lange
kontakt@netzwerk-asyl.de

Solidarität mit den Sinti und Roma!

Streit um »Maro Temm«

Die Kieler CDU wollte das Wohnprojekt der Roma und Sinti in Gaarden verhindern. „Maro Temm" – Unser Land – heißt Projekt, das – leider etwas abgelegen – am Bahndamm in der Nähe der Diedrichstraße entstehen soll. Unmittelbar vor der Verwirklichung, nach zwei Jahren mühevoller Arbeit und Werbung für die Ansiedlung, stand „Maro Temm" vor dem Aus.

„Prost Stammtisch! Unsere weltoffene Stadt soll sauber bleiben, und am Bahndamm wohnen die Sinti – aber nicht bei uns im schönen Kiel. Die Kieler CDU torpediert das Projakt „Maro Temm" in Gaarden kurz vor dem Beginn ..." So beginnt ein Kommentar des *Kieler-Nachrichten*-Journalisten Boris Geißler vom 12. Juni. In der Tat, irgendwie passend zur zeitgleichen Hetze der Nazis gegen „Fremde" in Kiel bedient die CDU die Stammtische der deutschen Rechten. Sie macht sich angeblich Sorgen über die „Integrationskapazität Gaardens". Dass die diskriminierten Menschen Deutsche sind, spielt in diesem Fall auch keine Rolle.

Welche Überlegungen hinter „Maro Temm" stehen, dazu sollen hier die Betroffenen selbst zu Wort kommen:

Integrationsmodell kleine Nachbarschaften

In den letzten Jahren tritt verschärft das Problem einer unzureichenden Wohnsituation für Sinti auf. Insbesondere die Verteilung der Wohnungen über die verschiedenen Stadtteile und im Geschosswohnungsbau führt zu zahlreichen Konflikten. Die deutschen Sinti und Roma leben in traditionellen Familienverbänden, die sich gegenseitig besuchen und unterstützen. Dies führt in Nachbarschaften mit Nicht-Sintis und Nicht - Romas zu erheblichen Störungen. z.B. durch die häufigen Besuche und Familientreffen und die damit verbundenen Lärmbelästigungen sowohl natürlich die damit verbundene Unruhe im Hausflur. Auch wurde die Initiative ergriffen, um zum Beispiel den Schulbesuch von Kindern zu erleichtern, indem Mütter die Kinder zur Schule begleiten. Hier sind aktive Nachbarschaften gefragt, die sich gegenseitige Unterstützung auch in den kleinen Dingen des Alltags ermöglichen.

Nun wird versucht Möglichkeiten des gemeinschaftlichen Wohnens von Sinti und Roma in Kiel in "kleinen Nachbarschaften" zu realisieren. Hierbei ist eine Integration in normalen Stadtteilen ausdrücklich gewünscht. Daher sollen die zu schaffenden Nachbarschaften 8–12 Familien (mit je 1–8 Personen) nicht überschreiten. Um eine Stigmatisierung und Gettobildung zu vermeiden, sollen keine größeren Anlagen entstehen. Das Modell der kleinen Nachbarschaften baut auf den Erfahrungen auf, die in Kieler Stadtteilen gewonnen wurden. Nach übereinstimmenden Aussagen gibt es dort keine Integrationsschwierigkeiten und Nachbarschaftskonflikte, bei Wahrung der Eigenschaften und Identitäten der deutschen Sinti und Roma.

Insgesamt schätzt man den Bedarf allein für Kiel auf 55 Familien. Da in iel der Bedarf an Eigenheimen für Minderheiten (Sintis) besonders hoch ist, sollte mit einem ersten Projekt hier angefangen werden. Wenn sich dieses Projekt bewährt, können auch in anderen Städten mit SINTIS UND ROMA Projekte folgen z.B. Lübeck, Heide, Rendsburg, Flensburg, Neumünster u.s.w., wo ebenfalls großer Bedarf besteht. Bevorzugt werden Doppel- oder Reihenhäuser, keine Hochhäuser oder Geschosswohnungen mit einem allgemeinem Treppenhaus. Die Wohnungen sollten ausreichend groß sein. Vorteilhaft währen Tandemwohnungen. Da die Kinder eigene kleine Haushalte gründen könnten und die Eltern alleine in einer angemessenen kleinen Wohnung weiter leben könnten.

So weit ein Auszug aus der Internet-Seite „Sinti Roma Jenische" vom 29.3.2004. Kontakt: anjaweiss@gmx.de. (Es gibt auch eine Homepage „Maro Temm".)

Bitte informiert Euch über den Fortgang der Auseinandersetzung. Vor allem: Zeigt den Sinti Eure Solidarität, setzt Euch mit dem Landesverband der Sinti und Roma in Verbindung.

Dietrich Lohse

Aktueller Nachtrag: Grüne setzen Sinti-Projekt durch

Hamburg · 18. Juni · Die Kieler CDU hat im Streit mit ihrem grünen Kooperationspartner um ein deutsches Sinti-Wohnprojekt klein beigegeben. Fedor M. Mrozek, CDU-Vorsitzender im Ortsverein Gaarden/Ellebek-West, fühlt sich im Stich gelassen - von der eigenen Fraktion im Kieler Rathaus bis hoch zu Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz (OB). "Die haben sich vom Konzept der Integration verabschiedet", schimpft er. Weil sein Stadtteil mit sozialen Problemen genug belastet und die Grenze der Integrationsfähigkeit erreicht sei, hat Mrozek sich gegen die Initiative der zwölf Sinti-Familien engagiert, die zwischen Bahngleisen am Rande eines Gewerbegebietes ihr Wohn- und Arbeitsprojekt "Maro Temm" bauen wollen. Doch seit Donnerstagabend ist es amtlich: Mit elf Stimmen bei zwei Enthaltungen aus der CDU hat der Sozialausschuss des Kieler Rathauses grünes Licht gegeben für das bundesweit einzigartige Projekt. Von ihm erhofft sich Matthäus Anton, stellvertretender Landesvorsitzender des Deutschen Sinti und Roma Vereins, eine Pilotfunktion. "Maro Temm bedeutet unsere Erde", sagt Anton. "Wir sind alle Kieler Sprotten, gebürtige Deutsche, unsere Familien leben seit Generationen hier." Um so weniger könne er verstehen, warum sich die Kieler CDU einschließlich der Oberbürgermeisterin kurz vor Bewilligung des Projektes auf einmal dagegen ausgesprochen hat. Mit ihrer Ankündigung, für das Projekt ein anderes Grundstück suchen zu wollen, da es im Stadtteil "Bedenken" gäbe, hatte OB Volquartz die erste Krise zwischen CDU und Grünen heraufbeschworen, die seit einem Jahr im Rathaus gegen die Sozialdemokraten kooperieren. Der Grüne Conrad Hansen attestiert der CDU "Ressentiments aus einer gewissen Unwissenheit". SPD-Fraktionschefin Cathy Kietzer glaubt, dass "die Sinti bei der CDU eine unbeliebte Minderheit sind". Erst als sich Prominente wie Günter Grass und Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) für das Projekt stark machten, gab die Kieler CDU klein bei.

[Frankfurter Rundschau vom 19.06.2004]

Haben Kinder keine Rechte?

Duldungen sind unmenschlich

Was ist los?

Mehrere tausend ausländische Familien leben in Hamburg mit nichts weiter als einer Duldung. Sie kommen aus Afghanistan, Jugoslawien, der Demokratischen Republik Kongo oder der Elfenbeinküste, sind Kurden aus der Türkei oder Albaner aus dem Kosovo...

Ganz egal wie lange sie schon hier sind, sie dürfen nicht mehr als 10 Stunden pro Woche arbeiten – und das ausschließlich in der Gebäudereinigung oder als Küchenhelfer. Ihre Kinder, die hier aufwachsen und zur Schule gehen, haben mit der Duldung keine Zukunft. Sie dürfen keine weiterführende Schule besuchen, keine Ausbildung machen, nicht arbeiten. Und sie werden alle 12 Monate schriftlich daran erinnert, dass sie jederzeit abgeholt werden können - auch wenn sie in Deutschland geboren sind oder schon zwischen 10 und 20 Jahren hier leben.

Die Abschiebungspraxis macht Angst. Flüchtlingskinder erleben, wie ihre Nachbarn geholt werden. Zweimal pro Woche fahren MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde mit Kleinbussen durch die Stadt. Gegen vier Uhr morgens geht es los. Dann werden Familien aus den Betten geholt. Ohne Ankündigung. Das ist in Hamburg das Regelverfahren. Die Gelegenheit, selbst zur Abschiebung zu erscheinen, gibt es nur noch im Ausnahmefall. Unter Aufsicht muss die Familie dann zügig packen. 20 kg pro Person, wenn für jedes Familienmitglied geeignete Taschen oder Koffer überhaupt vorhanden sind. Wenn sie Geld haben, wird es ihnen abgenommen. Zur Deckung der Abschiebungskosten. Alles andere bleibt zurück. Möbel, Geschirr, Elektrogeräte, Nachbarn, Freunde, oft Angehörige. Ein Abschied ist nicht möglich. Die Eltern werden in Handschellen abgeführt und die verstörten Kinder folgen ihnen. Zum Flughafen. In ein Land, dass ihre Heimat sein soll und das viele von ihnen noch nie gesehen haben. Am Morgen kommt ein Vater nicht zur Arbeit und ein Kind fehlt in der Schule.

Warum leben in Hamburg so viele geduldete Familien?

Eine Duldung, die „Aussetzung der Abschiebung", sollen Menschen gemäß § 55 Ausländergesetz bekommen, wenn sie eigentlich keinen Anspruch auf eine Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland haben. Weil beispielsweise ihr Asylantrag abgelehnt wurde oder der Bürgerkrieg in ihrem Land nicht als Bleibegrund akzeptiert wird, sie aber nicht sofort abgeschoben können. Oder weil ihr Land die Rücknahme lange Zeit verweigert, sie keine Papiere ihres Landes bekommen, es keine Flugverbindung gibt oder sie zu krank sind, um abgeschoben zu werden. Wenn dieser Zustand nicht nur vorübergehend ist, sondern anhält, kann ihnen eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden. Nach § 30 Ausländergesetz kann die Befugnis insbesondere dann erteilt werden, wenn die Duldung schon zwei Jahre lang besteht. Denn es ist eigentlich nicht gewollt, dass die Duldung mit all ihren Einschränkungen und dem Arbeitsverbot einen Daueraufenthaltstatus darstellt. In Hamburg werden diese Aufenthaltsbefugnisse nach § 30 des Ausländer-gesetzes aber nur erteilt, wenn Flüchtlingsfamilien es schaffen, dies auf dem Klageweg zu erstreiten. Ohne Untätigkeitsklage werden Anträge oft gar nicht geprüft. Deshalb gibt es in Hamburg nicht nur besonders viele ausländische Familien, wie auch in anderen großen Städten, sondern es gibt besonders viele ausreisepflichtige geduldete Familien, die jederzeit abgeschoben werden können. Denn in der Zeit, in der z.B. in Schleswig Hostein eine Familie eine Aufenthaltsbefugnis erhält (nach zwei Jahren), eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis erhält (nach sechs Jahren), eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhält und die Kinder eingebürgert werden (nach acht Jahren), wird in Hamburg die Duldung 10 Jahre alt und älter und die Zahl der „Ausreisepflichtigen" wächst.

Haben die Kinder keine Rechte?

Leider nein. Wenn die Eltern nur eine Duldung haben, bedeutet die Geburt in Deutschland nichts. Denn Deutschland hat die internationale Kinderrechtskonvention leider nicht ratifiziert. Innenminister Schily hat darauf bestanden, dass sie in Deutschland für ausländische Kinder nicht gilt. Und die Hamburger Ausländerbehörde ist ohne gesetzliche Verpflichtung nicht zu bremsen. Ermessensspielräume will sie nicht nutzen. In den öffentlichen Verlautbarungen bestreitet sie sogar, dass es die Ermessenspielräume gibt. Natürlich müsste das Grundgesetz für die Kinder gelten. Natürlich müsste die Behörde berücksichtigen, dass Kinder krank werden, wenn sie jahrelang Angst haben müssen, in dieser oder der nächsten Nacht geholt zu werden. Aber die Politik ist an Abschiebungsrekordzahlen interessiert und nicht am Kindeswohl. So ist es möglich, dass die Behördenmitarbeiter unverblümt schriftlich darlegen dass es gewollt

ist, Angst zu machen und Druck auszuüben auf diese Familien (siehe auch „Einspruch! gegen die Hamburger Flüchtlingspolitik“, www.hamburg-asyl.de).

Was können Sie tun?

Das wichtigste, was Sie tun können ist „WEITERSAGEN“! Zu wenige Menschen wissen, was in dieser Stadt mit ausländischen Menschen passiert. Überzeugen Sie Ihre Freunde und Bekannte, sich über das Thema zu informieren. Fragen Sie nach, wenn es heißt „Asylbetrüger“, „Illegale“, „straffällige Ausländer“. Oft werden damit Kinder gemeint sein, deren „Illegalität“ darin besteht, hier von geduldeten Müttern geboren worden zu sein; deren „Straftat“ wiederum in ihrer unerwünschten Einreise. Frage Sie nach, wenn ausländische Mitschüler Ihrer Kinder „verschwinden“. Helfen Sie uns, die Not dieser Menschen und die beschämenden Methoden dieser Stadt ans Licht zu bringen. Und fordern Sie von den Politikern dieser Stadt, dass diese Unmenschlichkeit endlich abgeschafft wird (siehe auch www.pro-asyl.de „Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge“). Und wenn Sie selbst oder Ihre Kinder geduldete Kinder kennen oder Sie sich vorstellen könnten, eine Petition zu unterstützen oder selbst einen offenen Brief an die Bürgerschaft zu schreiben, dann rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns. Schreiben Sie uns auch, wenn Sie Fragen oder Zweifel haben. Vieles, was in dieser Stadt geschieht, ist schwer zu glauben. Fragen Sie nach, verlangen Sie Belege, nur schauen Sie nicht weg!

info@hamburgasyl.de

Neuerscheinung

Heike Herzog · Eva Wälde

Sie suchten das Leben

Suizide als Folge deutscher Abschiebepolitik

rat

ISBN 3-89771-810-3
208 Seiten · 15 €

Sie suchten das Leben

– Seit der Grundgesetzänderung im Jahre 1993 starben mehr als 3.000 Flüchtlinge in Europa und bei dem Versuch, die deutschen Grenzen zu überwinden.

Einige von ihnen begingen Suizid aus Angst vor einer bevorstehenden Abschiebung. Der vorliegende Band versammelt die Geschichten von zehn Flüchtlingen, die aus unterschiedlicher Motivation nach Deutschland kamen, aber alle in Folge bundesdeutscher Abschiebepolitik ihrem Leben ein Ende setzten.

Die Autorinnen haben das Leben dieser Menschen vor und nach der Flucht sowie ihre letzten Monate und Tage und den Verlauf ihres Asylverfahrens recherchiert und in einen politischen Kontext gestellt.

Traumatisierung, Deutschland als Hoffnung, Endstation Abschiebehaft – um diese Themenkomplexe kreisen die Biografien der Flüchtlinge.

Das vorliegende Buch möchte einen Anstoß für Diskussionen über den gesellschaftlichen Umgang mit Minderheiten geben, mit dessen diskriminierenden Auswirkungen Flüchtlinge in ihrem Alltag konfrontiert sind: staatlicher Rassismus wie aufenthaltsrechtliche Sondergesetze, die so genannte Residenzpflicht, Leben in Flüchtlingslagern, Essenspakete, aber auch individueller Rassismus.

Mit einem Vorwort von Birgit Rommelspacher

rat · reihe antifaschistischer texte · Unrast-Verlag

Nachrichten aus der Region

Schon gehört

Alltag die Marke nicht als rechte Mode zu erkennen, sind die Thor-Steinar-Produkte doch fast alle im aktuell-modischen Design und daher unauffällig.

Der Thor-Steinar-Händlerin in der Alsenstraße hat neben dem Ladengeschäft auch einen Onlineshop im Internet betrieben und ihre Warenpalette mit Hochglanz-Flyern beworben. Doch das Kundeninteresse hielt sich scheinbar in Grenzen, zumindest der Laden war nahezu ohne Kundschaft. Als unglücklicherweise auch noch die Schaufenster zu Bruch gingen, besann sich der Besitzer offenbar eines Besseren und schloss nach kurzem Ausverkauf endgültig sein Geschäft.

Bomben in Geesthacht

Wie das LKA-SH berichtet, gab es am Samstag, dem 13. März 2004 in den Besenhorster Sandbergen bei Geesthacht eine Explosion. Die Polizei vermutet, dass hier die Explosionswirkung einer selbst hergestellten Bombe getestet werden sollte. Der Sprengsatz zerstörte einen Betonpfeiler. Es handle sich um die stärkste Explosion seit Jahren, so das LKA. Ermittelt werde in alle Richtungen.

Im Gebiet der Besenhorster Sandberge/ Düneberg war bis zu ihrer Zerstörung 1945 eine riesige Sprengstoffproduktionsanlage der Firma Dynamit Nobel. Hier mussten ca. 12.000 Menschen aus ganz Europa während des zweiten Weltkrieges Zwangarbeit leisten. Einen Teil des Geländes nutzt die Bereitschaftspolizei Schleswig-Holstein heute als Übungsareal. Das immer noch mit Bunkern durchzogene schwer zugängliche Gelände war immer wieder auch Anziehungspunkt für Neonazis, die hier in den 80er-und 90er-Jahren Wehrsportübungen und Sonnenwendfeiern abhielten.

Hamburg: Thor-Steinar-Shop hielt nicht lange durch

Am 1. März hat in der Alsenstraße nahe dem Schanzenviertel ein neuer Klamottenladen seine Türen geöffnet, der überwiegend Produkte der Marke "Thor Steinar" verkaufte. Diese neue Marke kommt aus Brandenburg und findet nicht nur in der rechten Szene immer stärkere Verbreitung. Die Kollektion umfasst unter anderem Hosen, Sweatshirts, Mützen und auch Schlüsselbänder. Auf den Klamotten sind neben den markeneigenen Runen-Symbolen meist Schriftzüge wie "Ultima Thule", "Nordland" oder "Asgard" aufgestickt. Auf den ersten Blick ist für viele im

Leezen/Kreis Segeberg: Flugblatt informiert über neuen Nachbarn

Anfang Mai wurden hunderte Flugblätter an die Haushalte im Dorf verteilt, um die Anwohner über einen neuen, ganz besonderen Nachbarn aufzuklären. Der langjährige Neonazi Wolfgang Schimmel ist mit seiner Familie aus Bad Oldesloe kürzlich in das Dorf gezogen. Schimmel ist seit Jahren aktives NPD-Mitglied und seit Sommer 2003 sogar stellvertretender Landesvorsitzender der rechten Partei in SH. Er ist auch verantwortlich für die Internet-Seite des NPD-Landesverbandes.

Die verteilten Flugblätter erläutern seinen politischen Werdegang in der Neonazi-Szene und zeigen Wolfgang Schimmel mit Foto auf einer Neonazi-Demonstration.

8.Mai, Tag der deutschen Kapitulation: Neonazis wollen es nicht wahr haben

An diesem Tag, an dem Nazi-Deutschland 1945 kapitulierte, haben sich fast schon traditionell norddeutsche Neonazis im Putzen geübt. Zum sog. "Ehrendienst" hatte das Aktionsbüro Nord-

deutschland aufgerufen. Mit Eimern und Schrubbern ausgerüstet wurden zum Beispiel in Lübeck und Hamburg alte Gedenksteine, die an Wehrmachtssoldaten erinnern, geputzt. Mit solchen Aktionen wird sich alljährlich aufs neue mit den Verbrechen der Wehrmacht solidarisiert. Doch nicht nur in Schleswig-Holstein und Hamburg wurde dem NS-Regime nachgeweint: So zogen in Marienfels bei Koblenz fast 200 Nazis durch den Ort, nachdem dort einige Tage zuvor Antifaschisten ein unerträgliches SS-Denkmal abgerissen hatten. In Rostock wurde unter der Führung von Christian Worch (Hamburg) und Lars Jacobs (Börnsen bei HH) eine Kundgebung unter dem Motto "Wir kapitulieren nie" mit etwa 100 Neonazis durchgeführt. Am 15.Mai fand ein von der NPD/JN organisierter Kranzabwurf mit 30 Teilnehmern in Himmelpforten/Niedersachsen statt. Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Adolf Dammann führte den kläglichen Haufen durchs Dorf, der niedergelegte Kranz wurde jedoch schon nach einer Stunde von Antifaschistinnen entfernt. Auch aus Hamburg und Schleswig-Holstein waren Neonazis angereist.

Hamburg: Christian Worch plante erst Konzert, dann Demo

Für den Abend des 19.Mai hatten Worch und Gefolge ein Neonazi-Konzert mit vier Bands im Raum Hamburg geplant. Da die Innenbehörde diese Veranstaltung wegen eventuell drohender Straftaten wie Volksverhetzung verboten hatte, meldete Worch spontan eine Demonstration unter dem Motto "Musikfreiheit ist Meinungsfreiheit" in der Hansestadt an. Die Demo sollte am 22.Mai ursprünglich am Dammtorbahnhofes starten. Die Stadt Hamburg untersagte den Treffpunkt, genehmigte aber eine Route von der Straße Am Strohhause zum Johanniswall, an welchem der Sitz der Innenbehörde liegt. Als die Anmeldung bekannt wurde, begann kurzfristig eine Mobilisierung in und um Hamburg für Gegenaktivitäten. Es hatten sich schon viele Gegendemonstranten am Hauptbahnhof eingefunden, als Worch peinlicherweise einlenken musste. Er sagte seine Demo ab, da sich einfach zu wenig Teilnehmer gefunden hatten, die seinem Aufruf folgen wollten.

Bereits einige Wochen zuvor war Worch in die Organisation eines RechtsRock-Konzerts involviert. Damals konnten Neonazis ungestört vor den Augen der Polizei in Boizenburg (kurz hinter der Grenze zu Mecklenburg/Vorpommern) drei Bands auftreten und ihre rechten Texte zum Besten geben lassen.

Rechtes Skinhead-Magazin aus Lübeck

In Lübeck ist ein neues Fanzine erschienen. Unter dem Namen *Nordstolz* wird hauptsächlich über RechtsRock-Konzerte und -bands, aber auch über andere politische Themen geschrieben. So ist in der ersten Ausgabe neben einem Bericht über den Naziaufmarsch in Dresden auch

Trauriges zehnjähriges Jubiläum in Lübeck

Vor zehn Jahren brannte die Synagoge in Lübeck. Dieser Brand war der erste Synagogenbrand in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Stadt Lübeck geriet damals nahezu weltweit in die Schlagzeilen.
In der Nacht vom 24. auf den 25.03.1994 verübten rechte Jugendliche einen Brandanschlag auf den linken Gebäudeflügel der Synagoge der jüdischen Gemeinde in der Hansestadt. An dem Gotteshaus in der St.Annen-Straße entstand durch die Würfe der Molotowcocktails erheblicher Sachschaden, der sich damals auf knapp 160.000 DM belief.
Als ca. einen Monat später vier Jugendliche bzw. jungen Erwachsene als Täter ermittelt wurden, verwunderte es viele, dass ihnen "lediglich" der Prozess wegen Brandstiftung gemacht wurde, nicht aber wegen Mordversuch. Teile der Synagoge wurden nämlich dauerhaft bewohnt, was durchaus von Außen erkennbar gewesen war, z.B. durch persönliche Klingelschilder u.Ä. Eine Anklage wegen Mordversuch wäre also durchaus denkbar gewesen.

Die Täter, die entweder aus der "rechten Szene" kamen oder "ihr nahe standen", wurden im Frühjahr 1995 zu mehrjährigen Freiheitsstrafen bzw. Jugendstrafen verurteilt. Die anschließend eingelegte Revision eines der Angeklagten wurde im Herbst 1995 vom Bundesgerichtshof verworfen.

Neben dem direkten Sachschaden ist natürlich nicht der psychologische Effekt dieses Brandanschlages zu vergessen, der auf die jüdische Gemeinde einwirkte.

Als es ungefähr ein Jahr später erneut zu einem Brandanschlag auf die selbe jüdische Einrichtung in Lübeck kommt, wird von der Stadt eine Dauerbewachung des Hauses durch die Polizei veranlasst.
Der oder die Täter des zweiten Anschlags wurden nie ermittelt. Seit der Bewachung kam es abgesehen von einer Bombenattrappe zu keinen weiteren antisemitischen Anschlägen in der Hansestadt.

In Neustadt allerdings wurde im vergangenen Jahr eine jüdische Gedenkstätte am Vorabend einer alljährlichen Veranstaltung gezielt von Neonazis geschändet. Ein Denkmal auf dem Gelände wurde mit einem Schweinekadaver entweiht und mit Parolen (z.B. "Combat 18") beschmiert. Diese antisemitische Tat wurde später im *Stormer*, einer terroristischen Neonazi-Publikation des Labels Combat 18, abgefeiert. Näheres zur Bedeutung, Geschichte und Ideologie von Combat 18 ist zum Bespiel in der letzten Eie-Ausgabe Nr. 20 zu finden.

L.o.P.

Gaarden bleibt nazifrei!

Am 12. Juni bauten Anhänger der rechten NPD vor dem Sky-Markt am Karlstal einen Propagandastand auf. Vor der Wut der Gaardener Bevölkerung schützte sie nur ein großes Polizeiaufgebot. Ihre Kundgebungsreden gingen in Pfeif- und Trillerpfeifenkonzerten sowie antifaschistischen Parolenrufen unter, zum Materialverteilen sind sie in nennenswertem Umfang gar nicht gekommen.

Etwa 16 Neonazis aus Kiel, Lübeck und Neumünster wollten ihren mit volksverhetzenden Parolen geführten Europawahlkampf auch in den Stadtteil tragen, in dem mehr als in allen anderen Teilen unserer Stadt Menschen aus den unterschiedlichsten Mutterländern zusammenleben. Sie stellten dabei auch ihre berüchtigten Plakate mit dem Spruch „Gute Heimreise" auf, der mit dem Bild von hinten aufgenommener „ausländisch" aussehender Menschen mit Säcken und Tragetaschen illustriert ist.

Eine gezielte Provokation, ergänzt durch den vom Kundgebungsredner Jens Lütke geäußerten Wunsch, auch Gaarden möge wieder ein „deutscher Stadtteil" werden. Die Provokation war gewollt, aber das Echo hatten sich die Neonazis wohl doch anders vorgestellt. Sie waren schon kurze Zeit nach ihrem Auftauchen von BewohnerInnen Gaardens und aus anderen Stadtteilen zur Unterstützung des antifaschistischen Protestes hinzugekommenen Menschen eingekreist. Kurz vor Abbruch der Neonazi-Aktion flogen Tomaten und Eier, die Polizei versuchte, einige der des Werfens verdächtigten Personen einzufangen. Dabei wurden Schlagstöcke und Reizgas eingesetzt. Eine Festnahme hatte es schon vorher gegeben, als ein empörter Bürger versucht hatte, eines der beschriebenen Stellschilder zu zerstören. Der Einsatzleiter der Polizei weigerte sich, Anzeigen wegen Volksverhetzung gegen die NPD entgegenzunehmen. Schließlich mussten die Nazis, die einige Zeit ratlos und zunehmend beschmutzt vor ihren bereits zusammengepackten Propagandautensilien herumgestanden hatten, mit Polizeiwagen aus der selbstgewählten Gefahrenzone transportiert werden. Sie brachten ihren Kram in ihr neues Zentrum im Stadtfeldkamp 28.

In Gaarden formierten sich derweil einige Dutzend Menschen zu einer spontanen Demonstration durchs Zentrum des Stadtteils. Vorneweg wurde ein Transparent des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus getragen: „Für ein friedliches Miteinander der Kulturen – Gegen Terror, Hass und Fremdenfeindlichkeit". Die Stimmung war jetzt ausgesprochen gut. Dazu gab es guten Grund: Wir haben einen Erfolg des Zusammenhalts, der Solidarität erlebt, der allen Mut gemacht hat. Dafür war die einhellige Ablehnung des NPD-Auftritts durch die Anwohner im Karlstal und in der Elisabethstraße entscheidend. „Gaarden bleibt nazifrei!" – so lautete eine der Parolen, die während des Umzuges gerufen wurden. Natürlich wohnen auch in Gaarden Neonazis. Aber sie mögen sich hüten, organisiert öffentlich in Erscheinung zu treten.
Die Neonazis sind in den vergangenen Wochen an verschiedenen Orten in Kiel aufgetreten. Es ist an der Zeit, dass sich die antifaschistischen Kräfte wieder stärker zusammenschließen.

(D.L.)

ein Artikel zum Gedenken an den SA-Mann Horst Wessel zu finden. Neben den hetzerischen Texten und einem »Biertest« sind auch peinliche Zeichnungen und ein Cartoon auf grundschulähnlichem Niveau zu bestaunen. Die *Nordstolz*-Internetseite ist auf Dirk-Oliver Bollmann zugelassen, der schon vor Jahren als rechter Schläger in Lübeck aktiv war und auch in der Musik-Szene als Security-Chef und Manager der Neonazi-Band »Freikorps« mitmischte. Auf der Website wird für das »1. Lübecker Skinhead-Fußballturnier« am 17.07. geworben, außerdem können Klamotten und Aufkleber mit *Nordstolz*-Schriftzug bestellt werden. Mit solchen T-Shirts liefen auch schon Skinheads am ersten Mai in Berlin auf, in Lübeck sind Pkws mit solchen Heckscheiben-Aufklebern unterwegs. Die nächste Ausgabe des Magazins erschien Mitte Juni, die Auflage wurde von 200 Exemplaren auf 400 Stück verdoppelt. Es sind Interviews mit bekannten RechtsRock-Bands wie "Barking Dogs", "Oidoxie" und einer relativ neuen Schleswig-Holsteiner Band Namens "Kampfhandlung" abgedruckt, es wird über das Marine-Denkmal in Laboe und einige Neonazi-Aktionen berichtet sowie an rechte Demotermine erinnert. Laut den Herausgebern soll *Nordstolz* vierteljährlich erscheinen.

Durchblick? Nein danke!

Für eine neue Neonazi-Zeitung aus Schleswig-Holstein wird auf den Internetseiten des Holsteiner-Widerstands geworben. *Durchblick – Sozialrevolutionäre Zeitung für Norddeutschland* nennt sich das extrem antisemitische Blatt, in dem vornehmlich über den Irakkrieg und den Isreal-Palästina-Konflikt geschrieben wird. Allerdings gibt es neben Artikeln gegen das Holocaust-Mahnmal in Berlin und eine multikulturelle Gesellschaft auch Texte die auf den ersten Blick ebenso von links kommen könnten. Es werden Themen wie Sozialismus, Antikapitalismus und Polizeigewalt behandelt. Der

politische Stil der Zeitung erinnert stark an den Kampfbund Deutscher Sozialisten sowie an das verbotene Wählerbündnis BNS aus Lübeck. So wundert es nicht, dass gerade dessen Spitzenkandidat Jörn Lemke, in der NPD-Zeitung *Schleswig-Holstein-Stimme* für die Durchblick wirbt und auf der letzten Seite ein Bericht zu den nationalen Hausbesetzern aus Lübeck zu finden ist. Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist der erst im Herbst 2003 nach Lübeck zurückgezogene Kamerad von Lemke – Gunnar Lehmann, der schon im Dezember letzten Jahres seinen Namen für ein Solidaritätsflugblatt für den inhaftierten Neonazi Peter Borchert gab.
Auch eine Mitarbeit des ehemaligen Stützpunktleiters des KDS in Neumünster, Martin Engelbrecht, ist wahrscheinlich.

Temple of football: Neuer Szene-Laden in Boizenburg

In Boizenburg wurde ein kleiner Laden mit „Streets- and Sportswear" für Nazis und Hooligans eröffnet. Er handelt mit Marken wie Thor Steinar, Kategorie C und Rezist. Vor Ort scheint er auch zum Treffpunkt der rechten Skinhead-Szene zu werden. Besitzer des Laden ist Christian Steinberg, dem auch der Szeneladen „Buy or die" in Lüneburg gehört. Es ist vorstellbar, dass auch Neonazi-Kader Michael Grewe seine Finger im Spiel hat, zumal er gemeinsam mit Thomas Wulff keine fünf Minuten von Boizenburg entfernt wohnt. Grewe betrieb vor einigen Jahren „Buy or die" in Bergedorf bis der Laden nach Lüneburg ging und von Steinberg übernommen wurde.

Was macht eigentlich Thekla Kosche?

Nachdem die Anti-Antifa Aktivistin, die sich selbst auch gerne als „Nationalsozialistin" bezeichnet ihren Job und Wohnort in Kiel (2000) auf Grund antifaschistischer Intervention an den Nagel hängen musste, ist sie nun seit neuestem in Hamburg aktiv. Bevor sie nach Kiel zog, gab es bereits an ihren vorherigen Wohnorten Bad Segeberg (bis \`98) und Lübeck (\`99) antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit, die sie dazu veranlasste, auch diese Orte zu verlassen. War sie in Hamburg (\`01) anfangs als Fahrradkurierin unterwegs (was sie nach dem Bekanntwerden ihrer politischen Einstellungen aufgeben musste), mimt sie seit dem Wintersemester 2003/04 die unpolitische „Volkskunde"-Studentin. Aus der väterlichen Wohnung in Bad Segeberg betreibt sie nach wie vor den eso-faschistischen Literatur-Online-vertrieb „Spirit-Wake". Dort können neben aktuellen neonazistischen Standardwerken wie *Das antifaschistische Milieu* von C. M. Wolfschlag auch H. Günther\`s *Rassenkunde des jüdischen Volkes* sowie allerlei esoterische „Zauberbücher" geordert werden. Um ihren KommilitonInnen ein böses Erwachen zu ersparen, veröffentlichten Studierende des Fachbereiches Volkskunde ein Flugblatt, das ausführlich über die Neonazi-Aktivitäten Kosches informierte. Die Studierenden halten es „aufgrund von Thekla Kosches zumeist verdeckt stattfindenden Anti-Antifa-Aktivitäten für wichtig, dass möglichst niemand in die Situation gerät, mit ihr unwissend in einer Referatsgruppe zu landen, sie schließlich in der eigenen Wohnung bei Kaffee und Kuchen zum Arbeitstreffen zu empfangen, um es im Nachhinein bitterlich zu bereuen."
(Zitat aus dem Flugblatt)

Walhalla-News: Heinrich Gerlach abberufen

Im Alter von 55 Jahren starb Anfang März der stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Volksunion, Heinrich GerlachGerlach erlebte von 1997–2001 als DVU-Fraktionschef in Hamburg-Wandsbek den Höhepunkt seiner politischen Karriere. Begonnen hatte er diese in den Reihen der Jungen Nationaldemokraten. 1987 war er Gründungsmitglied der Deutschen Volksunion.

Antirassistischer Skate-Kontest in Ahrensburg

Am 26.Juni fand ab 14Uhr bei durchgehend sonnigem Wetter ein Skatewettbewerb am Ahrensburger Jugendzentrum Juki42 statt. Die erzielten Einnahmen durch die Startgebühr der Skater und den Eintritt des anschließenden Konzertes kommen der Antonio-Amadeus-Stiftung zugute. Die Stiftung ist auf antifaschistischer und antirassistischer Ebene vielfach tätig. Zu Beginn des Turniers wurden die 19 teilnehmenden Jugendlichen in zwei Gruppen aufgeteilt. Nach Aufruf der Veranstalter wurde den einzelnen Skatern Zeit gegeben, ihr Können unter Beweis zu stellen. Unter den Augen der Jury wurden die Halfpipes befahren, bis zu 60 Zuschauer verfolgten bei HipHop-Musik das Geschehen. Es gab neben schönen Sprüngen auch viele andere Tricks zu sehen; trotz der teilweise unsanften Landungen wurde glücklicherweise niemand ernsthaft verletzt. Zwischen den Wertungsfahrten nutzten andere Skateboarder immer wieder die Gelegenheit, sich mit sportlichen Einlagen in Szene zu setzen. Gegen 18Uhr standen die Siegerehrungen im Saal des Juki42 an. Neben einem Video wurden fünf neuen Skateboards an die erfolgreichsten Fahrer übergeben. Die Preise wurden von verschiedenen Geschäften gespendet. Dieser Wettbewerb war bereits der dritte am Jugendzentrum, der nächste ist im Rahmen eines Sommerfestes am 24.Juli geplant.

Zum Traditionsverständnis der Bundeswehr

In Treue fest

Geht es um das Traditionsverständnis der Bundeswehr, so wird vom Dienstherrn der SoldatInnen gerne auf zwei Aspekte verwiesen: Erstens sei noch immer der Traditionserlass von 1982 in Kraft, demzufolge die ‚Wehrmacht als Ganzes' keine Tradition für die Bundeswehr begründen könne, und zweitens wird darauf verwiesen, dass es für die Praktizierung der Traditionspflege in den einzelnen Bundeswehreinheiten keine zentrale Steuerung gebe.

Während das ehrende Gedenken an die Attentäter des 20. Juli alljährlich unter Teilnahme des jeweiligen Verteidigungsministers als Veranstaltung im Berliner Bendler-Block stattfindet und entsprechenden Widerhall in den überregionalen Medien findet, existiert parallel dazu eine Traditionspraxis im Alltag der Truppe, die sich hiervon unterscheidet. Die Bezugnahmen auf die Wehrmacht finden dabei im Ausbildungsbereich und bei der Schärfung des Selbstbildes der Truppe statt.

Bereits mit dem Regierungswechsel zu Helmut Kohl im Jahre 1982 gewann die Kriegsorientierung in der Ausbildung wieder an Dynamik. 1985 etwa ging es in den Ausbildungsrichtlinien darum „hinreichende Kriegstüchtigkeit" herzustellen; der Begriff der „kriegsnahen Ausbildung" tauchte immer häufiger in Schriften der Bundeswehr auf und der für das Ausbildungswesen der Bundeswehr zuständige General Andreas Broicher schrieb im März 1991 in der Zeitschrift *Truppenpraxis*, deren Zielgruppe vor allem Offiziere sind, dass Panzer- und Vernichtungsschlachten wie Tannenberg 1914, Charkov 1943 oder die Ardennen-Offensive 1944 hervorragend zur Schulung von Operation und Taktik geeignet seien. „Nach wie vor wird man deshalb in der militärischen Ausbildung gut beraten sein, gelegentlich einen Blick in den reichen Erfahrungsschatz der Wehrmacht zu werfen." - so die Schlussfolgerung des Generals, der mit der Herauslösung der militärischen Aktivitäten aus dem Kontext des Vernichtungskrieges diese als normale Beispiele für die taktische und operative Lehre der Panzerverbände anbot. Ihm folgten weitere Generäle, die eine offensive Aneignung des Erbes der Reichswehr und der Wehrmacht forderten. So beschied General Millotat in seiner Schrift über den preußischen Generalstab, dass „die gesamte Tradition des preußisch-deutschen Generalstabs für den Generalstabsdienst der Bundeswehr verbindlich" zu machen sei. Die Beteiligung der Wehrmacht am Vernichtungskrieg hielt der General nicht für erwähnenswert. Die Publikation wurde vom ‚Führungsstab des Heeres' herausgegeben, der Autor nach ihrem Erscheinen in die Führungsakademie der Bundeswehr versetzt (Abteilung Ausbildung und Lehre) und später unter Scharping noch einmal befördert. Selbst das Zentrum Innere Führung in Koblenz warnte in seinem Jahresbericht 1997 vor der erkennbaren einseitigen Orientierung am ‚Kämpfer'-Typ, dem historisches Wissen fehle. In der Ausbildung würden, so hieß es weiter „die tradierten Werte des Offiziersberufs betont und tendenziell Züge einer asketischen Elite propagiert".

Dies gilt insbesondere für jene Einheiten, die sich früher wie heute als ‚Eliteverbände' begreifen und, wie etwa die Gebirgsjäger-Truppe und die Fallschirmjäger-Einheiten, eine unverzichtbare Rolle bei den Kriegseinsätzen der Bundeswehr spielen. Bei beiden Waffengattungen sind die Beziehungen zwischen Soldaten der Wehrmacht und der Bundeswehr eng, da ein gemeinsamer Soldatenverband besteht. So strebt der Bund deutscher Fallschirmjäger (BDF), der als Verband der Fallschirmjäger der Wehrmacht entstand, bewusst danach, Bundeswehrsoldaten aufzunehmen. Damit ist er recht erfolgreich, denn nach eigenen Angaben ist das Verhältnis derzeit 50 zu 50. In der Zeitschrift der Organisation finden sich Berichte über die Entwicklung der DSO ebenso wie über die KSK und ihren ehemaligen Kommandeur Günzel. Da wird über den Tag der Infanterie berichtet, über den Tag der Fallschirmjäger und die Erfahrungen der Bundeswehr in Afghanistan. Gleichzeitig findet sich eine Vielzahl von Berichten der Fallschirmjäger-Kameradschaften zwischen München, Bochum und Lübeck. Und ganz selbstverständlich werden auch die Aktivitäten des (Kameradschaftsbundes des) FallschirmPanzerKorps ausführlich dargestellt. Die Tatsache, dass die Einheit eigentlich noch den Zusatz ‚Hermann Göring' führte und zur Waffen-SS gehörte, taucht nirgendwo auf. Sei es aus Gründen der Vorsicht, sei es weil es von den Beteiligten ohnehin jeder weiß.

Die Zeitung des BDF porträtiert immer wieder ehemalige Wehrmachtssoldaten. Unter der Überschrift ‚Kommandeur der Wehrmacht, Gefangener Stalins, Truppenführer der Bundeswehr' erschien beispielsweise ein fünfseitiges Porträt von Oberst a.D. Schirmer. Das Fazit, das der Autor Günter Roth, ein ehemaliger Bundeswehrgeneral, unter dem Stichwort „Vorbild und Beispiel" zieht lautet: „Das unverwechselbare Charisma von Oberst Schirmer besteht darin, dass er bis zum heutigen Tage (...) dem freien Wort und dem Hochhalten der eigenen und der Ehre des deutschen Soldaten den Vorrang gegenüber vorauseilendem Gehorsam, Opportunismus oder der modern

Der deutsche Fallschirmjäger

Flug zum Gran Sasso

Aus dem Inhalt:

Bravourstreich im Hochgebirge

Gemeinsam mit dem DRK

Großveranstaltung in Düsseldorf

Presse-Echo

Unser Bundesleiter in Köln

Gedanken zur Wahl

Ist der Fallschirm zuverlässig?

Dem Paradies entronnen

Fall und Schirm

9 September 1953

MITTEILUNGSBLATT DES BUNDES EHEMALIGER DEUTSCHER FALLSCHIRMJÄGER • FALLSCHIRMJÄGER-HILFSWERK • E.V. VERLAGSORT MÜNSTER (WESTF.) EINZELPREIS 60 Pfg.

gewordenen ‚Political Correctness'" gegeben habe. Wer hier über fünf Seiten gelobt und zum Vorbild aufgebaut wird, kann man u.a. dann einem Leserbrief in einer der folgenden Hefte entnehmen, in dem Klage geführt wird, dass ein Buch, das Schirmer im Grabert-Verlag, also einem der führenden extrem Rechten Verlage in der Bundesrepublik, herausgab, vom Amtsgericht Tübingen wegen Volksverhetzung beschlagnahmt worden ist. Schirmer war laut SPD-nahem Info-Dienst *Blick nach rechts* in den 1980er-Jahren DVU-Mitglied und bewegt sich auch heute noch im Spektrum der extremen Rechten.

In der regelmäßigen Rubrik „Erlebt und geschehen" werden im BDF-Blatt immer wieder Berichte über militärische Aktionen der Fallschirmjäger der Wehrmacht gebracht. Einer dieser Artikel erschien im Sommer 2003 anlässlich des 50. Jahrestages des sog. „Sturmes auf den Gran Sasso". Um was ging es dabei? Im Juli 1943 fand angesichts der sich abzeichnenden Niederlage eine Zuspitzung der Differenzen im faschistischen Regierungslager Italiens statt. Mussolini wurde abgesetzt und im Gefängnis von Gran Sasso festgesetzt. Am 12. September befreiten ihn deutsche Fallschirmjäger im Handstreich und brachten ihn nach Deutschland. Dem folgen die Ausrufung der faschistischen Republik von Salò, die weiter an der Seite Nazi-Deutschlands steht, und die Rückkehr Mussolinis nach Italien.

Diese Aktion also wird in der Zeitschrift der Fallschirmjäger als tollkühne Aktion gefeiert; und mit Bewunderung wird über eine Feier berichtet, in der in Italien der Befreiung Mussolinis gedacht wurde. Unter den Teilnehmer auch dessen jüngster Sohn. Anerkennend heißt es in dem Bericht: „In der Vergangenheitsbewältigung sind die Italiener den Deutschen um Jahrzehnte voraus. So etwas wie diese Feier am Gran Sasso wäre in dieser Form in Deutschland nicht denkbar."

In den Reden höchster Bundeswehr-Angehöriger, so etwa von Generalmajor Budde (Kommandeur der Division Spezielle Operationen), wird das Vorbild der Wehrmacht beschworen: „Unverzichtbar, unabänderbar und unverrückbar für die DSO, für unsere jungen Fallschirmjäger ist all das, was die Fallschirmjägertruppe ausgezeichnet hat" und dann – anknüpfend an die Worte seines ehemaligen Kommandeurs in einer Veröffentlichung über die Besetzung Kretas durch deutsche Fallschirmjäger („Operation Merkur"): „Freiwilligkeit - Einsatzbereitschaft - Kampftüchtigkeit - Durchhaltevermögen - Initiative - Entschlusskraft und Tapferkeit." Gegen Ende seiner Rede dann ein weiterer flammender Ausruf „Ja - ich wünsche mir eine enge Beziehung und den kameradschaftlichen Verbund über die Altersgruppen hinweg, die Kenntnis über Ihre Leistungen, den Stolz auf die guten Seiten unserer Militärgeschichte (...) Noch wichtiger aber ist mir, dass dieses Wissen um Gemeinsamkeit, die Überzeugung für die gleichen soldatischen Werte und Tugenden einzutreten, nicht verloren geht. (...) Die von Ihnen gelebten soldatischen Tugenden leben in uns fort. Ähnlich formulierte er auch bei seinem Abschied im September 2002: „Wir müssen unsere Härte vor allem dort beweisen und erwerben, wo man uns nicht sieht, wo es weniger spektakulär ist, wo es auch wehtut!", um dann mit Blick auf die aus dem Dienst geschiedenen Offiziere hervorzuheben: „Sie haben das Traditionswürdige der alten Fallschirmjägertruppe, deren Vertreter auch heute wieder bei uns sind, in alle Einheiten der DSO getragen und halten es lebendig! Das sind Tugenden wie Disziplin und Kameradschaft, Härte und Hilfsbereitschaft, Professionalität und Mut!" Dieses Profil beschwörten auch Generalleutnant Friedrich Riechmann beim 28. Bundestreffen des BDF am 13. September 2003 und der Kommandeur der Luftlande-/Lufttransportschule Oberst Bescht anlässlich des Tages der Fallschirmjäger 2003: „Die ‚alten Adler' haben uns diese Tugenden vorgelebt und eingeimpft. Es muss uns Jüngeren Ehre und Verpflichtung sein, und es ist uns Jüngeren Ehre und Verpflichtung, sie auch an die uns nachfolgende Generation der ganz jungen Adler weiterzugeben."

Von einem distanzierten Verhältnis zu den Einheiten der Wehrmacht und ihren ‚Waffentaten' im Rahmen der verbrecherischen NS-Kriege kann hier also nicht die Rede sein. Während die Bundeswehrspitze für die Öffentlichkeit die Attentäter des 20. Juli als moralische Instanz eines ‚anderen Deutschland' bemüht, sieht die alltägliche Traditionspraxis in der Truppe anders aus.

Jürgen B. Maasst

Bundeswehr auf Distanz zum Verband deutscher Soldaten

Bundeswehr geht auf Abstand

Mitte März verbreitete der Führungsstab der Bundeswehr eine Erklärung in der Truppe, nach der mit sofortiger Wirkung alle dienstlichen Kontakte zwischen der Bundeswehr und dem Verband deutscher Soldaten einzustellen seien. Hintergrund der Entscheidung ist die Veröffentlichung von Beiträgen von Richard Tedor im Verbandsblatt *Soldat im Volk*. Tedor ist stellvertretender Vorsitzender der Nationalsozialistischen Partei Amerikas (NSPA).

Der Verband deutscher Soldaten (VdS) ist einer der langjährig bestehenden bundesweit organisierten Traditionsverbände von Wehrmachtssoldaten. In der ursprünglichen Satzung bezeichnete sich der VdS als „Organisation zur Wahrung und Förderung kameradschaftlicher, rechtlicher und ideeller Anliegen aller Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht einschließlich der Waffen-SS, der deutschen Bundeswehr und ihrer Hinterbliebenen. In der aktuellen Satzung ist vom „Eintreten für Recht und Freiheit in Treue zum deutschen Vaterland", der „Pflege der soldatischen Wertbegriffe", der „Förderung des Wehrgedankens" und der „Bekämpfung jeder Diffamierung des deutschen Soldatentums" die Rede. Wurde der Posten des VdS-Bundesvorsitzenden zwischen 1951 und 1962 immer von Generalsdienstgraden besetzt, die in Reichswehr und Wehrmacht aufgestiegen waren, so hatten ihre Nachfolger diese Dienstrangstufe alle in der Bundeswehr erworben. Dem langjährigen VdS-Bundesvorsitzenden Generalmajor a.D. Schreiber folgte im April 2001 mit Oberstleutnant Horst-Erich Hoppe erstmals ein Soldat, der seine gesamte Laufbahn in der Bundeswehr absolviert hatte. Hoppe war u.a. als Stabsoffizier der Gebirgsjägerbrigade 23 in Bad Reichenhall tätig, verstarb jedoch im August 2003.

Der VdS ist föderalistisch in Landesverbänden organisiert; darunter gibt es zum Teil Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände. Auf verschiedenen Ebenen sind dem VdS Traditionsgemeinschaften kooperativ angeschlossen, so dass für Ende der 1990er-Jahre von etwa 75.000 Mitgliedern ausgegangen werden kann. Der VdS wiederum ist größter Verband im Ring deutscher Soldatenverbände (RDS), dem Schreiber ebenfalls lange als Präsident vorstand. Die Zahl der Einzelmitglieder im RDS betrug Ende der 1990er-Jahre nach eigenen Aussagen etwa 380.000. Zu den im RDS zusammengeschlossenen Verbänden gehören u.a. der Kyffhäuserbund e.V., der Deutsche Marinebund e.V., die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V., der Stahlhelm - Kampfbund für Europa, die Gemeinschaft ehem. Heeresrichter oder die Fördergemeinschaft für Soldatenverbände im Landkreis Marburg-Biedenkopf e.V., die sich an den rechten Aktionen gegen die Ausstellung *Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* beteiligt hatte.

Zwar hatte das für die Bundeswehr zuständige Ministerium mit Wirkung vom 5. März 1999 entschieden, die Zusammenarbeit mit der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger einzustellen, ansonsten jedoch, so hieß es offiziell, hätten „Aktivitäten von Traditionsverbänden keinen Grund gegeben, auf Ministeriumsebene gegen sie vorzugehen". Nun soll es also eine Abgrenzung gegenüber dem VdS geben.

Besonders empört zeigte sich ein Jochen Arp in der extrem rechten *Jungen Freiheit* und unterstellte den verantwortlichen Redakteuren Naivität im Umgang mit den Autoren, denn jene hätten von der Existenz einer Organisation namens NSPA schlicht nichts gewußt, aber vielleicht doch die Identität des Autors Richard Tedor prüfen sollen.

Dabei hatte der VdS-Bundesvorsitzende Hoppe im Sommer 2001 die Umstellung von Soldat im Volk auf eine zweimonatige Erscheinungsweise doch gerade damit begründet, um „für wichtige Berichte besser recherchieren zu können". Da stimmt wohl eher die ebenfalls von Hoppe gemachte Ansage, dass im Blatt auch weiterhin „Dinge angesprochen [werden], die woanders nicht zu lesen sein werden, weil sie unter Umständen dem herrschenden Zeitgeist nicht entsprechen". Der nun für Schlagzeilen sorgende Artikel war in Soldat im Volk mit der redaktionellen Vorbemerkung versehen worden, der Autor sei „freier Journalist und gilt in den USA als Experte für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs", auch arbeite er „eng mit den amerikanischen Veteranenverbänden zusammen." Der Beitrag aus „einer US-amerikanischen Zeitschrift" (Arp) sei von einem VdS-Mitglied in deutscher Übersetzung angeboten worden.

Bei diesem Blatt, das verschweigt die *Junge Freiheit*, handelt es sich um *The Barnes Review* (TBR), die von Willis A. Carto seit 1994 herausgegeben wird. Zuvor war Carto an führender Stelle am Institute for Historical Review (IHR) tätig gewesen, der bedeutendsten nordamerikanischen Organisation von Holocaustleugnern. Zwar überwarf sich der antisemitische Wahnvorstellungen vertretende Carto 1994 mit dem IHR, seine Nazi-Gesinnung blieb jedoch unberührt. Ginge es nach Carto, dann stünde die Welt heute besser da, wenn die Nazis den Zweiten Weltkrieg gewonnen hätten. So aber hätten vor allem „Rotchina, Israel, der internationale Zionismus, die internationalen Geldmanipulateure" vom Ausgang des Krieges profitiert. Bis heute verschafft Carto Auschwitzleugnern ein Forum, z.B. Fredrick Töben im Rahmen der letzten TBR-Konferenz im Jahr 2003,

Der deutsche Fallschirmjäger

Aus dem Inhalt:

Eben-Emael
+
Fritz Prager zum Gedächtnis
+
Meterlatte für den Bundesleiter
+
Presse-Echo
+
Nach acht Jahren
+
Ein Mutiger grub 44 Minen aus
+
Fall und Schirm
+
Sprungeinsatz Monte Rotondo
+
Offenes Wort

In der Heimat, in der Heimat, wo gibt's ein Wiederseh'n?
Bundestreffen Kassel 1953!

5 Mai 1953

MITTEILUNGSBLATT DES BUNDES EHEMALIGER DEUTSCHER FALLSCHIRMJÄGER - FALLSCHIRMJÄGER-HILFSWERK - E.V.
VERLAGSORT MÜNSTER (WESTF.) EINZELPREIS 60 Pfg.

und verbreitet Lobpreisungen der Mörder von der Waffen-SS, etwa in Gestalt eines Videobandes des belgischen Faschisten und späteren Generale der Waffen-SS, Leon Degrelle. Diese Aktivitäten entsprechen der redaktionelle Leit-linie seines Blattes, derzufolge - so Carto - die zur Veröffentlichung kommenden Titel „wahr und interessant" sein müssten.

Die Bundeswehr handelt spät

Das VdS-Blatt *Soldat im Volk* hätte für eine Bundeswehrführung, der es um eine konsequente Abgrenzung zu extrem rechten und geschichtsrevisionistischen bzw. das ‚deutsche Soldatentum' verherrlichenden Positionen und Akteuren geht, bereits viel früher Anlass sein müssen, einen klaren Trennungsstrich zum VdS zu ziehen. Denn in dem VdS-Blatt waren laufend Beiträge erschienen, die von ähnlichen Artikeln in Publikationen der extremen Rechten kaum oder gar nicht zu unterscheiden waren. Auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion im Bundestag hatte das Bundeninnenministerium im Oktober 2000 immerhin davon gesprochen, dass verschiedene Ausgaben von *Soldat im Volk* „tatsächliche Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Hintergrund" gehabt hätten. Von Seiten der Bundeswehr passierte jedoch nichts Entscheidendes.

In seiner Eigenschaft als Präsident von VdS, RDS und Deutschem Luftwaffenring wurde Generalmajor a.D. (BW) Jürgen Schreiber mehrfach wiedergewählt. Im Verbandsorgan Soldat im Volk verfasste er häufig den Leitartikel. Neben der Verteidigung der „Ehre des deutschen Soldaten" forderte er statt eines Denkmals für die ermordeten Juden eine „schlichte Gedenkstätte mit der Inschrift: Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft". Solche Versuche der Einebnung der Unterschiede zwischen Tätern und Opfern wurden begleitet von anderen revisionistischen Beiträgen, etwa von Heinz Splittgerber, der sich in *Soldat im Volk* im Jahr 2000 für die Holocaustleugner stark machte. Mehrfach erschien eine Werbeanzeige für die bedeutendste deutschsprachige Zeitschrift der Auschwitzleugner, die *Vierteljahrshefte für freie Geschichtsforschung*. Schreiber selbst, der regen Anteil an der Hetze gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht nahm, veröffentlichte u.a. in dem extrem rechten Türmer-Verlag.

Die Funktionäre des VdS und die LeserInnen des Verbandsorgans scheint all dies jedenfalls nicht gestört zu haben; Stellungnahmen oder Leserbriefe, die sich kritisch mit den geschichtsrevisionistischen Verfälschungen vieler Autoren in Soldat im Volk befassten, waren über viele Jahre jedenfalls die absolute Ausnahme. Besonders auffällig ist zudem die erhebliche Anzahl bekannter Faschisten, die sich auf den Leserbriefseiten von *Soldat im Volk* breit-machen, genannt seien an dieser Stelle lediglich der NPD'ler Klaus Hoffmann (Bad Bevensen), Erich Glagau (Baunatal), Heinz Splittgerber (Medingen) sowie Otto May (Remscheid), der regelmäßig in der Nazi-Postille *Recht und Wahrheit* schreibt.

Immer wieder wurden in der Rubrik ‚Unser Buchangebot' auch Veröffentlichungen aus extrem rechten Verlagen

Der deutsche Fallschirmjäger

Aus dem Inhalt:

Der große Appell
+
Großkundgebung in Kassel
+
Ramckes Rede
+
Kameradschaft Kairo
+
Presse-Echo
+
Fall und Schirm
+
„Eben-Emael" der Tommies
+
Nachts auf den Straßen
+
5. Division
+
Offenes Wort

KURT STUDENT:
Es ist nicht Fallschirmjägerart, einen Kameraden, wer es auch immer sei, im Stich zu lassen!

6
Juni
1953

MITTEILUNGSBLATT DES BUNDES EHEMALIGER DEUTSCHER FALLSCHIRMJÄGER - FALLSCHIRMJÄGER-HILFSWERK - E.V.
VERLAGSORT MÜNSTER (WESTF.) EINZELPREIS 60 Pf.

vorgestellt und empfohlen, so etwa das *Deutsche Soldatenjahrbuch 1998*, das ein Geleitwort des in der extrem rechten Szene noch immer aktiven Oberst a.D. Hajo Herrmann enthält; so das Buch Wagnis Wahrheit, herausgegeben von Bundeswehrgeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler anlässlich des 60. Geburtstages des Auschwitz-Leugners David Irving; so ein Band von Klaus Sojka, dem früheren DVU-Funktionär, über die Wehrmacht; so ein Heldenepos auf den SS-Verbrecher Jochen Peiper, usw. usf.

Das alles war über lange Jahre kein Grund für die Bundeswehr, den Trennungsstrich zu ziehen.

Der VdS in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein arbeitet der VdS eng mit dem Deutschen Soldatenbund Kyffhäuser (DSBK) zusammen; der langjährige Vorsitzende dieser Doppelstruktur, Hauptmann a.D. Wolfgang Ehlers, wurde inzwischen von Horst Nörenberg abgelöst, der zugleich Vorsitzender der Kyffhäuser-Kameradschaften Eutin und Ratekau ist.

In Schleswig-Holstein verfügt der DSBK/VdS-Landesverband über flächendeckende Strukturen, die in einigen Regionen weiter ausgebaut werden. So wurden im Frühjahr 2003 Neugründungen aktiver Jugendgruppen in Beschendorf, Harmsdorf und Heiligenhafen vermeldet. Der größte Kreisverband existiert in Dithmarschen mit mehr als 1.200 Mitgliedern. Dort wird auch eine besonders intensive Jugendarbeit betrieben, zu der die regelmäßige Teilnahme an Schießwettbewerben gehört. Auch wenn nicht alle Jugendlichen nach Angaben Nörenbergs auf die soldatische Traditionspflege und die Zurschaustellung militärischer Formen immer gut zu sprechen sind, kann in den Verbandsnachrichten stolz berichtet werden, dass der Landesverband Schleswig-Holstein jüngst den Bundesschützenkönig sowie den Bundesjugendkönig stellte.

Bei den größeren Veranstaltungen des DSBK/VdS-Landesverbandes sind immer wieder Vertreter der kommunalen Politik und der Verbände anwesend. Die Kontakte zur Bundeswehr sind regelmäßig; die Kreisversammmlung des KV Dithmarschen fand bereits mehrfach im Offiziersheim in der Wulf-Isenbrand-Kaserne in Heide statt.

Anlässlich des Kommandeurswechsels des in Heide stationierten III. Bataillons des Luftwaffenausbildungs-Regiments 1 im Frühsommer 1998 äußerte der Regimentskommandeur Oberst Hans-Joachim Albers, dass die bekanntgewordenen extrem rechten „Verfehlungen nicht den Geist der Truppe und nicht den Alltag in den Streitkräften widerspiegelten". Nur kurz darauf wurde bekannt, dass Oberstleutnant Andreas Proksa, der neue Bataillonskommandeur, selbst in den 1980er-Jahren in der extrem rechten Zeitung student veröffentlicht hatte und in seiner späteren Eigenschaft als Pressesprecher des Oberbergischen

Der deutsche Fallschirmjäger

Die „Andern" sind da!

Aus dem Inhalt:

Die Luftlandungen auf Sizilien
+
Ein Vermißter kehrt heim
+
Fall und Schirm
+
Dem Paradies entronnen
+
Eine Fahrt mit Hindernissen
+
Afrikanische Kameradschaft
+
Zivilist in Uniform
+
Buchbesprechung
+
Unser Meindl
+

Britische Hochländer klettern von ihrem Transporter herunter und waten durch das seichte Meer zur Küste Siziliens.

7 Juli 1953

MITTEILUNGSBLATT DES BUNDES EHEMALIGER DEUTSCHER FALLSCHIRMJÄGER - FALLSCHIRMJÄGER-HILFSWERK - E.V.
VERLAGSORT MÜNSTER (WESTF.) EINZELPREIS 60 Pfg.

Kreises die NS-Verbrechen teilweise verharmlost hatte. Proksa wurde daraufhin ins Luftwaffenamt Köln abkommandiert und kehrte nicht nach Heide zurück.

Ein Beschluss - was nun?

Die aktuelle Entscheidung der Bundeswehrspitze dürfte für den VdS, aber auch etliche Bundeswehrsoldaten ernsthafte Probleme mit sich bringen, denn die Kontakte waren eng und vielseitig, erstreckten sich von der Bereitstellung von Räumlichkeiten über die logistische Unterstützung bis hin zu gemeinsamen Veranstaltungen und der Besetzung von Leitungspositionen im VdS durch Bundeswehrsoldaten. Nun erstreckt sich das Verbot der Unterstützung von VdS-Veranstaltungen auf Truppenbesuche wie auf die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder Liegenschaften der Bundeswehr. Bereits zugesagte Besuche seien abzusagen; offizielle VdS-Vertreter sind zu Veranstaltungen der Bundeswehr nicht mehr einzuladen und die Teil-nahme von aktiven oder ausgeschiedenen Soldaten in Uniform an VdS-Treffen ist untersagt. Dies dürfte dann auch die erst im Sommer 2003 getroffene Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundeswehrverband und dem VdS, dem RDS und der Stiftung Deutscher Offizier Bund über das Wiederaufleben eines gemeinsamen Ausschusses betreffen, in dem u.a. über Fragen der Traditionspflege der Streitkräfte beraten werden sollte.

Ob es dauerhaft bei einer Abgrenzung der Bundeswehr vom VdS bleibt, ist indes abzuwarten. Angesichts der personellen, persönlichen und formalisierten Beziehungen zwischen Bundeswehr und VdS dürfte eine konsequente Umsetzung der nun verkündeten Linie, zu der auch die Disziplinierung der nicht Folgsamen gehören würde, noch für Unmut in Teilen der Streitkräfte sorgen. Eine Möglichkeit besteht daher darin, dass es an der Spitze des VdS einen personellen Austausch gibt, der aus Sicht des Ministeriums sicherstellt, dass ‚Ausrutscher' wie die Beiträge von Richard Tedor, d.h. Beiträge von nazistischen Autoren, nicht mehr ins Heft kommen. Einzelne Landesverbände des VdS, die - wie etwa in Schleswig-Holstein - bereits eng mit dem Kyffhäuser-Verband kooperieren, schlüpfen zudem vielleicht vollständig unter diesen weithin unverdächtigen Namen. Unlösbar bleibt aber (zunächst?), dass die Bundeswehr sich nicht tatsächlich von jenen an den verbrecherischen NS-Kriegen beteiligten Soldaten abgrenzen kann, die später die Bundeswehr mit aufgebaut, sie lange Zeit geprägt haben und die noch immer positive Bezugspunkte in ihrer Traditionspflege bilden.

Jan van de Belt

Diskussion

Strafexpeditiönchen

"Flagge zeigen – Für Israel – gegen Old Europe" war das Motto einer bizarren Demonstration am 24. April 2004 von der Feldstraße zur Sternschanze. Am Lautsprecherwagen ein Transparent "Keinen Fußbreit den Islamisten", dahinter 180 Leute mit einem guten dutzend Fahnen Israels und der USA, eine Fahne der `10. Airborne Division` einer Einheit der US-Luftwaffe und eine einzelne rote Fahne. Die entsprechende Ideologie, bei der Solidarität mit Israel mit Solidarität mit den USA gleichgesetzt wird, propagiert seit Jahren die kleine berliner Zeitschrift Bahamas. Diese hatte nun für den 24. April zu einer Protestaktion gegen die Hamburger Linke aufgerufen. Justus Wertmüller, bekanntester Exponent der Bahamas, dazu gegenüber dem Autor: "Es ist eine Premiere, die erste kommunistische, proisraelische Demonstration gegen die Linke, die nicht mit Israel solidarisch ist. Da mussten erst wir aus Berlin in dieses Großstadtkaff Hamburg kommen, damit es eine Aktion für Israel gibt" Den Aufruf "Flagge zeigen – Für Israel – gegen Old Europe" haben 26 Gruppen aus der ganzen Republik unterzeichnet, davon eine aus Hamburg.

Während die kleine Demonstration sich formierte, wurde sie umringt von zwei Hundertschaften der Polizei in voller Kampfmontur. Ein Kontaktpolizist am Beginn zu DemonstrantInnen am Leittransparent: "In Ihrem Interesse, bitte unterlassen sie Provokationen".

Damit waren nicht etwa Rangeleien mit der Polizei gemeint. Deren Kette stand mit dem Rücken zur Demonstration. Ihnen gegenüber riefen etwa 150 GegendemonstrantInnen Parolen: "Tod dem Staat Israel", "USA – Israel – Internationale Völkermordzentrale", "Israel – Terrorist" und "Bambule! Bambule!" Dazu ein Transparent: "Die Apartheidsmauer Israels schafft ein Gefängnis – Solidarität mit Palästina". Mehrmals wurden aus den Reihen der GegendemonstrantInnen Farbeier in die Demo geworfen. Gefüllt mit brauner Farbe, verdünnt mit einem ätzendem Lösemittel, die durch die Kleidung bis auf die Haut abfärbte. Geworfen wurde in Kopfhöhe, getroffen unter anderem ein Mitglied der Hamburger Gruppe Demontage, der das Geschehen vom Eingang der U-Bahn Feldstraße aus betrachtete. Am Neuen Kamp wurde ein Stein in die Demo geworfen, zum Glück aber niemand verletzt. Die Polizei drängte dann die GegendemonstrantInnen ab.

Ein Szenario wie bei einer Nazi-Demo, nur dass hier Linke, die für Israel demonstrierten, von anderen Linken angegriffen wurden. Etliche GegendemonstrantInnen gingen dabei an der Feldstraße mit einer Gewalttätigkeit vor, die ebenso erschreckend war wie der Hass auf Israel. Nicht alle riefen die Hassparole "Tod dem Staat Israel" mit, es gab aber auch keine Absetzbewegung anderer GegendemonstrantInnen. Unter anderem protestierten dort AnhängerInnen der Kurdistan-Solidarität, der Palästina-Solidarität, der RIM, von Linksruck und aus dem linken Zentrum B 5 – antiimperialistische Linke. Die Polizei vertrieb die GegendemonstrantInnen, war aber sichtlich genervt davon, in einem innerlinken Streit schlichten zu müssen. Und überfordert: Bahamas-Fans wie auch Palästina-Fans sind ähnlich gekleidet, schwarze Kapuzenpullis und ähnliches Outfit auch bei den zahlreichen radikalen Hamburger Linken, die das Geschehen vom Rand her verfolgten und sich über die Situation unterhielten. Einzelne wurden von der Polizei herausgegriffen, die gar nicht zu den rabiaten GegendemonstrantInnen gehören.

Hans-Gerd Tegeler von der Redaktion Bahamas gegenüber dem Autor: "Durch das Schulterblatt war dass ein reines Spießrutenlaufen. Es wurde zwar nichts mehr geschmissen, wie an der Feldstraße, wo eine Flasche an mir vorbeiflog, aber überall an der Seite standen Sie und haben Parolen gebrüllt wie `Sharon ist ein Mörder und Faschist', 'Israel – Nazistaat' oder 'Mörder, Mörder Israel'."

Bereits im Februar schrieb die Bahamas: "Anstatt die Konsequenzen zu ziehen, seid Ihr auch noch stolz darauf, dass Ihr seit über zwei Jahren hartnäckig darüber diskutiert, ob Euer VOLXsender, das Freie Sendekombinat (fsk), nun regelmäßig antisemitische Hetzsendungen ausstrahlen sollte oder nicht. Wir bezeichnen so etwas in tiefster Abneigung als das, was es ist: diskursfähig und pluralistisch. Mit Antisemiten ins Gespräch kommen und sich pudelwohl dabei zu fühlen, wenn man über Differenzen und verschiedene Sprechorte schwadronieren kann, lässt Euch offenbar nicht mal mehr auf den einfachsten Gedanken kommen, der schon lange lauten müsste: fsk abschalten!"

Real wurde der Streit bei FSK erbittert geführt. So wurde ein Redakteur beim Versuch, das Sendeverbot gegen eine zu Recht als antisemitisch kritisierte Sendung von einer Gruppe aus der B5 durchzusetzen, im Sommer 2002 von Unterstützern der vom Sendeverbot Betroffenen beinahe krankenhausreif geschlagen: Gebrochene Rippen und eine zerschlagene Brille bekam der Redakteur vermutlich nicht fürs Schwadronieren.

Die Bahamas liegt auch beim Bann der dritten linken Einrichtung, die am Schulterblatt liegt, der Roten Flora, mit ihrem einfachen Schema voll daneben: "Auch ohne die kiezmäßig vollintegrierten Antiimp- bzw. Antirahochburgen Brigittenstraße 5, Rote Flora und anderen Vorfeldorganisationen des Jihads gegen Juden und Zionistenfreunde stinkt Eure linke Hamburger Schule zum Himmel. Bei Euch ist das Kiez-Blut dicker, bei Euch zählt der Zusammenhalt, jener zähe Klebstoff, der immer schon Die Grünen mit dem KB, die DKP mit der Konkret, die Postmodernen mit den Wagenburgbewohnern und die Antiimps mit den Kirchengemeinden in Altona und anderswo unauflösbar verbindet. Wenn es hart kommt, steht ganz Hamburg zusammen."

Die Vorwürfe gegen "die" Hamburger Linke, sie sei israelfeindlich, waren auf den Kundgebungen der Demonstration ebenso pauschal und von einem arg verengten Blickfeld gekennzeichnet, wie frühere Texte der Bahamas. Zu meinen, die Pro-Palästina-Positionen der DKP und die Israelsolidarität von Konkret gleichsetzen zu können, ist hanebüchen. Abenteuerlich, die Verteidigung Israels in Konkret gegen den Antisemitismus in der deutschen Linken zu leugnen. Aber dies hat bei der Bahamas Methode. Entsprechend setzte Justus Wertmüller mir gegenüber, als ich ihn nach seiner Einschätzung der Demo fragte, sogleich zu einem kleinen Rundumschlag gegen diejeni-

Für Außenstehende war die Auseinandersetzung nicht verständlich: Durch Barrikaden wurde versucht, den Aufzug der Bahamas-Sekte zu behindern, das Angriffsziel des Aufzuges war die »antisemitische linke Szene Hamburgs«.

gen Linken an, die sich für eine Solidarität mit Israel und gegen Antisemitismus auch in der Linken einsetzen, aber anders als die Bahamas die Kriegspolitik der USA in Afghanistan und im Irak ablehnen. Justus Wertmüller: "Hier in Hamburg ist man ja antideutsch soft, will mit Allen über alles reden. Hermann Gremliza hat sich das hier ja nur angeschaut und war zu feige, um mit zu demonstrieren. Außerdem hätten ihn sicher die US-Fahnen gestört, die Konkret vertritt ja auch antiamerikanische Positionen, auch antizionistische. So wundert es mich nicht, dass die Konkret-Leser nicht zu dieser Demonstration erschienen sind. In Konkret darf ja sogar dieser widerliche Antizionist Bernhard Schmid schreiben. Ganz ähnlich ist es mit anderen linken Zeitungen hier in Hamburg, wie mit Analyse und Kritik. Und der Thomas Ebermann ist eh damit beschäftigt, die USA zu kritisieren, Günther Jacob treibt sich auf einem Popkulturkongress herum. Mit Grauen denke ich auch an meine eigene ehemalige Organisation, die Gruppe K. Wo sind denn die Heiner Möllers und so weiter, diese antiimperialistischen Schweine!"

Die Gruppe K war in der ersten Hälfte der 90er-Jahre an zahlreichen antideutschen und antirassistischen Mobilisierungen beteiligt, organisierte etwa die große Demonstration "Nie wieder Deutschland!". 1995 löste sie sich auf, zerbrochen an internen Widersprüchen. Die Zeitschrift übernahm die Berliner Gruppe K – die Bahamas waren bald nicht mehr wiederzuerkennen, aus der bis dahin antideutschen, kommunistischen Orientierung wurde der positive Bezug auf die USA.

Auslöser für die diesjährigen Pamphlete gegen die Hamburger Linke war der so genannte Fahnenstreit auf der großen Demo gegen den Naziaufmarsch vor der Wehrmachtsausstellung am 31.1. Dort kam es zu einer Schlägerei zwischen einigen Leuten mit US- und Israelfahnen, einer Antifagruppe mit einem Transparent "Auschwitz denken heißt Deutschland denken" und anderen AntifaschistInnen, welche diese Fahnen und das Transparent nicht vorne bei der Demospitze mitlaufen lassen wollten. Es gab vorher die Absprache des Demobündnisses, keine Nationalfahnen zu tragen, und dies galt insbesondere gegenüber der israelischen und der US-Fahne. Der Fahnenstreit hat einen großen Streit in der linken Szene ausgelöst. Nachzulesen etwa in der Nr. 119 der Zeck, des Infos aus der Roten Flora, wo in vier Texten kontroverse Positionen bezogen werden. Diese Debatte wird von Bahamas und Co wie so Vieles ignoriert. Stattdessen wird so getan, als ob die einzigen wahren FreundInnen Israels sich rund um die Bahamas gruppieren würden. Dabei wird auch gerne einiges neu zurechtgelegt, damit es passt. So in "Wer schweigt, stimmt zu", dem ersten Text, in denen die Bahamas "die" Hamburger Linke schonungslos entlarven, so auch die Buchhandlung im Schanzenviertel: "In dieser antiimperialistischen Bücherburg war noch vor wenigen Wochen ein Weihnachtsbaum im Schaufenster zu bewundern, an dem Papierzettel mit den Namen aller möglichen kämpfenden und zu befreienden Völker angebracht waren (Kurden, Tschetschenen etc. etc.) Dort, wo sonst der Christstern das Bäumchen krönt, auf dem Tannenwipfel also, prangte unübersehbar: Palästina. Und keiner hat sich daran gestört. Solche als Pluralität getarnte Wurstigkeit gegenüber dem antisemitischen Unheil in der unmittelbaren Nachbarschaft nehmen wir Euch übel. Wenn Ihr glaubt, nur weil Ihr ja niemanden geschlagen, keine Fahne zerrissen und nie auf die tollen Palästina-Aufklärungsveranstaltungen Eurer antizionistischen Mitlinken gegangen seid, wärt Ihr schon aus dem Schneider, dann irrt Ihr Euch." Peter Hass vom Buchladen erklärte dazu im Gespräch: "Einen Tannenbaum hatten wir zuletzt vor zwei Jahren im Schaufenster, Ende 2001. Oben stand

‚Ein friedliches Fest', am Baum selbst hingen Ländernamen, wo zur gleichen Zeit Kriege stattfanden. Alles andere ist reine Lüge. Und mit Organisationen wie der Hamas haben wir absolut nichts gemein." Thomas Schultze, der auch im Buchladen arbeitet, ergänzt: "Die Bahamas sind einfach nicht mehr ernstzunehmen, das stimmt doch so alles nicht."

Auf einem Transparent der von der Bahamas initiierten Demonstration wurde "Waffen für Israel gefordert" – ein kläglicher Abklatsch der früheren internationalistischen Kampagne "Waffen für El Salvador", bei der Millionen DM für die linke Guerrilla FMLN gesammelt wurden. Hermann Gremliza, der Herausgeber von Konkret, kommentierte dies vom Rand der Demontration aus im Gespräch mit dem Autor: "Zum Glück ist Israel nicht auf diese Leute angewiesen. Aber die Gegenseite ist ja noch schlimmer: Tod dem Staat Israel rufen sie, Tod den Juden meinen sie."

Wie Beurteilen die Bahamas ihr Strafexpeditiönchen durchs Schanzenviertel ? Clemens Nachtmann von der Redaktion Bahamas dazu gegenüber dem Autor: "Ja, das ist ein Erfolg – es hätten viel weniger Leute kommen können." Noch deutlicher Justus Wertmüller am Rande der Abschlusskundgebung gegenüber dem Autor: "Die Demonstration war ein voller Erfolg. Die gewalttätigen Ausschreitungen der Islamisten haben gezeigt, wie notwendig dies war. Wobei wir mit einer derartigen Gewalttätigkeit nicht gerechnet haben, obwohl wir antiimperialistische Texte aus Hamburg kennen. Wir wussten gar nicht, das dies die klassische linke Demoroute ist, aber es war genau richtig, mitten durch den Kuchen zu gehen. Hier in Hamburg war es ja nicht möglich, nach dem Angriff auf die israelischen Fahnen am 31. Januar eine Gegenaktion zu organisieren. Erst in den letzten Tagen hat die Antideutsche Gruppe Hamburg einen eigenen Aufruf für diese Demo herausgebracht."

Auf absurde Weise bestätigen sich die Bahamas und die gegen sie militanten AntiimperialistInnen gegenseitig in ihren kruden Ideologien. Andere Hamburger Linke sind jetzt gefordert, die Gewalt und Israelfeindschaft, die von Hamburger antiimperialistischen Linken am 24. April an den Tag gelegt wurde, zu verurteilen. Das ist die Voraussetzung für jede weitere Debatte – auch, um die ignorante Hauptstadtlinke rund um die Bahamas zu kritisieren.

Gaston Kirsche war bis 1990 Mitglied im KB, bis zur Auflösung 1995 in derGruppe K, danach in der gruppe demontage (www.demontage.org).

Strategien der Europäischen Identitäten der »Neuen Rechten«

Europa von rechts

Europa ist auf der Suche nach einer gemeinsamen Identität. So scheint es zumindest, wenn man die Bestrebungen von politischer, wissenschaftlicher und intellektueller Seite der letzten Jahre Revue passieren lässt. Ähnlich wie bei der historischen Konstruktion von Nationalgeschichten soll mit Blick auf Europa parallel zur fortschreitenden Erweiterung und Integration nun auch eine originär europäische Geschichte formuliert und daraus eine auf Gegenwart und Zukunft gerichtete Identität für den Kontinent geschaffen werden.

Deutlich öffentlich wahrnehmbar waren diese Bestrebungen in jüngster Vergangenheit vor allem im Zusammenhang mit den Positionierungen des Old Europe im Vorfeld und während des Irak-Krieges. Vor allem der linksliberale Sozialphilosoph Jürgen Habermas versuchte sich hierbei als Ideengeber eines intellektuellen Antiamerikanismus, wobei die politische Konfrontation insbesondere Deutschlands und Frankreichs mit den USA, Großbritannien und Spanien sich in dieser Frage zur philosophischen Sinnstiftung erweitert hat und sich der zunächst abwertend gebrauchte Begriff des Old Europe zur positiven europäischen Ideologie unter intellektueller Führung Deutschlands wandelte. Seither findet im deutschen Sprachraum wieder verstärkt eine Suche nach konkreten Modellen für eine europäische Ordnung statt (wie etwa die wiederbelebte Kerneuropa-Debatte zeigt), was nicht zuletzt auch im Kontext der Osterweitung der Europäischen Union und der sich dadurch verlagernden Machtkonstellationen zu sehen ist.

Bemerkenswert an den Diskussionen über die politische und ideologische Ordnung Europas ist, dass Europa oft als eigentliches/ursprüngliches Synonym für Fortschritt und Emanzipation verstanden wird – und das obgleich auch von extrem rechter Seite sowohl historisch wie gegenwärtig rege über die Vorzüge Europas als Ordnungs- und Strukturierungsraum diskutiert wurde und wird. Unter seinem Pseudonym F.X. Seltsam freute sich beispielsweise der FPÖ-Vordenker Andreas Mölzer bereits Mitte der 1990er-Jahre in der *Aula*, dass "ein solches Kerneuropa [...] das Europa Karls des Großen wäre": "Ohne nunmehr in alldeutsche Phantastereien auszubrechen, darf doch daran erinnert werden, dass diese Hartwährungszone als ein Bereich besonderer ökonomischer Leistungskraft und finanzpolitischer Disziplin auf ganz kurioser Weise mit dem alten deutschen Volksboden identisch ist."

Versuche der europäischen Neuordnung in der Nachkriegszeit

Noch auf den Trümmern des nationalsozialistischen Versuchs einer Neuordnung des Kontinents hatten weite Teile der extremen Rechten mit organisatorischen wie ideologischen Einigungsversuchen begonnen. Dabei knüpften sie an den europäischen Befreiungsnationalismus an, wie er vor allem von faschistischen Intellektuellen in Italien und Frankreich konzipiert worden war. Dieser Befreiungsnationalismus war trotz aller Kollaboration seiner Träger nicht gleichzusetzen mit den nationalsozialistischen Plänen zur "Neuordnung Europas". Erst Anfang der 1940er-Jahre kam es hier zu einer Annäherung; insbesondere von der Propagandaabteilung der Wehrmacht wurde seitdem die Einheit Europas gegen die "raumfremden Mächte" USA und UdSSR in Anschlag gebracht. Als Vorwegnahme dieser Einheit wurde die seit damals auch für "nicht-arische Völker" offene Waffen-SS präsentiert.

Seit 1945 versuchten extrem rechte Intellektuelle, Europa im Rückgriff auf (prä)faschistische Ideologien, krude "Rassenlehre" und NS-Propaganda zu rekonstruieren. Die neofaschistische Ideologie einer "Nation Europa", die sich zur dritten Weltmacht aufschwingt, geht auf den britischen Faschistenführer Sir Oswald Mosley zurück, der sich damit bereits Ende der 1940er-Jahre an die Reorganisation einer braunen Internationalen machte. Die strategische Bezugnahme auf Europa im extrem rechten Projekt knüpft daneben an die Nazi-Propaganda von der Waffen-SS als "Vorkämpfer für das vereinte Europa" und der deutschen Aggression als "Kampf für die Freiheit Europas" an.

1951 gründete der vormalige SS-Sturmbannführer Arthur Erhardt die bis heute erscheinende Zeitschrift mit dem programmatischen Titel *Nation Europa* (später: "Nation & Europa"). In seinem "Politischen Testament" erklärte Erhardt, eine "europäische Großnation" um die natürliche Führungsmacht Deutschland – notwendig aufgrund einer "blutsmäßig bedingten weitgehenden Wesensgleichheit unserer Völker" – sei 1945 im Kampf der "europäischen Kameraden, der französischen Legion im Kampf um Berlin und der nordischen, flämischen, osteuropäischen SS-Kameraden an allen Fronten [...] mit Blut getauft" worden.

Im Gegensatz zur nationalstaatlich-etatistisch orientierten alten Rechten, die in ihrem wütenden Antikommunismus während des Kalten Krieges immer wieder ideologische Bündnisse mit der westlich orientierten politischen Mitte einging, nahm die europä-

ische Fraktion des extemen Rechten eine militante Position gegen beide Supermächte ein. Für sie galt das Nachkriegseuropa in politisch-militärischer und ideologischer Hinsicht als kolonialisiert. Mit der osteuropäischen Transformation und der Aufhebung der Blockkonfrontation rückte dieser Gegensatz jedoch in den Hintergrund. Nun müsse diese "europäische Großnation" zu neuem Bewusstsein erwachen und sich nach dem realen Sozialismus auch von der US-Hegemonie befreien: "Die Zeit ist reif für eine grundlegende Umorientierung der europäischen Völker – weg vom raumfremden, überstaatlichen Weltpolizisten, hin zu einer neuen kontinentalen Großraumordnung, die europäischen Interessen endlich Vorrang einräumt und Europa wieder in den Rang einer souverän handelnden Größe erhebt." (Karl Richter in: "Nation & Europa" 1/1992) Die geistige Urheberschaft derartiger Forderungen ist evident: Carl Schmitt formulierte bereits 1939 eine "Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte" als Monroe-Doktrin des Nationalsozialismus.

Rechtsextremismus in Europa – Europäischer Rechtsextremismus

Die nationalen Teilinteressen, welche die extreme Rechte unter anderem gegen die EU und den Euro agitieren lassen, verhinderten bisher jedoch die Ausbildung einer institutionalisierten Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg oder gar die Entstehung einer EU-weit operierenden extrem rechten Partei. Diese dauerhafte Kooperation scheiterte neben persönlichen Eitelkeiten des jeweiligen Führungspersonals auch an unterschiedlichen Strategien hinsichtlich der anvisierten politischen Machterlangung. Eine gewisse Ausnahme in Bezug auf die einigermaßen dauerhafte Schaffung übernationaler Strukturen bildet lediglich der (militante) Neonazismus, der originär am Konzept der "weißen Rasse" festhält und gegen den "gemeinsamen Feind aller Völker", das "internationale Großkapital", kämpft. Wir beschränken uns im Folgenden jedoch auf die legalistischen, parteiförmigen extreme Rechten, wobei die Grenzen zum militanten Neonazismus in personeller wie inhaltlicher Sicht oft fließend sind.

1984 zog der Front National (FN) mit zehn, der Movimento Sociale Italiano (MSI) mit fünf Abgeordneten sowie ein griechischer extrem Rechter in das Europäische Parlament (EP) ein. Kurz darauf durch den Abgeordneten der nordirischen Ulster Unionist Party verstärkt, bildeten diese die "Fraktion der europäischen Rechten" unter dem Vorsitz von Jean-Marie Le Pen (FN). Nach der Wahl 1989, aus welcher der FN mit zehn, der MSI mit vier, die deutschen Republikaner (REP) mit sechs und der belgische Vlaams Blok (VB) mit einem MdEP hervorgingen, schlossen sich – mit Ausnahme der italienischen Neofaschist(inn)en – die Mandatsträger der genannten Parteien zur "Technischen Fraktion der europäischen Rechten" zusammen. Neben dem offen vorgetragenen Führungsanspruch Le Pens lag der Grund für den Nicht-Beitritt des MSI im "Südtirolproblem", über dessen Lösung sich deutsche und italienische Nationalist(inn)en nicht verständigen konnten. Aber auch ohne MSI sah sich die Fraktion nicht als inhaltlicher Zusammenschluss, was schon durch das Adjektiv "technisch" angedeutet wurde. Bei aller Betonung der "deutsch-französischen Achse" prallten hier die nationalen Teilinteressen aufeinander. Verschärft wurden die Spannungen durch den unterschiedlichen Charakter der Nationalismen: Während VB und REP der völkischen Linie anhingen und den Regionalismus hochhielten, argumentierte der FN streng etatistisch und zentralistisch.

Die Europawahlen 1994 brachten dann deutliche Gewinne für die extrem rechten Parteien – mit Ausnahme der REP: die zuvor durch Streitigkeiten ramponierte Partei zog nicht wieder ins EP ein. Der in Alleanza Nazionale (AN) umbenannte MSI konnte seinen Stimmenanteil mehr als verdoppeln und war nun mit elf Abgeordneten vertreten. FN und VB gewannen je ein Mandat dazu; mit einem Abgeordneten neu vertreten war die belgische Version des FN. Im Unterschied zu 1989 kam diesmal eine gemeinsame Fraktion jedoch nicht zustande. Neben den persönlichen Animositäten ist dafür die strategische Umorientierung der AN verantwortlich: die für Italien angestrebte Regierungsfähigkeit vertrug sich nicht mit einem Bündnis mit dem polternden Le Pen. Auch die FPÖ, die 1996 mit sechs Abgeordneten in das EP einzog, verschloss sich der Fraktionsbildung mit FN und VB. Aus den Europawahlen im Juni 1999 gingen die bereits etablierten rechtsextremen Parteien geschwächt hervor: Nur der VB konnte Stimmenzuwächse verzeichnen und seine beiden Mandate halten, während die AN zwei, die FPÖ ein und der zuvor in Richtungskämpfen aufgespaltene FN um Le Pen gar sechs Sitze verlor (die FN-Abspaltung Mouvement National Républicain um Bruno Mégret verfehlte den Einzug ins EP). Die italienische Lega Nord erhielt vier Mandate.

Nach seinem taktisch motivierten Rückzug von der FPÖ-Spitze im Mai 2000 rückte Haider ins Zentrum der europäischen Einigungsversuche. Sein langjähriger Berater in ideologischen Fragen, Andreas Mölzer, lud im November 2001 die Führungskader mehrerer europäischer Rechtsparteien zu einer Tagung ein. Zum Austausch mit zum Teil hochrangigen FPÖ-Politiker(inne)n kamen Heinrich Lummer (Deutsche Konservative), Bruno

Mégret, Filip Dewinter (VB-Fraktionsvorsitzender in Antwerpen), Heli Susi (Vaterlandspartei, Estland), Alfred Mechtersheimer (Deutschland-Bewegung) und István Csurka (Führer der ungarischen Partei der Gerechtigkeit und des Lebens MIÉP).

Die amtierende FPÖ-Führung ging jedoch öffentlich auf Distanz zu diesem Treffen. Dahinter stand neben Berührungsängsten gegenüber offenen Antisemiten wie Csurka die Uneinigkeit bezüglich einer Vernetzung und gemeinsamen Kandidatur der Euro-Rechten. Während die Pragmatiker Haiders Absicht, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in diesem Jahr mit einer europaweiten Liste oder (angesichts der europäischen Rechtslage, die eine derartige Liste noch nicht ermöglicht) zumindest in enger Kooperation anzutreten, als bloße Aufforderung zur Unterordnung verstanden wissen wollten, suchten die völkischen Fundamentalisten um den Kärntner Landeshauptmann das personelle wie inhaltliche Bündnis.

Im Juli 2002 versammelten sich in der Nähe von Klagenfurt wieder auf Einladung von Mölzer rund 50 extrem Rechte und Konservative aus Westeuropa, um sich über gemeinsame Perspektiven auszutauschen. Am Rande dieser Tagung unterhielt sich Haider mit Dewinter und Mario Borghezio (Lega Nord) über eine gemeinsame Kandidatur bei den Europawahlen. Wieder versuchte die FPÖ-Parteispitze das Treffen als "private Angelegenheit" hinzustellen. Es war vor allem die Teilnahme des VB und Haiders Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit diesem, was innerparteilich die Wogen hoch kochen ließ. Tatsächlich desavouierte Haider mit seiner öffentlichen Kontaktnahme die Parteispitze und die FPÖ-MdEP. Deren Fraktionsführerin hatte den VB noch wenige Wochen zuvor als rechtsextrem bezeichnet und jede Kooperation ausgeschlossen.

Es waren nicht zuletzt diese Differenzen, die im September 2002 zur Revolte der Haidertreuen Parteibasis gegen die amtierende Parteiführung führte. Nach der neuerlichen Machtübernahme des von Burschenschaftern dominierten harten Kerns der FPÖ verließen auch zwei MdEP die Partei. Nun, da sich "die mit den liberalkapitalistischen Wölfen heulende Spreu vom authentisch nationalen Weizen" ("Deutsche Stimme" 9/2002) getrennt hat, können die FPÖ und Haider wieder die Rolle eines Motors der europäischen Einigungsversuche übernehmen. Für den Erfolg wird hierbei ebenso zentral sein, ob die rechtspopulistischen Parteien (Dänische Volkspartei, portugiesische Partido Popular, Lega Nord u.a.) ihre Abgrenzung gegenüber den rechtsextremen (FN, VB, FPÖ u.a.) aufgeben, wie auch die weitere Entwicklung der ideologischen Konkurrenz zwischen etatistisch-nationalstaatlichen und völkisch-regionalistischen Konzepten von Bedeutung ist – wobei hier die "Trennungslinien" partiell anders verlaufen.

Perspektiven europäischer Entwicklung

Ungeachtet dessen, ob extrem rechte Parteien bei der Wahl zum Europäischen Parlament erfolgreich sein werden und in welcher Weise sie im Falle eines Erfolges Bündnisse bilden würden, sind Elemente extrem rechter Ideologie auch ohne sie im europäischen Diskurs präsent. Neben dem eingangs erwähnten Antiamerikanismus, dem ideologischen Begleitgesang zum Konkurrenzkampf mit den USA, wäre hier vor allem der eng mit diesem verwobene Antisemitismus zu nennen. Jenseits der aktuellen Debatten über dessen „neue" Erscheinungsformen (Antizionismus/islamistischer Djihadismus) ist mit Etienne Balibar darauf zu verweisen, dass schon die Idee Europa „im Kern" neben dem kolonialen das antisemitische Schema enthält. Beide brächten „fortwährend kollektive Gedächtnis- und Wahrnehmungseffekte" hervor. Vor diesem Hintergrund erscheint die Nahost-Politik der EU samt der öffentlichen Rezeption des palästinensisch-israelischen Konfliktes nicht nur von bestimmten (materiellen) Interessen geleitet. Gleiches gilt für den ritualisierten Umgang mit der Shoah, wobei die Kritik an entleerten Gedenkritualen angesichts der drohenden vergangenheitspolitischen Verschiebung durch die EU-Osterweiterung veraltet wirkt. Auschwitz wird nun der Gulag beigestellt. Der zuvor schon in den Nachfolgestaaten des "Dritten Reiches" akademisch wie institutionell gehegte Antitotalitarismus ist drauf und dran zur einigenden Klammer der erweiterten EU zu werden. Und man braucht nicht erst bei Solschenizyn („Zweihundert Jahre zusammen") und anderen Opfern des Staatssozialismus nachzulesen, um ahnen zu können, was dieser neue Konsens für die Opfer der Shoah und ihre Nachkommen bedeutet. Nicht nur angesichts marodierender Pogrombanden ist Europa kein sicherer Platz für Juden und Jüdinnen, wie dies jüngst Leon de Winter im Interview mit der österreichischen Zeitschrift *NU* (1/04) auf den Punkt brachte.

H.S./Sz.

Hier gibt's die Enough:

Carl v. Ossietzky Buchhandlung: Heiligengeistweg 9, 24937 Flensburg
Infoladen Subtilus: Norderstr. 37, 24939 Flensburg

Infoladen Beau Rivage: Hansastraße 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung: Jungfernstieg 27 und Medusastraße 16, Kiel
Subrosa: Elisabethstraße, 24143 Kiel
Trau Dich Buchladen: Holtenauer Straße 92, 24105 Kiel

T-Stube, Rendsburg

Peter Panther Buchladen: Zingelstraße 12, 25704 Meldorf

Info Café: AJZ, Friedrichstr. 24, Neumünster

Café Brazil und VEB: alternative, Willy-Brandt-Allee, 23554 Lübeck
Infoladen im Akzent: Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck

Bücher-Känguruh: Feldschmiede 74, 25524 Itzehoe

Inihaus: Turmstr. 14, 23843 Bad Oldesloe

Autonomer Infoladen: Soziales Zentrum, Ulzburger Straße 6a, 22850 Norderstedt

Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
VVN/BdA Hamburg: Hein Hoyer Str. 41, 20359 Hamburg
St. Pauli-Fanladen: Brigittenstr. 3, 20359 Hamburg
Buchladen Osterstraße: Osterstraße171, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel: Schulterblatt 55, 20357 HH

Miteinanderleben e.V.: Lohgerbergang, 23879 Mölln

Abobestelladresse:

Abobestellungen an:
rat – reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Ein Abo kostet 13,– € für 4 Ausgaben.
Lieferung nur gegen Vorkasse.

enough@nadir.org · www.enough.nadir.org